

**Straffreiheit für
Asylbetrüger bleibt S. 3**

Preussische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro

Nr. 6 – 8. Februar 2019

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Zeitzeuge der Islamischen Revolution vor 40 Jahren

Interview mit dem Ex-Schulleiter Philipp W. Fabry **2**

Deutschland

Straffreiheit für Asylbetrüger bleibt

Seehofer an Barleys Widerstand gescheitert **3**

Hintergrund

Geldmaschine Wohnungsmarkt

Mit Wohnungsnot lässt sich viel Geld machen **4**

Preußen / Berlin

Rot-Rot im Endstadium

Brandenburgs Koalition wenige Monate vor den Landtagswahlen zerrütet **5**

Ausland

Assad wird wieder hoffähig

Viele ringen um die Kontrolle in Syrien **6**

Kultur

Lotte die Baumeisterin

Die ARD erinnert an die ersten Bauhaus-Frauen **9**

Geschichte

»Ostpolen« kommt zu Polen

100 Jahre Polnisch-Sowjetischer Krieg **10**



Die Zeit der Rekord-Steuereinnahmen ist vorbei: Ab jetzt wird es wieder eng

Bild: Colourbox

Ende der Fahnenstange

Party vorbei: Hubertus Heils Plan zur Wählerbestechung trifft auf leere Kassen

Plötzlich klappt ein Loch im Bundeshaushalt. Ab jetzt lastet das sinnlose Geldausgeben der vergangenen Jahre doppelt schwer.

Zwei Nachrichten, die nicht besser zueinander passen könnten: Gerade erst hatte Finanzminister Olaf Scholz einräumen müssen, dass ihm bis 2023 fast 25 Milliarden Euro im Bundeshaushalt fehlen werden, da platzte sein SPD-Parteifreund und Arbeitsminister Hubertus Heil mit der Idee ins Haus, Niedrigrentner sollten mit bis zu 477 Euro pro Monat aus dem Bundeshaushalt bezuschusst werden.

Heils Vorschlag geriet umgehend in scharfe Kritik der Experten. Laut dem Plan des Ministers soll jeder, der 35 Jahre oder mehr Beiträge eingezahlt hat, in den Genuss der Zusatzrente gelangen – egal, ob er Voll- oder Teilzeit gear-

beitet hat, ob er über reichlich oder wenig Vermögen oder über eine üppige private Zusatzrente verfügt oder ob er sich auf einen rentenmäßig bestversorgten Ehepartner stützen kann.

Das soll laut dem Arbeitsminister alles keine Rolle spielen, eine Überprüfung auf Bedürftigkeit ist ausdrücklich nicht vorgesehen.

Damit ist klar: Es geht Heil nicht darum, Rentnern, die tatsächlich nach einem langen Arbeitsleben erbärmlich schlecht versorgt sind, eine würdige Verbesserung zu bieten. Es geht ihm darum, möglichst viel Geld unter möglichst vielen Bürgern zu verteilen, um das „soziale“ Image seiner SPD im Angesicht drohender Wahlkatastrophen aufzubessern. Finanzieren soll das

der Steuerzahler, hier wird es vor allem die Mittelschicht treffen.

Heil nennt seinen Plan weihewoll „Respektrente“. In Wahrheit handelt es sich um den wenig respektablen Versuch, mit dem Geld anderer Leute, von Millionen von Steuerzahlern, Stimmen für die SPD zu kaufen.

Die Nachrichten aus den Ministerien markieren einen historischen Wendepunkt: Heils Gießkanne ist ein Relikt aus den Jahren, als die Steuereinnahmen dank schwungvoller, wenn gleich zinspolitisch „gedopter“ Konjunktur sprudelten. Scholz' Warnschuss dagegen legt frei, wie wenig nachhaltig all die teuren Ausgabenprogramme der fetten Jahre waren. Sozialgeschenke, Milliardenkosten durch die Asylpoli-

tik der offenen Grenzen und zuletzt der astronomisch teure Kohleausstieg – all dies lastet nun tonnenschwer. Dabei sind die mehr als 35 Milliarden Euro aus der „Flüchtlingsrücklage“ bei Scholz' Haushaltsloch bereits eingerechnet, also planerisch gewissermaßen schon weg.

Diese Situation war vorherzusehen, denn keine Konjunktur währt ewig. Doch diese simple Einsicht hat die Politik, sei es aus ideologischer Verblendung oder reinem Opportunismus, jahrelang verdrängt. Das rächt sich nun.

Die denkbaren Auswege: Hemmungsloses Schuldenmachen, doch dies würde an der Stabilität der EU nagen, als deren Anker Deutschland fungiert. Die andere Möglichkeit: Ausgaben kürzen und/oder Steuern erhöhen. Das dürfte spannende politische Folgen zeitigen. *Hans Heckel*

Ignoriert, dass keine Konjunktur ewig währt

Machtpoker in Syrien

US-Senat verhindert schnellen Truppenabzug – Russland legt vor

Hätten die USA die Ankündigung, ihre Streitkräfte aus Syrien abzuziehen, umgesetzt, wäre ein Machtvakuum entstanden, das die übrigen Akteure im Kriegsgebiet sofort für sich zu nutzen versucht hätten. Ganz so einfach, wie Donald Trump es sich gedacht hat, ist ein Rückzug nicht zu bewerkstelligen. Zum einen, weil der Islamische Staat (IS) zwar herbe Verluste hat hinnehmen müssen und weitgehend aus Syrien verdrängt wurde, aber noch nicht endgültig besiegt ist, zum anderen, weil es nach einer Niederlage für die USA aussehen würde und, als ob man Russland den Sieg lassen würde.

Dafür, dass Russland nicht zögern würde und gemeinsam mit

dem Iran und der Türkei nach einer Lösung für die Machtverteilung im Nachkriegs-Syrien suchen wird, sprechen die angekündigten Treffen. Eines hat bereits im Januar stattge-

Kurden verhandeln mit Assad-Regime

funden, ein weiteres ist für Mitte Februar in Sotschi geplant.

Während Russland vor allem an der Region im Westen Syriens gelegen ist, in der das Land Militärstützpunkte unterhält, stehen für die Türkei die Kurdengebiete an seiner Südgrenze im Vordergrund. Ginge es nach Recep Tayyip Erdogan, ließe er

seine Armee am liebsten bis tief in die syrischen Kurdengebiete einmarschieren, doch davon halten ihn sowohl sein NATO-Partner USA als auch Russland ab.

Die Kurden werden ein Zankapfel im Syrienkonflikt bleiben. Von Verhandlungen mit deren gemäßigten Vertretern wird die Zukunft des Landes maßgeblich abhängen. Aus Furcht vor Angriffen der Türken und weil sie sich vom Westen im Stich gelassen fühlen, verhandeln die bisher mit den USA verbündeten Kurden-Milizen mit dem Assad-Regime. Erdogan wird sich wohl oder übel sowohl mit Assad als auch autonomen Kurdengebieten abfinden müssen. *MRK*

(siehe auch Seite 6)

Warschauer Drang gen Osten

Vor 100 Jahren begann der Polnisch-Sowjetische Krieg

Im Westen gibt es eine propolnische (und antirussische) Erzählung, ein Narrativ: Die Sowjetunion habe ihre ostpolnische Beute aus dem Hitler-Stalin-Pakt nach dem Krieg nicht zurückgegeben, und Polen habe zur Kompensation Ostdeutschland zur Ansiedlung seiner vertriebenen Landsleute aus „Ostpolen“ bekommen. Die in Ostdeutschland nun lebenden Polen seien somit Leidensgefährten der ostdeutschen Vertriebenen, ebenfalls bedauernswerte Vertriebungsoffer der Sowjets.

Ganz so war es denn doch nicht. So waren von den 1950 in den deutschen Gebieten unter polnischer Verwaltung lebenden 5,9 Millionen Menschen nur 1,5 Millionen „Repa-

trianten“ aus „Ostpolen“. Für eine Peuplierung der Vertreibungsgebiete mit „Repatrianten“ hätten diese zahlenmäßig nämlich gar nicht ausgereicht, denn wenn im

»Ostpolen« war Polens Kriegsbeute

Westen auch der Propagandabegriff „Ostpolen“ unkritisch benutzt wird, so bildeten die Polen in diesem Gebiet nur eine Minderheit. So waren 1921 von den 8,8 Millionen Bewohnern „Ostpolens“ nur 2,6 Millionen Polen und selbst 1939 waren es von 11,5 Millionen nur 4,1 Millionen. Das mehrheitlich von Polen besie-

delte Gebiet reichte im Osten nämlich nur bis ungefähr zur heutigen Ostgrenze der Republik Polen.

Dem Selbstbestimmungsrecht der Völker folgend schlugen die Siegermächte nach dem Ersten Weltkrieg denn auch eine ungefähr der heutigen entsprechende Ostgrenze der Republik Polen vor, die sogenannte Curzon-Linie. Das reichte den Imperialisten in Warschau allerdings nicht, und sie setzten ihren vor 100 Jahren begonnenen Krieg gegen die Sowjets so lange fort, bis diese 1921 schließlich einwilligten, „Ostpolen“ abzutreten. Verständlicherweise nutzten Letztere die erste Gelegenheit (1939), sich „Ostpolen“ zurückzuholen. *M.R.*

(siehe auch Seite 10)

MANUEL RUOFF:

Quotenwillkür

In der Bundesrepublik hat sich der Typus der „Volkspartei“ herausgebildet. Doch bestand bislang keine Pflicht, dass die Kandidatenlisten jeder einzelnen Partei die Gesamtbevölkerung widerspiegeln. So werden gemessen an der Gesamtbevölkerung auf den Kandidatenlisten der Union wohl die Kirchenmitglieder überrepräsentiert sein, während es bei denen der Linkspartei die Konfessionslosen sein dürften. Niemand Ernstzunehmendes hat bislang versucht, das per Gesetz zu verbieten.

In Brandenburg sollen nun jedoch die Kandidatenlisten aller Parteien die Gesamtbevölkerung widerspiegeln – zumindest, was das Geschlecht angeht. Männer sollen auf den Listen nicht stärker vertreten sein als in der Gesamtbevölkerung.

Aber warum gibt es eine derartige Höchstquote nur für Männer und nicht etwa auch für Verbandsfunktionäre, Beamte, Juristen oder Lehrer, deren überproportionale Vertretung in den Parlamenten viel eklatanter und wirkungsmächtiger als die der Männer ist und mutmaßlich Volkes Willen viel stärker verfälscht? Aber dazu wird es nicht kommen, denn sich für eine angemessene Vertretung der Interessen des Durchschnittsbürgers einzusetzen gilt in der Bundesrepublik weniger als cool und chic denn als spießig und populistisch. Stattdessen können wir uns, wenn der feministische Vorstoß in Brandenburg nicht am Verfassungsgericht scheitert, schon einmal auf Höchstquoten für „Biodutsche“, also Bundesbürger ohne ausländische Herkunft, oder Nicht-Moslems auf den Kandidatenlisten aller Parteien einstellen mit der Begründung, dass sie ja wie die Männer in den Parlamenten überrepräsentiert seien.

Als Schulleiter vor dem Revolutionsgericht

Philipp W. Fabry leitete von 1975 bis 1983 die deutsche Auslands- beziehungsweise Botschaftsschule in Teheran

Der deutsche Philologe, Historiker, Publizist und Verfasser zeit-historischer Bücher kam unter dem Schah als Schulleiter in den Iran und hat das Land unter Ayatollah Khomeini wieder verlassen. Bodo Bost interviewte für die PAZ den Zeitzeugen der mittlerweile 40 Jahre zurückliegenden Islamischen Revolution.

PAZ: Herr Dr. Fabry, Sie haben 1983 das Buch geschrieben „Zwischen Schah und Ayatollah“. Sie kamen unter dem Schah 1975 als Leiter der deutschen Auslandschule in den Iran. Sie haben den Iran 1983 als Leiter der deutschen Botschaftsschule unter Ayatollah Khomeini verlassen. Was Ihnen rückblickend bewusst, dass Sie als Historiker Zeuge einer Zeitenwende waren?

Philipp W. Fabry: Nicht rückblickend, sondern bereits in der Zeit, in der ich dort lebte. Mir war klar, dass ich als Historiker die einmalige Chance hatte, einer Revolution von Anfang bis zum Ende beizuwohnen. An die Risiken, die damit verbunden sein würden, dachte ich weniger.

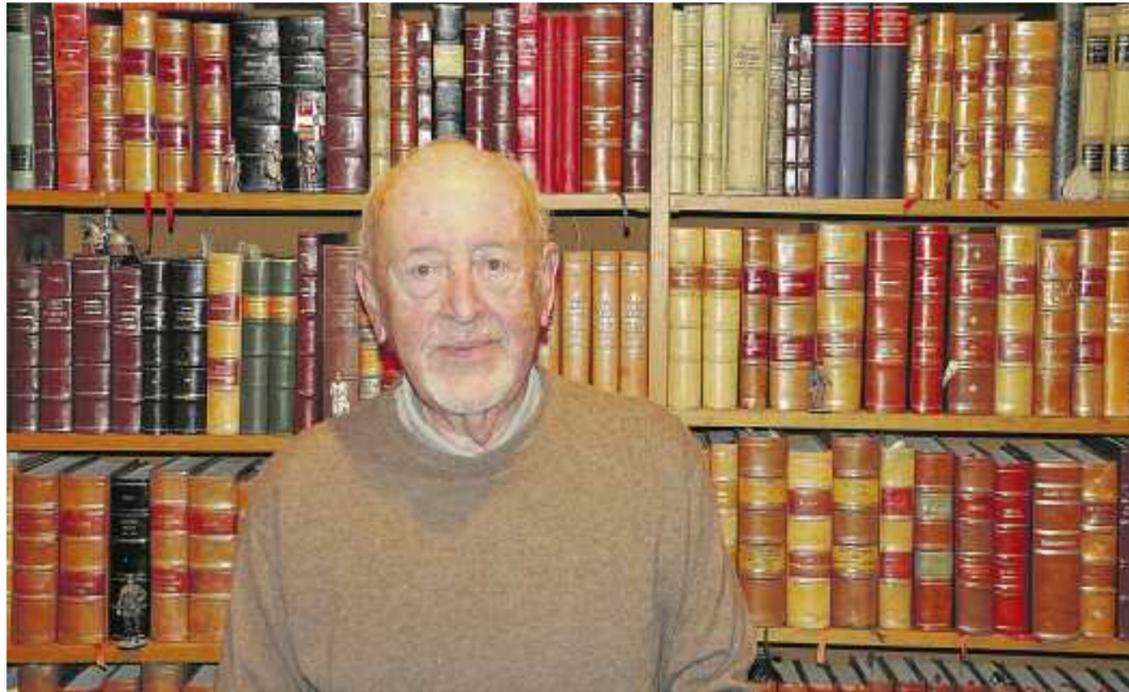
PAZ: In der Islamischen Revolution im Iran hat zum ersten Mal ein politischer Islam die Macht erlangt. Seit damals gibt es im gesamten vor allem auch sunnitischen Islam eine Zeitenwende hin zu einer politischen Agenda, die mit aller Macht nicht nur eine religiöse Stellvertreterherrschaft wie im Iran anstrebt, sondern die Errichtung islamistischer Regime, und sei es mit der Macht des Terrors. Kann man also sagen, dass es eine Kontinuität zwischen der Islamischen Revolution von 1979 und der Arabellion von 2011 und dem Islamischen Staat (IS) gibt?

Fabry: Es wird nie dazu kommen, dass Schiiten und Sunniten, was die Staatsidee und deren Realisierung angeht, gemeinsame Sache machen. Deshalb kann auch die Verfassung der Islamischen Republik Iran nicht Sunniten zum Vorbild dienen. Die Schiiten berufen sich darauf, dass der zur Herrschaft berufene „Imam“ blutsmäßig vom Propheten Mohammed abstammt. Er ist zwar verschwunden, wird aber wiederkommen. Bis das geschieht, muss ein Stellvertreter die Macht ausüben. Der Sunnit hält dagegen am ersten Kalifen und dessen gewählten Nachfolgern fest, von denen einer, Yazid, die Enkel des Propheten, Hassan und Hussein, 680 ermordete. Deren Märtyrertod begehen die Schiiten an Ashura mit Trauerzeremonien, die ihre Verzweiflung zum Ausdruck bringen. Wie sollte da Versöhnung möglich sein? Das saudische Königshaus, das in der Tradition der sunnitischen Kalifen steht, wird also von den Mullahs im Iran als Todfeind des echten Islam verstanden, zumal es die heiligen Stätten (Mekka und Medina) usurpiert hat.

PAZ: Der Schah wollte so etwas wie der Mustafa Kemal Atatürk des Iran sein. Dieser hatte die Säkularisierung der Türkei zum Ziel. Warum ist der Schah gescheitert, während es in der Türkei bis zum Machtantritt Recep Tayyip Erdogans lange Zeit gut aussah?

Fabry: Der Vater des letzten Schah, Reza Pahlavi, war Sergeant in einer von Russland ausgebildeten Kosakeneinheit gewesen. Er stürzte die Kadscharendynastie im Jahre 1925 und herrschte bis zum Einmarsch englischer und sowjetischer Truppen im Jahre 1941. Atatürk war sein großes Vorbild. Aber anders als dieser blieb er bei seinen Reformen auf halbem Wege stehen. Im Iran behielt man zum Beispiel, anders als in der Türkei, das arabische Alpha-

bet bei. Und was den Tschador, die iranische Ganzkörperverschleierung der Frau, anbelangt: Ein offizielles Verbot, den Schleier zu tragen, hat es im Iran, anders als unter Atatürk, nie gegeben. Der letzte Schah war in der Schweiz liberal erzogen worden. Ihm war das Heimatland mitsamt seinen Sitten und Gebräuchen in gewisser Weise fremd geworden. Er förderte die industrielle Entwicklung des Landes, verärgerte aber mit seiner Landreform, der „Weißen Revolution“, die Mullahs, die Boden hergeben mussten, und trieb sie zur Weißglut, als er die Zeitrechnung nach Kyros (500 v. Chr.) einführt und die islamische abschafft. Das war einer seiner schwersten Fehler.



Zeitzeuge der Islamischen Revolution: Philipp W. Fabry

Bild: Bost

PAZ: Zurück zur Machtergreifung Khomeinis. Welche Rolle spielte hierbei damals die westliche Welt? Immerhin wurde Khomeini von Frankreich aus eingeflogen, nicht aus einem islamischen Staat.

Fabry: Der Schah hatte Khomeini 1963 in den Irak abgeschossen. Saddam Hussein stellte ihn erst in Bagdad, dann in Nadjaf, einem heiligen Ort der Schiiten, unter Hausarrest. Mit der Zeit wurden dem Schah die Propagandaschriften und Predigten, die der Verbannte von dort aus in den Iran schleuste, lästig, und er bat Saddam Hussein, Khomeini auszuweisen. Das geschah, und der Ayatollah ließ sich 1978 im französischen Neauphle-le-Château nieder. Nun erst wurde die Weltöffentlichkeit auf ihn aufmerksam, Journalisten belagerten das Haus. Für die zahlreichen Exiliraner verkörperte er die Hoffnung auf einen radikalen Wechsel im Heimatland, der, wie viele glaubten, mit der Demokratisierung des Landes enden würde. Diese Perspektive gefiel auch vielen westlichen Politikern.

PAZ: Warum ist die Armee des Schahs, immerhin damals eine der stärksten der Welt, so schnell und fast ohne Widerstand zu leichten in sich zusammengebrochen, befanden sich doch zur Revolutionszeit noch viele amerikanische Militärberater im Iran?

Fabry: 1979 hielten sich noch rund 500 US-Militärberater im Iran auf. Aber bei der Truppe wurden sie nur selten gesehen. Sie saßen in den Stäben. Die Soldaten selbst wurden von iranischen Offizieren ausgebildet, und von diesen gab es viel zu wenig. Die Armee selbst hatte der Vater des regierenden Schahs nach 1925 aufgebaut, sie entsprach in Ausrüstung und Stärke den Bedürfnissen Irans. Unter seinem Sohn war sie auf Drängen der

USA um ein Vielfaches vergrößert und mit modernem Gerät förmlich überschüttet worden. Sie war als Bollwerk gegen die Sowjetunion gedacht. Aber damit konnte die Mehrzahl der Soldaten nicht umgehen, und Mechaniker waren rar. Als die Unruhen ausbrachen, entschied sich die Masse der Soldaten, da sie gläubige Moslems waren, für die Mullahs, und die Armee verweigerte den Gehorsam. Ausnahmen gab es aber auch. Die in den Vereinigten Staaten ausgebildete Luftlandedivision und die kaiserliche Garde blieben dem Schah bis zuletzt treu. Als er aber ins Ausland floh, liefen auch sie auseinander. Viele ihrer Offiziere wurden umgebracht.

PAZ: Die Islamische Revolution war zunächst ein Amalgam verschiedener gesellschaftlicher Kräfte, auch Liberale und Kommunisten befanden sich darunter. Warum konnten sie alle von den radikalen Moslems ausgebootet werden?

Fabry: Die meisten der Gruppen, die sich gegen den Schah erhoben, waren besser bewaffnet und organisiert als Khomeinis fanatisierte Schlägertrupps. Daher waren die Volksmudschahedin und die kommunistische Tudeh-Partei beim Niederkämpfen von Widerstandsnestern während der Straßenkämpfe unentbehrlich. Die Liberalen spielten in diesem Zusammenhang keine Rolle, da sich eine dünne bürgerliche Mittelschicht gerade erst entwickelte. Zur Massenerhebung, die schließlich den Ausschlag gab, weil sie das Land lähmte, wurde die Revolte erst dadurch, dass es den Mullahs gelang, in den Moscheen den religiösen Fanatismus zu entfachen. Er trieb Millionen auf die Straßen. Auch die Basaris spielten eine bedeutende Rolle. Sie finanzierten die Revolution. Sie hassten die Pahlavi, weil die Kaiserin Farah Diba die uralten Basarviertel modernisieren wollte. Als sie den traditionsreichen Basar von Maschad niederlegen ließ und moderne Bauten hochzog, brach im Januar 1978 in dieser, den Schiiten heiligen Stadt die erste Revolte aus. Kurz nach der Revolution gelang es dem von Khomeini eingesetzten „Blutrichter“ Sadeq Khalkhali durch eine Hinrichtungsorgie, die militanten Oppositionellen, die früheren Verbündeten, zu eliminieren. In Ihrer Verzweiflung sprengten die Volksmudschahedin bei einem Bombenattentat fast die gesamte Regierung in die Luft. Danach flohen die Reste in den Irak.

PAZ: Iran besteht aus vielen religiösen, aber vor allem ethnischen Minderheiten, die stärksten

sind die Aserbajdschaner und die Kurden. Während sich die Aserbajdschaner der Revolution unterordneten und sogar mit dem von Ihnen erwähnten Blutrichter Khalkhali zur Speerspitze der Revolution wurden, haben die Kurden immer ihre Distanz zum Mullahregime gewahrt. Warum?

Fabry: Das Siedlungsgebiet der Kurden erstreckt sich über vier Länder. Seit Langem träumen sie von einem eigenen Staat. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es einen solchen, die „Republik von Mahabad“. Aber sie vereinigte nur die Kurden, die auf iranischem Gebiet lebten, und sie existierte nur kurze Zeit. Denn Stalin hatte sie in dem von der Sowjetunion besetzten Gebiet errichtet, und als

der Iran nach dem Zweiten Weltkrieg ein islamischer Staat in Syrien oder dem Irak nicht tolerieren oder gar unterstützen.

PAZ: Der Iran hatte unter dem Schah in den 1970er Jahren Wirtschaftswachstumsraten von 25 Prozent, Zahlen die seitdem weder im Iran noch irgendwo anders wieder erreicht wurden. Heute wagen sich angesichts anhaltender Wirtschaftsprobleme mehr und mehr Iraner, vor allem auch Frauen, wieder auf die Straßen. Die Moscheen im Gottesstaat leeren sich, etwa eine Million Iraner sollen unter den Mullahs insgeheim zum Christentum konvertiert sein. John Bolton, heutiger

Berater von US-Präsident Donald Trump, sagte 2017, dass die Politik von Präsident Trump sein sollte, dass „die Revolution von 1979 von Ayatollah Khomeini nicht ihren 40. Jahrestags erleben wird“. Sehen Sie ein Ende des Mullah-Regimes in naher Zukunft?

Fabry: Nein, die Masse der Bevölkerung – sie zählt zirka 80 Millionen – ist ungebildet, aber gläubig. Solange die Mullahs dafür sorgen, dass es diesen Menschen relativ gut geht, werden sie loyal bleiben. Das Pasdarkorps, jene islamische Miliz, die das Regime stützt und die Armee an Bedeutung schon lange überflügelt hat, kann sich daher sogar, falls es zu regimfeindlichen Demonstrationen kommt, auf die „Basij“, verlassen, eine Bande, die sich aus der Unterschicht in den Städten rekrutiert und die Protestierenden niederknüpelt. Aber auch bei der Landbevölkerung haben die Ayatollahs Punkte gesammelt, weil sie viel Geld für die Verbesserung der Infrastruktur ausgegeben haben. Allen Sanktionen zum Trotz ist das Land nicht zusammengebrochen. Denn noch findet es Abnehmer für sein Öl, etwa China. Die Mittelschicht, das ist richtig, leidet unter den amerikanischen Sanktionen erheblich. Aber viele, die zu ihr zählen, sind ins westliche Ausland geflohen, und sie vergessen dank des für Perser typischen Familiensinns ihre Angehörigen nicht. Was aber aus den Hunderttausenden von jungen Leuten werden soll, die jährlich gut ausgebildet die Schulen verlassen, weiß niemand. Am meisten fürchtet der Iraner, dass Präsident Trump nach der in seinen Augen nicht zu rechtfertigenden Kündigung des Atomabkommens im Bunde mit Israel und Saudi-Arabien Iran angreifen könnte.

PAZ: Auch die Islamische Revolution im Iran begann mit Terror und „Allahu Akhbar“-Rufen. Hat die Islamische Revolution das Drehbuch für den Durchmarsch des IS geschrieben? Auch im Iran wurden nach dem Terror der Revolution als erstes die Frauen gewaltsam verhüllt und später viele Kulturdenkmäler zerstört.

Fabry: Jedem strenggläubige Moslem, gleichgültig welcher Observanz, sind Relikte von Kultbauten aus vorislamischen Zeiten verhasst. Entweder dienten sie dem Götzendienst, oder illegale Herrscher drangsalierten von dort aus ihre Völker. Also muss man sie zerstören. Der Schiit lehnt Bombenterror, wie er etwa durch Selbstmordattentäter auf belebten Plätzen ausgeübt wird, als Mittel der Politik ab. Gezielte Aktionen gegen Einzelpersonen hingegen kennen die Schiiten aber auch, wie etwa die Ermordung des früheren Ministerpräsidenten des Schah, Bakhtiar, in Paris beweist, Aber bei solchen Aktionen geht es um Rache, nicht um die Verbrei-

terung von Terror. Der Iran kann deshalb auch einen Islamischen Staat in Syrien oder dem Irak nicht tolerieren oder gar unterstützen.

PAZ: Sie waren zwischen 1993 und 1996 monatelang unter Pseudonym im Iran und angrenzenden Ländern unterwegs und haben darüber unter anderem in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ und in der Deutschen Welle berichtet. Wie hatte sich seit der Revolution und seit dem Tode Khomeinis 1989 das Land verändert?

Fabry: In dieser Zeit konnte ich erstmals seit meiner Rückkehr nach Deutschland das Land in einem Pkw bis in die letzten Winkel bereisen. Die Dörfer waren damals fest in der Hand der lokalen Mullahs, denn sie hatten unter der örtlichen Bevölkerung die Revolutionswächter, die Pasdaran, selbst ausgesucht. Es gab auf dem Lande also immer noch keine Zivilverwaltung. In den Städten hatten die Mullahs eine Allianz mit den Basaris geschlossen, wie sie der Koran ja auch vorschreibt. Die „Scharia“, das islamische Recht, wurde und wird wohl drakonisch ausgeübt. Viel wird sich daran wohl nicht geändert haben. Wie sich unter diesen Umständen an den im Lande herrschenden politischen Verhältnissen etwas ändern könnte, sehe ich nicht.

PAZ: Was ist aus Ihrer Schule und Ihren ehemaligen Schülern geworden?

Straffreiheit für Asylbetrüger bleibt

Änderungsvorschläge von Horst Seehofers Innen- an Katarina Barleys Justizministerium gescheitert

Innerhalb der Bundesregierung gibt es Streit, wie man mit bewussten Rechtsbrüchen von Asylsuchern wie der Vertuschung von Alter und Identität sowie der Vernichtung von Ausweisdokumenten umgehen soll. Bislang hatten solche Rechtsbrüche keinerlei Konsequenzen.

Bislang muss ein Asylbewerber mit keinerlei Konsequenzen rechnen, wenn er sich durch Mehrfachidentitäten vielfache Sozialleistungen und einen verlängerten Aufenthalt in Deutschland erschleicht oder durch falsche Altersangaben eine bessere Unterkunft oder ein milderer Urteil bei Strafverfahren ergaunert. Strafbar ist bislang lediglich der Missbrauch ausländerrechtlicher Dokumente etwa das Fälschen eines Passes oder das Vorlegen eines falschen Passes.

Nach Informationen der „Welt“ lehnt das Bundesjustizministerium einen Vorstoß des Bundesinnenministeriums zur Strafbarkeit von Falschangaben von Asylsuchern bislang ab. Auch bei der letzten Änderung des Asylgesetzes, die im Dezember in Kraft getreten ist, hatte der Gesetzgeber auf eine Ahndung oder Bestrafung solcher Verstöße verzichtet, und das obwohl sie auf ein hohes kriminelles Potenzial hinweisen können. So ist bekannt, dass der Weihnachtsmarktattentäter von Berlin, Anis Amri, gleich unter zehn verschiedenen Identitäten bekannt war und sich durch die damit erlangten Finanzmittel seine Attentatspläne finanzieren konnte, die zwölf Menschen das Leben gekostet haben. Andere Beispiele gäbe es zuhauf.

Gescheitert sind Änderungsvorschläge bislang an Justizministerin Katarina Barley (SPD). Lorenz Caffier, Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern und Sprecher der unionsgeführten Innenressorts der Bundesländer, forderte den Bundesgesetzgeber in der „Welt“ auf, eine Lösung zu finden und Täuschungen gegenüber dem Bundesamt für Migration und

Flüchtlinge (BAMF) von Asylsuchern konsequent zu bestrafen. Die Innenminister der Länder forderten ein Ende der Tatenlosigkeit des Bundes.

Asylbewerber sind bislang im Rahmen des Asylverfahrens zu keinerlei Mitwirkung verpflichtet. Selbst offensichtliche Phantasienamen müssen bei Papierlosigkeit als Ersatz akzeptiert werden. Schon beim ersten Kontakt mit einer deutschen Behörde wird einem Asylsucher der Eindruck vermittelt, dass man mit Schummeln in der Bundesrepublik wei-

erbereich oder Straßenverkehr sanktioniert werden, die Akzeptanz für Asylsucher weiter abnehmen.

ster Seehofer hält jedoch erklärmaßen an seinem Willen fest, die Strafbarkeitslücke zu schließen: „Aus ordnungspolitischen

sicher sein können und deshalb gerne ihre Papiere verlegt haben, herumgesprochen, dass sich für sie die Situation ändern könnte. Deshalb legen nur noch ganz wenige neue Asylsucher aus diesen Ländern ihre Papiere vor.

Das zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erfasst bislang statistisch nicht, wie viele Asylsucher falsche Angaben im Asylverfahren machen. Die Opposition im Bundestag, vor allem FDP und AfD, forderten die Regierung zum Handeln auf, weil

Die Vertuschung von Alter und Identität sowie die Vernichtung von Ausweisdokumenten bleiben straffrei

Bereits Ende 2017 hatten sich auf Antrag des damals noch rot-grün regierten Nordrhein-Westfalen die Justizminister von Bund

Gründen besteht ein Interesse daran, Identitätstäuschungen sowie sonstige Falschangaben im Asylverfahren zu unterbinden.“



Sie hat sich gegen ihn durchgesetzt: Die Bundesminister Katarina Barley und Horst Seehofer (von rechts)

Bild: Imago

ter kommt als mit Ehrlichkeit. Ein entsprechendes Bild bekommt er von der Ethik und Moral in der Bundesrepublik. Ohne eine entsprechende Sanktionierung festgestellter Identitätstäuschungen und Rechtsverstöße wird andererseits in der Restgesellschaft, deren Rechtsverstöße etwa im Steu-

und Ländern mit dem Thema befasst. Es blieb dabei, dass im Asylverfahren auch wiederholte falsche Angaben von Asylsuchern zu Alter, Identität oder Staatsangehörigkeit nicht strafbar sind. Eine Änderung scheiterte schon damals am Widerstand des Justizministeriums. Das Haus von Mini-

Nachdem die Bürgerkriege im Nahen Osten am Abklingen sind, der Islamische Staat weitgehend besiegt ist und einzelne Staaten, wie die Türkei und der Libanon mit ersten Rückführungen von Syrien-Flüchtlingen begonnen haben, hat sich unter Syrern und Irakern, die bislang ihres Asyls

eine zuverlässige Identitätsfeststellung die Voraussetzung eines rechtsstaatlichen Asylverfahrens ist. Aber auch zur Bekämpfung von Sozialmissbrauch sowie aus Sicherheitsgründen hätte die Bundesregierung schon längst gehandelt haben müssen.

Bodo Bost

»Bedauerlich«

BfV-Gutachten über AfD an Journalisten durchgestochen

Der stellvertretende AfD-Bundessprecher Georg Pazderski hat die Weitergabe des Gutachtens des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) über seine Partei an Journalisten kritisiert. BfV-Präsident Thomas Haldenwang müsse deshalb zur Rechenschaft gezogen werden. Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums erklärte daraufhin, es sei „bedauerlich, wenn solche Unterlagen die Öffentlichkeit erreichen“.

Das Gutachten ist 436 Seiten stark und als „Verschlussache – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft. Wie es an Journalisten gelangen konnte, ist derzeit noch ungeklärt. Die Nachrichten-Website „Netzpolitik.org“ hat das gesamte Gutachten online gestellt und verteidigte diesen Schritt. Der Bericht zerstöre die „Mär von der ganz normalen demokratischen Partei“ und gehöre „in die Öffentlichkeit und nicht in einen Panzerschrank“.

Weiter heißt es unter der Überschrift „Wir veröffentlichen das Verfassungsschutz-Gutachten zur AfD“: „Dass ein Geheimdienst eine politische Partei beobachtet, ist ein harter Eingriff in einer Demokratie. Gerade deshalb müssen die Erkenntnisse öffentlich verhandelt werden. Wo Behörden Transparenz verweigern, müssen Medien diese Informationen öffentlich machen,

auch entgegen staatlicher Geheimniskuerei.“

Die Auswirkungen sind erst einmal überschaubar. Grundsätzlich wird die gesamte Partei als Prüffall bearbeitet. Diese Einstufung ermöglicht es, öffentlich zugängliches Material auszuwerten und Akten anzulegen. Die „Junge Alternative“ und die Teilorganisation „Der Flügel“ gelten allerdings als „Verdachtsfälle“ beziehungsweise in Bayern als „Beobachtungsobjekte“, weil es dort die Kategorie „Ver-

Netzpolitik.org hat die Verschlussache im Internet veröffentlicht

dachtsfall“ nicht gibt. Für diese beiden Kategorien ist den Behörden auch der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel erlaubt, zum Beispiel V-Leute einzusetzen. Diese Vorgehensweise hatten allerdings zuvor schon einige Landesbehörden angekündigt.

Inhaltlich bietet das Gutachten wenig Neues. Es ist eine Faktensammlung von öffentlich zugänglichen Zitaten aller möglichen AfD-Funktionäre von der Bundes- bis zur Kreiserebene. So finden sich beispielsweise auf Interviews der Parteivor-

sitzenden Alexander Gauland und Jörg Meuthen ebenso wie auf verschiedene Reden des thüringischen AfD-Chefs Björn Höcke, der als Sprecher des rechten „Flügels“ gilt.

Die Verfassungsschützer nehmen die Behauptung des aus dem linksextremen Spektrum stammenden Soziologen Andreas Kemper für bare Münze, er habe Belege dafür gesammelt, dass Björn Höcke in seiner Zeit vor der AfD unter dem Tarnnamen „Landolf Ladig“ in NPD-nahen Publikationen publiziert habe. Bis heute bestreitet dies Höcke ebenso wie die thüringische NPD. Dennoch urteilt der Verfassungsschutz, es sei „nahezu unbestreitbar“ dank Kempers Beweisführung, die 2016 von der Rosa-Luxemburg-Stiftung veröffentlicht worden ist.

Auch bei anderen „Belegen“ waren die „Schlapphüte“ wenig ziperlich. Angebliche Belege über rechtsextreme Netzwerke der AfD und Verbindungen zu außerparlamentarischen Gruppen wie der Identitären Bewegung oder Studentenverbindungen wollen die Staatsschützer ausgerechnet auf Internetseiten der militanten Antifa gefunden haben. Nicht nur AfD-Fraktionschefin Alice Weidel hält dies „für absolut skandalös“.

Peter Entinger

»Kaputtgespart«

Warum der Staat angeblich externe Berater benötigt

Trotz eines großen Beamtenapparates tut sich der Bund offenbar schwer mit der Durchführung von Großprojekten. Wie das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ kürzlich aufdeckte, fließen aus diesem Grund pro Jahr mehr als drei Milliarden Euro in die Kassen von Unternehmensberatern. Es geht dabei um „Global player“ wie Roland Berger, McKinsey oder die Boston Consulting Group.

Besonders im Bereich der Digitalisierung tut sich die Bundesregierung offenbar schwer. Dem „Spiegel“-Bericht zufolge wurden alleine 47 Millionen Euro an Consultingfirmen gezahlt, um der Regierung dabei zu helfen, bis 2022 ein Onlinebürgerportal mit 575 Verwaltungsleistungen aufzubauen. Knapp 20 Millionen Euro erhalte die McKinsey-Tochter Orphoz für Beratungsleistungen rund um das sogenannte Onlinezugangsgesetz. Und für die Modernisierung der Bundesnetze flossen in den Jahren 2016 und 2017 laut Bundesinnenministerium bereits mehr als 36 Millionen Euro an Beratungsfirmen. Eingesetzt werden die Unternehmensberater in vielen Bereichen, von der Verkehrs- bis hin zur Asylpolitik und Verwaltung der Immigration.

Angesichts der Größe des Staatsapparates im Allgemeinen und der Ministerialbürokratie im Besonderen stellt sich die Frage, warum der Staat die externen Berater benötigt. In der Tat hat es in



Markus Klimmer

Bild: Imago

den vergangenen Jahren in vielen Ministerien einen massiven Stellenabbau gegeben. „Die weitverbreitete Ansicht, alle Stellen seien doppelt oder dreifach besetzt, ist falsch“, sagte Innenminister Horst Seehofer. Er sieht den Einsatz der „Externen“ zwar kritisch, hält ihn aber derzeit erklärmaßen für alternativlos. Man habe gerade im Bereich der Digitalisierung viele neue Mitarbeiter

MELDUNGEN

AfD-Kandidaten: Mordaufruf

Berlin – Offenbar kursiert im Internet eine detaillierte „Handreichung“ für Mordattentate auf AfD-Politiker. „Tichys Einblick“ hat den Screenshot einer verdeckten Seite in der linksextremen Plattform „indymedia.org“ veröffentlicht, in der dezidiert zum Attentat auf „von Storch, Weidel, Gauland, Meuthen“ sowie insbesondere auf Björn Höcke aufgerufen wird. Aber auch unbekannte AfD-Kandidaten seien „bewegliche Ziele“. Es wird genau beschrieben, wo die Pistole erworben werden kann und welche Waffe empfehlenswert ist. Auch beschreibt die Seite exakt, wie ein solches Attentat durchzuführen wäre. Als Absender der am 31. Januar hochgeladenen „Handreichung“ firmiert eine Gruppe oder Person namens „Antideutsche Antifa Untergrund“. H.H.

Apothekerchef kritisiert FDP

Berlin – Der Präsident der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände (ABDA), Friedemann Schmidt, hat das einst ausgezeichnete Verhältnis seines Berufsstandes zur FDP als „weitgehend zerstört“ bezeichnet. Dem Magazin „Cicero“ sagte er, die Partei sei nicht mehr der „verlässliche Partner aller freien Berufe“. Hauptkritikpunkt ist, dass unter FDP-Chef Christian Lindner auch die Liberalen ein Versandhandelsverbot verschreibungspflichtiger Medikamente für ausländische Anbieter nicht mehr unterstützen. Großanbieter wie Doc Morris aus den Niederlanden machen den Apothekern in Deutschland das Leben schwer. H.H.

Diese Ausgabe enthält eine Beilage von DGG Deutsche Münz Gesellschaft

Zeitzeugen



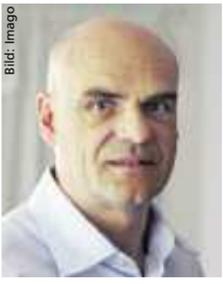
Marcel Fratzscher – Der Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung hält wenig von der Mietpreisbremse, sondern setzt auf den Wohnungsbau durch Bund, Länder, Kommunen, Bauwirtschaft und private Investoren. Er nimmt an, dass die Wohnpreise demnächst wieder sinken werden.

Michael Voigtländer – In einem 2007 vom Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft veröffentlichten Aufsatz sprach sich der Ökonom für weitere Verkäufe kommunaler Wohnungsbestände an in- und ausländische Investoren aus. Wegen der „Bedenken“ von Bürgern und Mietverbänden empfahl er ein Lösungspaket. Voigtländer ist heute Leiter des Kompetenzfelds Finanz- und Immobilienmärkte beim Institut der Deutschen Wirtschaft.



Volker Eichener – Laut dem Politikwissenschaftler und Wohnungsbauexperten an der Hochschule Düsseldorf ist die Wohnungsnot mit Ansage gekommen und einem Politikversagen geschuldet. Man sei zu lange von einer sinkenden Zahl der Haushalte ausgegangen. Auch habe der Staat das Bauen von Wohnungen durch Bau- und Umweltvorschriften sehr verteuert.

Steffen Wetzstein – Der Wissenschaftler forscht an der Universität Erfurt zur Krise des bezahlbaren Wohnens. Er rät, die Entwicklungen in anderen Ländern im Auge zu behalten. Ein Extrembeispiel sei Auckland in Neuseeland, wo reiche Chinesen ihr Kapitalvermögen in Wohnimmobilien geparkt haben. Immer mehr Einwohner, selbst die mit Arbeitseinkommen, müssten infolge der Mietexplosion im eigenen Auto übernachten. Das Elend sei eine Folge von reduziertem sozialen Wohnungsbau und einem der Spekulation und Marktlogik ausgesetzten Wohnsystem.



Kai Busmann – Der Juraprofessor an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg schrieb 2015 im Auftrag des Finanzministeriums eine Studie über Geldwäsche in Deutschland. Darin bestätigte er, was internationale Studien bereits aufgedeckt hatten, dass der deutsche Immobilienmarkt einer der attraktivsten Anlageplätze für Schwarzgeld ist.

Geldmaschine Wohnungsmarkt

Deutsche Immobilien gelten in aller Welt als sichere und lukrative Kapitalanlage

Im Jahr 2012 nahm hierzulande das Geschäft mit Wohn- und Gewerbeimmobilien Fahrt auf wie nie zuvor. Niemand schien aus den Fehlern der Nullerjahre gelernt zu haben.

Ende der 1990er Jahre startete die Privatisierung großer Wohnungsportfolios der öffentlichen Hand, meist ehemalige Sozialwohnungen. Sie wurden größtenteils an globale Hedgefonds verkauft. Ab 2008 stagnierte die Kauf- und Preisentwicklung auf dem Immobiliensektor einige Jahre infolge der Finanzkrise.

Für den Zeitraum ab 2012 zeigt der Mietpreisindex einen steilen Anstieg der Kurve. Der Kauf- und Bauboom an den begehrten Standorten Berlin, Frankfurt, Hamburg, München und in vielen Universitätsstädten ist vordergründig auf die Niedrigzinsphase und den für Deutschland unterbewerteten Euro zurückzuführen, hat aber auch weiterreichende Ursachen. Auf der Suche nach Rendite wollen immer mehr Menschen von den explodierenden Preisen auf dem Immobilienmarkt profitieren, was die Verdrängungs- und Gentrifizierungsproblematik in

den Ballungszentren weiter verschärft hat.

Mit der Professionalisierung in der Wohnungswirtschaft ging die Verflechtung von internationalen Finanzinvestoren und Wohnungsunternehmen einher. So profitierte beispielsweise die australische Investmentbank Babcock & Brown 2009 von der Erhöhung der Mieten für die ehemaligen Postwohnungen in Husum. Maximale Wertabschöpfung setzt sich

auch in Berlin durch. Hier wurden zwischen 2006 und 2015 fast 75 000 Mietwohnungen in Eigentum umgewandelt. Gebäudemodernisierungen dürfen landesweit mit elf Prozent auf den Mieter umgelegt werden. Der Gesetzgeber erlaubt eine jährliche Erhöhung der Bestandsmieten um fünf Prozent bis zur Höhe der ortsüblichen Vergleichsmieten.

Nach Angaben des Internetportals „finanztrends“ flossen 2017 59,4 Milliarden Euro in den Kauf deutscher Gebäude, gegenüber 20,5 Milliarden im Jahr 2010. 30,2 Milliarden und

damit mehr als die Hälfte kamen von ausländischen Kapitalgebern. Nach Schätzungen des Bundeskriminalamts werden jährlich 250 Milliarden Euro im deutschen Immobiliensektor umgesetzt. Rund zehn Prozent davon sollen aus Geldwäschegeheimnissen stammen. Große Immobilienbestände gehören heute Anlegern aus den USA, Großbritannien, Frankreich, Kanada und anderen Teilen des Auslands.

Auch immer mehr Anleger aus Russland und China mit kleinem Budget gehen auf Einkaufstour in Berlin und anderen Orten mit „Zukunftspotenzial“. Deutsche Agenten werben in Shanghai und Shenzhen Kunden.

Beispiel Vonovia: 2001 stieg die Londoner Private-Equity-Gesellschaft Terra als größter Kapitalgeber bei der gerade neu gegründeten Deutschen Annington Immobilien AG (DAIG) ein. Als größter Vermieter in Deutschland übernahm die DAIG 2015 das Konkurrenzunternehmen Gagfa und nennt sich seither

„Vonovia“. In Deutschland besitzt der Konzern knapp 400 000 Wohnungen und ist mit einem Umsatz von 3,6 Milliarden Euro ein börsennotiertes Dax-Unternehmen. Unter anderem wegen gravierender Mieterhöhungen nach Modernisierungen geriet die Vonovia immer wieder in die Schlagzeilen.

Vergangenes Jahr kaufte der dänische Pensionsfonds PFA für mehr als eine Milliarde Euro von der Industria Wohnen ein Immobilien-Paket mit 3700 Wohnungen in Deutschland, die meisten davon in München und Berlin. Es war der vorläufig letzte große Deal auf dem deutschen Wohnungsmarkt.

Inzwischen wurden einige rechtliche Instrumente zum Schutz vor überzogenen Wohnkosten und Verdrängung eingesetzt: die Umwandlungsverordnung, die kooperative Baulandentwicklung, der Milieuschutz, das Zweckentfremdungsverbot und Änderungen im Mietrecht. Städtische Wohnungsunternehmen bauen seit Jahren wieder mehr sogenannte bezahlbare Wohnungen, um die Lage am Wohnungsmarkt zu entspannen.

Dagmar Jestrzemska

Der Immobilienmarkt wird zum Waschen von Geld missbraucht



Das größte Wohnungsunternehmen und der größte private Vermieter Deutschlands ist Vonovia: Hauptverwaltung in Bochum

Wem gehört die Stadt?

Über 1000 Mieter wurden in Hamburg befragt

Aufgrund des Baubooms gibt es aktuell 42 Millionen Wohnungen in Deutschland, eine Million mehr als 2014. Nach Schätzungen fehlen in den Groß- und Mittelstädten trotzdem mindestens 1,9 Millionen bezahlbare Wohnungen.

Wer sind die Besitzer der Wohnimmobilien in einer Großstadt wie Hamburg? Wegen der intransparenten Eigentümerstrukturen auf dem Immobiliensektor startete das Journalistennetzwerk „Correctiv“ im vergangenen Frühjahr gemeinsam mit dem „Hamburger Abendblatt“ eine Befragung Hamburger Mieter unter dem Titel „Wem gehört die Stadt?“ 1019 Personen beteiligten sich und luden im Internet Angaben über ihr Mietverhältnis und die Wohnungseigentümer hoch. Mittels der vertraulich behandelten Belege konnten mehr als 15 000 Wohnungen privaten Eigen-

tümern zugeordnet werden. Die Ergebnisse wurden veröffentlicht.

Demnach sind 443 000 Wohnungen im Besitz von privaten Eigentümern mit unterschiedlichem Hintergrund. Mehr als jede beziehungsweise jedes dritte der 707 000 Wohnungen und Häuser,

Mieter sollen an hohen Mieten selbst schuld sein

die in Hamburg vermietet werden, gehört der städtischen Wohnungsbau-Gesellschaft Saga oder einer Genossenschaft. Mit fast 132 000 Wohnungen ist die Saga der drittgrößte Wohnungskonzern Deutschlands. Den vorliegenden Angaben nach geht das Unternehmen bei den Mieterhöhungen fast bis zur

festgesetzten Obergrenze. Somit hat die Stadt am starken Anstieg der Mieten kräftig mitverdient.

Das Recherchenetzwerk argumentiert, dass diejenigen, die unter den hohen Mieten ächzen, die Mietpreise über die Pensionskassen selbst mit angetrieben haben. Per Rundumschlag wird dem „Otto Normalverbraucher“ Renditegarantien unterstellt. Doch das ist verfehlt. Vielmehr investieren die Versorgungseinrichtungen in Eigenregie wegen des extrem niedrigen Zinsniveaus in Immobilien. Kleinanleger, die sich mit Einlagen an Immobilienfonds beteiligen, sind meist von Banken und Sparkassen dementsprechend beraten worden.

Nach Auswertung sämtlicher Grundstücksverkäufe der letzten sieben Jahre ergab sich zudem der Befund, dass die Stadt Baugrund auch an Firmen in Steueroasen verkauft hat.

D.J.

Gefahr für Demokratie und Wohlstand

Immer mehr Menschen wollen oder müssen urban leben. Während die Mieten in den Ballungszentren unentwegt steigen, sind Immobilien in strukturschwachen Regionen von Wertverlust betroffen. 40 Prozent der Haushalte in den Großstädten müssen mehr als 30 Prozent ihres Einkommens aufwenden, um ihre Miete zu bezahlen.

Im Zehnjahresvergleich von 2008 zu 2018 stiegen die Mietpreise in den 14 deutschen Städten mit mehr als 500 000 Einwohnern um 21 beziehungsweise 35 Prozent, so zum Beispiel in Essen und in Dortmund, bis zu 104 Prozent wie in Berlin.

Lag die Hauptstadt 2008 mit 5,60 Euro noch am unteren Ende der Preisskala, befand sie sich 2018 mit 11,40 Euro pro Quadratmeter auf Platz 5. In München zogen die Mietpreise seit 2008 um 61 Prozent auf 17,90 Euro an. Damit liegt die bayerische Landeshauptstadt rund 130 Prozent über dem Landesdurchschnitt und ist nach London und Paris die drittteuerste Stadt in Europa. In Frankfurt lag der Durchschnittspreis bei

Ein primär städtisches Problem

13,80 Euro, in Hamburg bei 11,90 Euro pro Quadratmeter. Geringere Preissteigerungen werden in den größten mitteldeutschen Städten verzeichnet. In Leipzig und Dresden verteuerten sich die Mieten jeweils um 35 Prozent. 2018 kostete der Quadratmeter in Leipzig 6,50 Euro.

Die Politik hat spät auf den Schwund an bezahlbarem Wohnraum reagiert. Mit der Stärkung des sozialen Wohnungsbaus, Baukindergeld und Mietpreisbremse wurden Instrumente geschaffen, die das freie Unternehmertum kaum beeinträchtigen und bisher kaum Wirkung zeigen. Zuletzt hatte sich die Problemlage durch die Strafzinspolitik der Europäischen Zentralbank weiter verschärft. Laut dem Europace-Hauspreis-Index verteuerte sich der Preis für Neubauten seit 2005 um 60 Prozent. Mit Blick auf sämtliche Mietverhältnisse übertrifft der Mietanstieg die allgemeine Teuerungsrate bei Weitem. Ökonomen warnen: Die Entwicklung wird zur Gefahr für die Demokratie und den Wohlstand unseres Landes.

D.J.

Preussische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – ISSN 0947-9597.

Die Preussische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbe-

stellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Rot-Rot im Endstadium

Brandenburgs Koalition wenige Monate vor den Landtagswahlen vollkommen zerrüttet



Dunkle Wolken über dem Potsdamer Landtag: Hält Rot-Rot überhaupt noch bis zur Wahl durch?

Bild: Imago

Wenige Monate vor den Landtagswahlen in Brandenburg ist das Verhältnis zwischen den Regierungspartnern SPD und Linkspartei dermaßen zerrüttet, dass nicht einmal ein vorzeitiger Bruch der Koalition ausgeschlossen erscheint. Statt einer Neuauflage von Rot-Rot wird es immer wahrscheinlicher, dass ab September ein Dreierbündnis regiert, das es so in Potsdam noch nicht gegeben hat.

Den Anlass für den aktuellen Streit in der rot-roten Koalition lieferte Brandenburgs Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD). Ohne Abstimmung mit dem dunkelroten Koalitionspartner, aber mit Rückendeckung durch Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD), gab Schröter eher beiläufig auf einer Personalversammlung eine sensible Entscheidung bekannt: Der Minister will das Personal beim brandenburgischen Verfassungsschutz um 27 auf 120 Mitarbeiter aufstocken. Schröter will dafür nicht besetzte Polizeistellen umschichten und sieht sich dazu als Fachminister auch berechtigt. In Brandenburg ist der Verfassungsschutz keine eigenständige Behörde, sondern eine Abteilung des Innenministeriums.

Zur Begründung für seinen Schritt sagte Schröter im Landtag: „Ich habe einen Amtseid geschworen, Schaden von den Menschen des Landes Brandenburg abzuwenden.“ Und weiter: „Ich will mir nicht vorwerfen lassen,

nicht rechtzeitig gehandelt zu haben.“ Der SPD-Politiker machte die Linkspartei dafür verantwortlich, die Personalaufstockung beim Verfassungsschutz jahrelang blockiert zu haben. SPD-Fraktionschef Mike Bischoff sprach davon, dass die „innere Sicherheit nicht verhandelbar“ sei und verwies darauf, dass auch beim Bundesamt für Verfassungsschutz das Personal mittlerweile massiv aufgestockt worden sei.

Schröters Vorgehen hat beim Koalitionspartner, aber auch bei der Opposition im Landtag gleich mehrere Fragen aufgeworfen. Erstaunlich ist zum einen der Zeitpunkt. Erst im Dezember hatte die CDU im Landtag den Antrag gestellt, Brandenburgs Verfassungsschutz 30 zusätzliche Stellen zu genehmigen. Der Antrag war im Parlament gescheitert. Wenige Wochen später prescht Schröter nun vor, und erhöht die Zahl der Verfassungsschützer um 27 Stellen.

Die Linkspartei fühlt sich durch die Entscheidung gleich aus mehreren Gründen düpiert. Zum einen muss sich Finanzminister Christian Görke (Linke) in seiner Haushaltshoheit durch den Kabinettskollegen Schröter übergangen fühlen. Doch auch die CDU-Landtagsfraktion ist nach eigener Prüfung zu den Schluss gekommen,

dass eine Umschichtung des Personals zugunsten des Verfassungsschutzes zwar durchaus möglich ist; haushaltsrechtlich müsse dies aber der Finanzminister regeln.

Möglicherweise hat mit dem Schritt aber auch die Glaubwürdigkeit der märkischen SPD als ein künftiger Koalitionspartner Schaden genommen. Ralf Christoffers, der Vorsitzende der Linkspartei-Fraktion im Landtag, kommentierte das Vorgehen des Innenministers: „Ich kann mich nicht erinnern, dass einer unserer Minister jemals so mit dem Koalitionspartner umgesprungen ist. Keiner unserer Minister würde so agieren.“

Umfragen: Nur ein Dreierbündnis hätte eine Mehrheit

Tatsächlich könnte die jüngste Entwicklung bei Teilen der Linkspartei die Neigung wachsen lassen, nach den Landtagswahlen lieber in die Opposition zu gehen. Von den Sozialdemokraten ist wiederum zu hören, man habe inzwischen zu oft dem Koalitionspartner nachgegeben.

Sehr skeptische Töne sind auch von führenden Vertretern der Grünen zu hören: „Wir erschrecken immer wieder über die SPD“, so Alexander Vogel. Aus Sicht des Grünen-Fraktionschefs könne man so nicht mit seinem Koalitionspartner umgehen. Als Lehre leitet Vogel ab, dass die Grünen bei den Landtagswahlen so stark werden müssten, dass sie der SPD Paroli bieten

könnten. Zum Koalitionskrach sagte Vogel: „Die Landesregierung scheint in den ‚Jeder-kämpf-für-sich-allein-Modus‘ gewechselt zu sein.“

Aus der CDU-Fraktion heißt es sogar, die Regierung Woidke habe ihr „sicherheitspolitisches Endstadium“ erreicht. Steeven Bretz, der Generalsekretär der märkischen CDU, sieht in Brandenburg selbst Kernbereiche des Rechtsstaats in Gefahr. Tatsächlich steht auch Brandenburgs Justizminister Stefan Ludwig (Linkspartei) unter anhaltender Kritik, weil inzwischen mehrmals verurteilte Straftäter wieder aus der Haft entlassen werden mussten. AfD und CDU werfen dem Justizminister vor, Brandenburgs Gerichte und Staatsanwaltschaften nicht mit ausreichend Personal ausgestattet zu haben.

Mit dem jüngsten Krach zwischen SPD und Linkspartei könnte das Klima in der Koalition so weit abrutschen, dass eine Fortsetzung des Bündnisses nach den Landtagswahlen im September nur noch schwer vorstellbar ist. Die jüngsten Umfragewerte sprechen ohnehin dafür, dass die Schwäche der SPD dazu führen könnte, dass nach den Wahlen nur noch eine Dreierkoalition eine Mehrheit im Landtag hätte. Mit der zunehmenden Zerrüttung im Bündnis zwischen SPD und Linkspartei steigt die Wahrscheinlichkeit, dass ab September erstmalig eine rot-schwarz-grüne Koalition in Potsdam regiert.

Norman Hanert

Die Fachtagung als Tribunal?

Von VERA LENGSELD

Schaut man auf den aktuellen Veranstaltungskalender der Landeszentrale für Politische Bildung Berlin, dann sieht es so aus, als sei am 14. Februar nichts los.

Dieser Schein trügt.

An diesem Tag findet eine von der Landeszentrale geförderte Tagung statt, in den Räumen der Amadeu-Antonio-Stiftung, die aber die Veranstaltung auch auf ihren Seiten nicht verzeichnet. Titel der „Fachtagung“: „Der rechte Rand der DDR-Aufarbeitung“.

Die Teilnahme ist kostenfrei, „aber nur nach Anmeldung bis 7. 2. und nach schriftlicher Bestätigung durch die Amadeu Antonio Stiftung möglich“.

Worum es bei der „Fachtagung“ gehen soll, wird gleich zu Anfang des Einladungsschreibens klar gemacht: „Der Fall Hubertus Knabe ist in aller Munde. Bei den Debatten um seine Entlassung ist in den Hintergründen getreten, dass er auch eine Scharnierfunktion zu den rechten Rändern der DDR-Aufarbeitung hatte. Er scheute nicht davor zurück, Nationalsozialismus und SED-Sozialismus als zwei ‚sozialistische‘ Seiten einer totalitären Medaille zu betrachten und beide Regimes zu analogisieren – eine am rechten Rand typische Grenzüberschreitung.“

Die Aufarbeitung der zweiten deutschen Diktatur war SED- und Stasikadern immer ein Dorn im Auge. Sie konnten nicht verhindern, dass die Gedenkstätte in der ehemaligen Zentralen Untersuchungsanstalt der Staatssicherheit entstand, andere Gedenkstätten in Potsdam, Magdeburg, Dresden, Torgau, Cottbus, Erfurt folgten. An den Orten der kommunistischen Repression muss man keine Vergleiche zu anderen totalitären Diktaturen bemühen, sie springen einem förmlich ins Auge.

Es hat in den vergangenen Jahren immer wieder heftige Diskussionen gegeben, weil Versuche unternommen wurden, die Brutalität kommunistischer Regime zu verharmlosen. Ein Beispiel ist die heftig umstrittene Dauerausstellung im ehemaligen NKWD-Gefängnis in Potsdam.

Jetzt entwickelt sich etwas viel Gefährlicheres. Kräfte wie die Amadeu-Antonio-Stiftung, die sich den Kampf gegen „Rechts“ auf die Fahne geschrieben haben, scheinen einen Keil in die Diktaturaufarbeitung treiben zu wollen. Vor allem sieht es so aus, als sollen alle Kräfte, die Demokratie und Meinungsfreiheit auch für Kritik an – beispielsweise – der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung oder anderen linken Projekten reklamieren, mundtot gemacht werden.

Im November geht's los

SPK-Präsident Parzinger: Humboldtforum öffnet diesen Herbst

Auf ihrem Neujahrsempfang kündigte die Stiftung Preussischer Kulturbesitz (SPK) die Eröffnung des Humboldtforums für den kommenden November an. Zumindest erste Teile des Kultur- und Museumszentrums im rekonstruierten Berliner Schloss werden damit noch im Humboldt-Jubiläumjahr für die Öffentlichkeit nutzbar sein. Bereits für den 14. September ist zum 250. Geburtstag Alexander von Humboldts ein Festakt im Schloss angekündigt. Die Staatsbibliothek wird anlässlich des Jubiläums an drei Tagen im September die amerikanischen Reisetagebücher und andere Autografen des Forschers präsentieren.

Und auf Berlin warten weitere Eröffnungen: Einen der „Meilensteine 2019“ nennt SPK-Präsident Hermann Parzinger das Richtfest für den ersten Bauabschnitt im Pergamonmuseum, das im Mai stattfinden soll. Für die Mitte des Jahres wurde zudem die Eröff-

nung der James-Simon-Galerie angekündigt. Diese wird künftig der zentrale Zugang zur Museumsinsel sein. Für den Herbst hat die Stiftung zudem den ersten Spatenstich für das geplante Museum des 20. Jahrhunderts eingeplant. Das neue Haus soll am Kul-

2019 wird zum »Jahr der Meilensteine«

turforum im Stadtteil Tiergarten entstehen. Mit dem Neubau sollen die umfassenden Bestände der Nationalgalerie zur Kunst des 20. Jahrhunderts erstmals dauerhaft präsentiert werden können. Aus Platzmangel kann die bedeutende Sammlung bislang in der Neuen Nationalgalerie nur in Ausschnitten gezeigt werden.

Bereits Anfang März wird die SPK in der Gemäldegalerie rund

100 Arbeiten von Andrea Mantegna und dessen Schwager Giovanni Bellini zeigen. Die bis Ende Juni laufende Ausstellung der beiden Meister der italienischen Renaissance gilt als Höhepunkt des Ausstellungsjahres der Stiftung.

Derweil gewinnt die Idee eines kostenlosen Eintritts zu den Berliner Museen und zum Humboldtforum an prominentem Rückhalt. Für den freien Zugang hat sich bereits Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) ausgesprochen. Parzinger sieht im Gratis-Zugang zum Humboldtforum ein gutes und wichtiges Zeichen: „Eintrittsfreiheit ist ein großer Schritt vorwärts.“

Bereits zur Jahreswende hatte der SPK-Präsident den Vorschlag gemacht, im Humboldtforum einen Gedenkort für die Opfer des Kolonialismus zu schaffen. Dort könnten sich Besucher darüber Gedanken machen, was im deutschen Namen in Übersee angeordnet worden sei. N.H.

Senioren im Visier

Experten wollen Älteren die Fahrerlaubnis einschränken

Der Ehemann von Großbritanniens Königin Elisabeth II., Prinz Philip, ist 97 Jahre alt und wurde als Autofahrer in kurzer Zeit zweimal auffällig. Zunächst verursachte der royale Senior einen Unfall mit Blechschaden, zwei Tage später hielt ihn die Polizei an, weil er nicht angeschnallt war. Sind ältere Fahrer per se gefährlicher als der Durchschnitt?

Die Zahlen geben das nicht her: 2014 machten ältere Menschen ab 65 Jahren in Deutschland zwar 20,8 Prozent der Gesamtbevölkerung aus, waren aber nur zu 12,6 Prozent an Unfällen beteiligt. Natürlich kann auch diese Zahl interpretiert werden. Andererseits waren 2015 zwei Drittel der Unfallbeteiligten über 64 Jahre alt.

ADAC-Angaben zufolge besitzen in Deutschland etwa 1,7 Millionen Menschen im Alter von 75 bis 84 Jahren ein Auto. In Berlin gibt es 363 871 Führerscheininhaber über 70 Jahre. Der damalige

Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) hatte sich seinerzeit in die Debatte eingeschaltet und Zwangsmaßnahmen als Altersdiskriminierung verworfen.

Vorfälle wie der von Prinz Philip werden von Befürwortern genereller Einschränkungen

Ramsauer lehnte Zwangsmaßnahmen einst ab

gen des motorisierten Individualverkehrs angeführt, um ihre Auffassungen in die Öffentlichkeit zu bringen. Egon Stephan von der Universität Köln, Leiter der „Obergutachterstelle des Landes NRW zur Beurteilung der Kraftfahrtauglichkeit“, spricht sich bei Bedarf für örtliche oder zeitliche Einschränkungen der Fahrerlaubnis aus. Für Senioren jedenfalls, die durch Unsicher-

heiten am Steuer aufgefallen seien.

Als „Unsicherheit“ kann beispielsweise „zu langsames Fahren“ herangezogen werden. Der Berliner Verkehrspsychologe Helmut Thielebeule hat sich nun in die neue Debatte eingeschaltet. Er fordert „Fürsorgepflicht“ der Familienmitglieder und Beratung. „Wenn Sie einschätzen, dass Sie bei den Großeltern im Auto nicht mehr sicher sind, müssen sie es unterbinden.“

Beratung? Thielebeule hat eine Beratungsfirma. Dort können sie „alles“ machen lassen – für ein Honorar von 80 Euro je Stunde. Eine Berliner Boulevardzeitung präsentiert denn auch eine lange Latte von empörten Senioren, die ihren Führerschein nicht abgeben wollen. Thielebeule aber besteht auf seinem Standpunkt: „Die meisten Senioren wollen den Punkt, an dem ihre Fahrtauglichkeit nachlässt, nicht zur Kenntnis nehmen.“ Frank Bücker

MELDUNGEN

Mehr Abschiebungen

Wien – Herbert Kickl, Österreichs Innenminister von der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), hat bekanntgegeben, dass in der Alpenrepublik im vergangenen Jahr 47 Prozent mehr abgelehnte Asylbewerber abgeschoben wurden. Bei 42 Prozent der 6946 Abschiebungen handelt es sich um verurteilte Straftäter. Weitere 5665 abgelehnte Asylwerber verließen Österreich freiwillig. Zum Vergleich: In der Bundesrepublik stagnieren die Abschiebezahlen. Derweil hat die Opposition im Nationalrat einen Misstrauensantrag gegen Kickl eingebracht. Mit seiner Äußerung „Das Recht folgt der Politik“ habe er gegen alle Gesetze und die Verfassung Österreichs sowie die Europäische Menschenrechtskonvention verstoßen.

Frank Bückler

»Juncker-Plan« wirkt wohl nicht

Luxemburg – Der EU-Rechnungshof zweifelt die Darstellung der EU-Kommission und der Europäischen Investitionsbank zur Wirksamkeit des Europäischen Fonds für strategische Investitionen an. Die Prüfer bezeichneten es als fraglich, dass der Fonds tatsächlich 335 Milliarden Euro zusätzlich an Investitionen in der Realwirtschaft mobilisiert hat. Das Prestigeprojekt von EU-Präsident Jean-Claude Juncker wird auch „Juncker-Plan“ genannt.

N.H.



Jean-Claude Juncker

Russland, die Türkei und der Iran haben es sich auf die Fahnen geschrieben, sich für eine Beendigung des Bürgerkriegs in Syrien einzusetzen. Frieden ist noch nicht erreicht, denn der Global Player USA bleibt im Spiel. Assads Position scheint dennoch gesichert.

In der deutschen Öffentlichkeit ist es seit der Ankündigung der USA, ihre Truppen aus Syrien abzuführen, um das Thema auffallend ruhig geworden. Nachdem der US-Senat sich gegen Trumps Pläne zu Truppenabzügen gestellt hat, ist das Thema wieder aktuell.

Während Donald Trump angekündigt hatte, die US-Truppen aus Syrien abzuführen, trafen sich die Staatspräsidenten Russlands, der Türkei und des Irans, um über die Machtverteilung im Nachkriegs-Syrien zu beraten (siehe Seite 1).

Russland feiert seine Erfolge, berichtet von der Rückkehr von 1000 Flüchtlingen aus dem benachbarten Ausland, Libanon und Jordanien, sowie von seiner humanitären Hilfe in den vom Islamischen Staat (IS) befreiten Städten und verspricht Wie-deraufbauhilfe. Im Internet sind Filme russischer Soldaten zu sehen, die Hilfspakete an die syrische Bevölkerung austeilen. Für den 14. Februar ist ein neues Gipfeltreffen Russlands mit seinen Partnern Iran und Türkei geplant.

Seit Anfang Januar überwacht die russische Militärpolizei die Gebiete nordöstlich von Manbidsch, die im Dezember von kurdischen Selbstverteidigungskräften an die syrischen Regierungstruppen übertragen wurden. Die Kurdenheiten sollen freiwillig weiter nach Osten gezogen sein.

Es geht also vordergründig nicht mehr darum, den IS zu bekämpfen, sondern um Geopolitik, bei dem auch Israel eine Rolle spielt. Immer wieder führt der jüdische Staat Raketenangriffe auf Stellungen der Hisbollah in Syrien durch, die von Teheran unterstützt werden. Bei der Machtverteilung in der Region mischen viele Akteure mit.

Assad wird wieder hoffähig

Nach der Ankündigung der USA, Truppen aus Syrien abzuführen, ringen viele Akteure um die Kontrolle



Manbidsch: Syrische Armee in zuvor von Kurden kontrolliertem Gebiet

Bild: Imago

Trump musste für seine vor-schnelle Ankündigung, 2000 Soldaten aus Syrien abzuführen, eine Schlappe einstecken. Der US-Senat unterstützte mit 70 zu 26 Stimmen eine Resolution gegen Trumps Pläne, da der IS noch immer zu Offensiven in der Lage sei. Der US-Präsident hatte aufgrund scharfer Kritik seitens der US-Geheimdienste seine Pläne zuvor bereits relativiert. Jüngst erklärte er, die abgezogenen Soldaten im Irak stationieren zu wollen, um bei Bedarf schnell wieder in Syrien eingreifen zu können. Von einem Machtvakuum östlich des Euphrat könnte der Erzfeind Iran profitieren.

Dieses durch den Abzug der US-Truppen entstehende Vakuum würden sowohl Russland als auch der Iran und die Türkei ausfüllen wollen. Für Russland ist dabei primär nicht die militärische und finanzielle Unterstützung des syrischen Machthabers Baschar al-Assad wichtig, sondern die Absicherung seiner Militärbasen im Westen des Landes. Zudem könnte Wladimir Putin Russlands Stellung als Groß- und Schutzmacht unter-

mauern. US-Pläne sehen die Errichtung einer 30 Kilometer breiten Pufferzone entlang der türkisch-syrischen Grenze vor, die über Hunderte von Kilometern vom Euphrat bis zur irakischen Grenze führen soll. Dadurch sollen türkische und kurdische Truppen auf Distanz gehalten werden. Der Türkei sind die USA als NATO-Partner verpflichtet, und die sy-

Erdogan lenkt gegenüber Assad ein

risch-kurdischen Partner haben sich im Antiterrorkampf als zuverlässige Alliierte erwiesen.

Die Kontrolle über diese Pufferzone sollen nach Vorstellungen der Amerikaner Großbritannien, Frankreich und Australien übernehmen. Weiter verlangt die US-Regierung die Rücknahme gefangenommener IS-Kämpfer in ihre Herkunftsländer. Gerade bei Europäern stößt diese Idee jedoch auf wenig Gegenliebe. Die Befürworter aus den USA verweisen die Europäer bei einer Absage auf

eine drohende neue Flüchtlingswelle.

Dagegen will Erdogan, der die kurdische Volksmiliz YPG als verlängerten Arm der auch vom Westen als terroristisch eingestuften PKK sieht, unter allen Umständen verhindern, dass die Kurden unter amerikanischem Schutz einen unabhängigen Kurdenstaat im Norden und Osten Syriens aufbauen. Vor einem Jahr marschierte die türkische Armee in der Stadt Afrin ein, die unter YPG-Herrschaft stand. Gerne wäre Erdogan noch weiter in den Nordosten einmarschiert, um eine eigene Pufferzone zu schaffen, doch daran hinderten ihn die USA, deren Verbündete die YPG im Kampf gegen den IS waren.

Die türkische Regierung hat im Laufe des Syrienkriegs mehrere Kehrtwenden vollzogen: Mal unterstützte Ankara die radikalislamische al-Nusra im Krieg gegen Assad, nun bekämpft es diese als Terroristen. Mal war Putin Erdogans Feind, heute ist er sein Freund. Im Blick auf Assad blickt Erdogan sich neuerlich auf die einstige Männerfreundschaft zwi-

schon beiden. Vor dem Syrienkrieg hatte es eine Annäherung zwischen Damaskus und Ankara gegeben, die beiden Staaten vor allem wirtschaftliche Vorteile gebracht hatte. Im Würgegriff zwischen den USA und Russland konzentriert Erdogan sich nun darauf, eine kurdische Autonomieregion unter Führung der YPG an der türkischen Grenze zu verhindern, anstatt Assad weiter zu bekämpfen.

Putin erwies sich dabei als Wegbereiter, indem er auf das Adana-Abkommen von 2008 verwies, das der Türkei eine militärische Intervention in Syrien erlaubt, sollte sie bedroht werden. Dieses Abkommen, dem 2003 auch der Iran zugestimmt hatte, habe bis heute Gültigkeit.

Im geopolitischen Gerangel dürfte die Zukunft der Kurden für den Ausgang des Syrienkonflikts eine zentrale Rolle spielen. Sie sind ein Volk ohne Staat, dessen Siedlungsgebiete sich auf Nordsyrien, die Osttürkei und den Irak erstrecken. Die Volksmiliz YPG, die im Stellvertreterkrieg für den Westen kämpfte, spürt, dass die USA sie fallen lassen wird. Aus Furcht vor türkischen Angriffen verhandelt sie mit Assad. Teile der YPG haben sich bereits der Regierungsarmee angeschlossen, andere laufen zu radikalislamischen Gruppen über.

Für die Kurden geht es um die nackte Existenz. Im Gegenzug für den Anschluss der YPG an die syrische Armee dürften sie ein Stück Autonomie in der Region erwarten. Laut der Sprecherin der Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF), Lilwa al-Abdallah sind die YPG/SDF-Einheiten zu einem Dialog mit der syrischen Regierung bereit. Die SDF werden von der Kurden-Miliz YPG angeführt. Die Zukunft der Kurden wird derzeit in Damaskus, Moskau und Teheran entschieden. Wohl deshalb wetteifern die Türkei und die YPG darum, mit Assad und Putin zu verhandeln. Frieden wird es in der Region wahrscheinlich erst dann geben, wenn die Kurdenfrage gelöst ist.

Manuela Rosenthal-Kappi

Wenigstens ein Wechsel

Félix Tshisekedi zum neuen Präsidenten des Kongo gekürt

Nach einer umstrittenen Präsidentenwahl in der Demokratischen Republik Kongo wurde Félix Tshisekedi zum Wahlsieger erklärt und vereidigt. Viele vermuten, dass er nur Präsident von Gnaden seines Vorgängers Joseph Kabila ist.

Im Jahr 1960 hatte der Kongo seine Unabhängigkeit von Belgien erkämpft. Langzeitpräsident Mobutu Sese Seko beherrschte das von ihm in „Zaire“ umbenannte Land bis zu seinem Sturz 1997. Danach übernahm sein Gegenspieler Laurent-Désiré Kabila die Macht, die, nachdem dieser 2001 einem Attentat zum Opfer gefallen war, von dessen Sohn Joseph Kabila übernommen wurde.

Erster Verlierer im Kongo schien der Tshisekedi-Clan, der an der Spitze der größten Partei des Kongo, der Union für Demokratie und sozialen Fortschritt (UDPS) steht. Nachdem im Dezember die drei Jahre lang verschobenen Präsidentschaftswahlen unter sehr obskuren Bedingungen stattgefunden hatten, ist es Félix Tshisekedi gelungen, nun endlich an die Macht zu kommen, wenn auch erst nach einem Wahlbündnis mit Kabila.

Erstaunlich war an diesem geheimen Wahlbündnis nicht nur, dass es zwischen den einst verfeindeten Clans Kabila und Tshisekedi zustande gekommen ist, son-

dern auch dass es erst nach den Wahlen geschlossen wurde und dass darin die Folgen der Wahl festgelegt wurden, bevor die zuständige Wahlkommission das Wahlergebnis verkündet hatte. Das Bündnis besagte nämlich, dass Tshisekedi ungeachtet des Wahlausgangs zum Präsidenten gekürt werden solle. Dafür kann Kabila, der nicht kandidieren durfte,



Félix Tshisekedi

Bild: pa

weiterhin im Hintergrund die Fäden ziehen und seine Vertrauten können wichtige Posten behalten. Welche Zugeständnisse Tshisekedi noch für das Präsidentschaftsbündnis machen musste, ist noch unklar.

Tshisekedis Sieg wird vom knapp unterlegenen Oppositionskandidaten Martin Fayulu nicht anerkannt. Viele Wahlbeobachter zweifeln das Wahlergebnis an. Die Afrikanische

Union und die Europäische Union haben nach einigem Zögern dennoch angekündigt, mit Tshisekedi zusammenarbeiten zu wollen. Zuletzt erkannten ihn auch die USA als Präsidenten an. Offenbar ist alleine die Tatsache, dass es einen Machtwechsel gab und dass dieser ohne Blutvergießen erfolgt ist, was in Afrika eine Seltenheit ist, schon ein wichtiger Grund.

Der Wahl vorausgegangen waren jahrelange Proteste vor allem der katholischen Kirche gegen die ständigen Verschiebungen der Wahlen. Die katholische Kirche hatte das „Silver-Abkommen“ von 2016, das Präsident Kabila einen Amtsverzicht nach zwei Amtsperioden abgerungen hatte, mit ausgehandelt. Die Verfassung des Kongo sieht nur zwei Amtsperioden eines Präsidenten vor.

Nach dem Tode von Oppositionsführer Etienne Tshisekedi im Februar 2017 war die politische Landschaft des Kongo hoffnungslos zersplittert. Es gibt fast 600 Parteien. Umso erstaunlicher ist es, dass es den katholischen Laienbewegungen gelungen war, die Oppositionskräfte wieder zu einem. Lange dauerte es, bis Tshisekedi sich als Oppositionsführer hatte durchsetzen können, denn er gilt als ängstlich und hatte während der Proteste eine schlechte Figur abgegeben.

Bodo Bost

Besuch aus Nordkorea

Ex-Geheimdienstchef Kim Yong-chol traf CIA-Vizedirektor Bishop

Ungeachtet der bisweilen angespannten Beziehungen zwischen den USA und Nordkorea gibt es immer wieder geheime Kontakte zwischen den Geheimdiensten der beiden Staaten. Das jüngste Treffen fand am 18. Januar statt, als der stellvertretende Vorsitzende des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Koreas (PdAK) und frühere Geheimdienstchef, General Kim Yong-chol, offiziell unangemeldet in Washington eintraf, um mit dem stellvertretenden Direktor des US-amerikanischen Auslandsgeheimdienstes Central Intelligence Agency (CIA), Vaughn Bishop, zu verhandeln.

Es waren nicht die ersten Gespräche im Rahmen des sogenannten Intelligence Channel (Geheimdienstkanal) zwischen den beiden Geheimdiensten. Im Jahre 2009 hatte der damalige US-Präsident Barack Obama angesichts des angespannten Verhältnisses zur Demokratischen Volksrepublik Korea den stellvertretenden CIA-Direktor Michael Morell beauftragt, eine direkte Verbindung zum nordkoreanischen Geheimdienst und damit zu den wahren Machthabern des Regimes aufzunehmen. Selbst hohen Persönlichkeiten des US-Nachrichtendienstes

blieben die entsprechenden erfolgreichen Bemühungen unbekannt.

Nach vorausgegangen Begegnungen in Singapur unternahm ein Jahr später Joseph De Trani, CIA-Krisenmanager für Korea-Probleme, eine Reise nach Pjöngjang. Sein offizielles Angebot lautete massive US-Lebensmittelhilfe als Gegenleistung für die Beendigung der atomaren Aufrüstung. Es wurde nicht angenommen, aber immerhin konnte De Trani den Weg ebnen für Morell, den er im

Der sogenannte Intelligence Channel funktioniert

April 2012 nach einem Flug von Guam aus in die nordkoreanischen Geheimdienstkreise einführen konnte.

Im Sommer 2014 reiste CIA-Direktor James Clapper offiziell in die Hauptstadt Nordkoreas, um unter anderem die Freilassung von US-Bürgern zu erwirken. Wichtiger war indes die Herstellung eines Intelligence Channel, in dessen Rahmen er längere Gespräche mit Kim Yong-chol führte, dem damaligen Direktor des wichtigsten Geheimdienstes Nordkoreas, des

RGB. Indes gelang es ihm nicht, einen Audienz bei Nordkoreas Oberstem Führer Kim Jong-un zu bekommen. Auch seine Nachfolgerin Avril Haines reiste vom August 2013 bis zum Januar 2015 wiederholt nach Pjöngjang.

Eine ernste Krise zwischen beiden Staaten entstand im August 2017 angesichts der Drohung des US-Präsidenten, den Nordteil der Halbinsel „mit Feuer und Flamme auszulöschen“. Es kam zum Treffen zwischen Andrew Kim, einem in Korea geborenen früheren CIA-Beamten, mit Vertretern des Geheimdienstes der Gegenseite. Beide dürften wesentlichen Anteil haben an Kim Jong-uns Neujahrsbotschaft 2018, in der er statt der Androhung von Gegenschlägen gegen die USA für eine gemeinsame Winterolympiade warb. Im März äußerten die Südkoreaner auf Anregung der nordkoreanischen Führungsspitze in Washington den Wunsch nach einem direkten Treffen der beiden Staatsoberhäupter. Das positive Echo Trumps überbrachte der damalige CIA-Direktor Mike Pompeo nach Pjöngjang. Nach intensiven Vorbereitungen kam es dann im August letzten Jahres in Singapur zu der bekannten Begegnung zwischen dem US-Präsidenten und Kim Jong-un.

Friedrich-Wilhelm Schломann

Facebook und die Meinungsfreiheit

Die versprochene Unabhängigkeit der drei Facebook-Dienste ist Geschichte

Nach der Zusammenführung der drei Facebook-Dienste Facebook, WhatsApp und Instagram zählt das Unternehmen 2,7 Milliarden Nutzer weltweit. Dabei agiert es nicht nur nach der Gesetzgebung der einzelnen Länder, sondern vor allem nach den eigenen Standards, die nicht immer denselben Maßstab anlegen, aber zu einer vereinten Gesellschaft hinführen sollen.

Facebook ist ein Treffpunkt im Internet. Nutzer können unter ihrem Klarnamen ein Profil anlegen, dort Inhalte verkünden oder Inhalte, auch von anderen, teilen, Nachrichten innerhalb Facebooks verschicken, seine eigenen und die Beiträge anderer kommentieren. Auch Firmen nutzen diese Möglichkeit.

Dass es viel Kritik an den Methoden und Vorhaben des Unternehmens Facebook gibt, zeigen schon die vielfältigen Beiträge des Medienanwalts Joachim Steinhöfel, der im April 2018 die Löschung eines Facebookbeitrages erstmals gerichtlich verhindert hat.

Bundesjustizministerin Katarina Barley (SPD) übt hingegen scharfe Kritik an dem Plan des Internetkonzerns Facebook, seine sozialen Netzwerke und Sofortnachrichtendienste zu verknüpfen. „Es scheint endgültig aus zu sein mit Mark Zuckerbergs Versprechen, dass Instagram und WhatsApp unabhängig bleiben“, sagte Barley der „Wirtschaftswache“. „Wenn Facebook die Messenger verknüpft, zementiert es seine Datenmacht. Die Kartellbehörde werden prüfen, inwieweit Facebook mit diesem Schritt auch seine Marktmacht zementiert.“ Ob es wirklich zu einem Eingreifen der Bonner Behörde kommen wird, bleibt zweifelhaft, übt Facebook doch in gewisser Weise exekutive Gewalt aus, indem es Beiträge löscht, andere stehen lässt.

Der Zuckerberg-Konzern wirbt mit „Give people the power to build community and bring the world closer together“, was so viel heißt wie „Wir geben den Men-

schon die Macht, Gemeinschaft zu bilden, und bringen die Welt näher zusammen“.

Facebook gibt an, dass 2,32 Milliarden Menschen das Internetnetzwerk aktiv nutzen. Wird nun die Zusammenführung der Facebook-Dienste WhatsApp und Instagram umgesetzt, gibt der Konzern 2,7 Milliarden aktive Nutzer an. Das bedeutet, dass mehr als jeder dritte Erdenbürger mindestens einen der drei Facebook-Dienste nutzt und im Gegenzug das Unternehmen Facebook die entsprechenden Daten der Nutzer.

In China, dem bevölkerungsreichsten Land der Welt, ist Facebook gänzlich verboten, trotzdem

Gewinn. Nach den Zahlen für das vierte Quartal 2018 hat das Unternehmen einen Gewinn von 6,68 Milliarden US-Dollar erwirtschaftet, und der Umsatzzuwachs von 30 Prozent auf 16,91 Milliarden Dollar ist ein deutliches Indiz für die Größe des Unternehmens. Nach einem Zusammenschluss der drei Dienste wird sich der Gewinn deutlich erhöhen. Schon jetzt ist das bislang werbefreie WhatsApp für Werbezwecke freigegeben.

„Facebook ist und bleibt kostenlos“, so wirbt das soziale Netzwerk im Internet, der Kunde zahlt mit seinen Daten und darf dafür seine Meinung kundtun. Auch

nicht den „Gemeinschaftsstandards“ entsprechen. Darunter fallen unter anderem „Hassreden“ in drei Schweregraden, Gewalt wie Gewaltdarstellungen und grausame wie taktlose Inhalte.

Im ersten Halbjahr 2018 wurden insgesamt 1704 Inhalte in 886 Beschwerden nach dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) gemeldet, von denen 362 Inhalte gelöscht oder gesperrt wurden. Die NetzDG-Beschwerden werden von etwa 65 geschulten Fachkräften und Juristen geprüft.

Weltweit hat Facebook im ersten Quartal 2018 2,5 Millionen Inhalte entfernt, die gegen seine Richtlinien verstoßen haben.

So drängt sich unter Kritikern der Verdacht auf, dass an der politischen Untertänigkeit von Facebook die Ideologie steht, die Welt zu vereinen oder zu entnationalisieren, um nur mit Individuen Verträge zu schließen und nicht mit vielen Nationen und deren jeweiliger Gesetzgebung.

Bei den Bemühungen zur Einhaltung des NetzDG und der eigenen Regeln kommt es auch zu Fehlern, gegen die man Einspruch einlegen kann, räumt Facebook ein. Genau dafür ist der Medienanwalt Joachim Steinhöfel bekannt, der mit seiner Wall of Shame (etwa Schandmauer) immer wieder auf Fehlentscheidungen seitens Facebook aufmerksam macht, wodurch sich der Verdacht verhärtet, dass nur bestimmte Themen von Facebook gelöscht und nur bestimmte Nutzer durch die Plattform gesperrt werden.

Ein Beispiel: Folgenden Beitrag hat Facebook stehen lassen: „Fuck you Ahmad M...! Wer bist du Vogel, dass du einen aus freien Wahlen hervorgegangenen Staatsoberhaupt Diktator nennst?! Elender Heuchler und Arschkriecher du!“ Begründung des Zuckerberg-Unternehmens: „Der Nutzer, der den Kommentar gepostet hat, versuchte, den Artikel als Gelegenheit zu nutzen, den Kläger aufgrund seiner einseitigen politischen Aussage zu kritisieren, weil er den türkischen Präsidenten als ‚Diktator‘ beleidigte und Herrn Özil beschuldigte, sich mit einem Diktator ablichten zu lassen. Und in der Tat wurde Präsident Erdogan vom türkischen Volk zum Präsidenten der Türkei gewählt, wie der streitgegenständliche Kommentar richtig sagt.“ Steinhöfel bringt die Äußerung Facebooks so auf den Punkt: „Diktator“ zu nennen, ist also eine Beleidigung, ‚Fuck you‘, ‚elender Heuchler‘ und ‚Arschkriecher‘ hingegen nicht.“

Da Facebook als Datenmonopolist mit seinen Aktionen die Meinungsbildung beeinflussen kann, wäre es im Interesse jedes einzelnen Nutzers, jene zu überprüfen.

Christiane Rinser-Schurt



Ein Mann in eigener Mission: Mark Zuckerberg bei der Facebook-Entwicklerkonferenz

Bild: Ullstein

es dort rund 500 000 Nutzer gibt. Ebenso wie in China ist Facebook in Afghanistan gesperrt, zeitweise wurde die Seite auch in Kasachstan und Tunesien blockiert, in Syrien wird sie beobachtet. Die meisten Facebook-Nutzer findet man in den USA, Europa, der Türkei, Indien, Indonesien und den Philippinen. Russland, die Länder Südamerikas, Afrikas und Australiens bedienen sich eher weniger dieses Netzwerkes.

Wo so viele Menschen zusammenkommen und damit auch deren Daten, geht es immer um

wenn es heißt „Auf Facebook bleibst du mit Menschen in Verbindung und teilst Fotos, Videos und vieles mehr mit ihnen“, trifft das nicht auf jeden und alles zu. Im vierten Quartal des vergangenen Jahres beschäftigte das Unternehmen 35 600 Angestellte weltweit, im Vergleich zu 2017 waren das 42 Prozent mehr, was größtenteils dem Mehraufwand für das Löschen angeblicher Falschmeldungen, das Sperren von Nutzern und der Vorbeugung vor Hackerangriffen geschuldet ist. Gelöscht werden Beiträge, die

Facebook hat im vierten Quartal 2018 9,1 Milliarden Dollar ausgegeben, um gegen Hacker vorzugehen und Falschmeldungen zu ahnden.

Das kann eine Bundesregierung nicht leisten. Dass Zuckerberg auch politisch agiert, zeigt er in der Stiftung Chan Zuckerberg Initiative, mit der er gemeinsam mit seiner Frau Priscilla Chan für die Bekämpfung von Krankheiten, für Bildung, Gerechtigkeit und Chancengleichheit eintritt. Dabei spricht sie sich dezidiert für Einwanderung von Flüchtlingen aus.

Nach dem Atom die Kohle

Zu den Gesamtkosten des Ausstiegs verweigert Pofalla jede Aussage

Nach der Atomkraft ist nun die Kohle dran. In knapp 20 Jahren soll das letzte Kraftwerk vom Netz gehen. Die Auswirkungen für die Wirtschaft sind noch unsehbar. Schon bis zum Jahr 2022 werden Stein- und Braunkohlekraftwerke mit einer Leistung von rund 12,5 Gigawatt abgeschaltet, bis 2030 sollen dann weitere Blöcke mit noch einmal 13 Gigawatt Gesamtleistung folgen. In Sachen Energiewende drückt die Bundesregierung aufs Tempo. So sollen die jährlichen Kohlendioxidemissionen bis zum Ende des kommenden Jahrzehnts auf höchstens 45 Prozent der Emissionen des Jahres Vereinigungsjahres 1990 gesunken sein.

Ottmar Edenhofer vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) hält das mit dem Kohleausstiegsplan durchaus für machbar. „Die Klimaziele der Bundesregierung bis 2030 werden nach dem aktuellen Plan sehr wahrscheinlich erreicht“, sagte der Wirtschaftswissenschaftler gegenüber „Spiegel Online“. „Positiv sind etwa die angemessenen hohen Ziele zum Start des Ausstiegsprogramms bis 2022. Die 12,5 Gigawatt sind ein starker Start, den ich begrüße.“

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier will sich schnell an die Umsetzung des Kompromisses zum Ausstieg aus der klimaschädlichen Kohleverstromung machen. Es sei positiv, dass es nun für die nächsten 20 Jahre Klarheit und Sicherheit gebe, sagte der CDU-Politiker in der ARD: „Wir brauchen jetzt eine ganze Reihe von Gesetzen.“



Ronald Pofalla Bild: StagiaireMGIMO

Zur Frage, wie viel der Kohleausstieg kostet, verweigern die Sprecher der Kohlekommission bislang eine Aussage. „Ich lasse mich auf die Gesamtrechnung, was der Kohleausstieg kostet, nicht ein“, sagt Ronald Pofalla, Bahnvorstand und einer der vier Vorsitzenden der Kommission, die in der vergangenen Woche

ihre Empfehlungen an die Politik vorgelegt haben. Fest steht, dass vier Bundesländer vom Kohleausstieg besonders betroffen sein werden, weil sich dort Braunkohlereviere befinden und nicht nur Steinkohlkraftwerke. Es sind dies Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg in den neuen Bundesländern sowie Nordrhein-Westfalen im Westen. Insgesamt arbeiten laut dem Deutschen Braunkohlen-Industrie-Verein (DEBRIV), dem Branchenverband der deutschen Braunkohlenwirtschaft, rund 20 000 Beschäftigte in den Revieren.

Die Hilfen des Bundes für den Strukturwandel in den betroffenen Regionen sollen in einem sogenannten Maßnahmengesetz geregelt werden. Die Kommission empfiehlt, dass der Bund dafür 1,3 Milliarden Euro pro Jahr über 20 Jahre ausgibt. Wie die Deutsche Presse-Agentur weiter berichtet, soll es darüber hinaus einen Staatsvertrag geben, der auch für künftige Bundesregierungen bindend ist. Außerdem soll der Bund den Ländern 700 Millionen Euro pro Jahr zur Absicherung über 20 Jahre zur Verfügung stellen, unabhängig von konkreten Projekten. Peter Entinger

Azubis versagen

Schlechtes Zeugnis für das Bildungssystem in der Hauptstadt

Die Berliner Industrie- und Handelskammer (IHK) hat den jüngsten Ausbildungslehrgang statistisch ausgewertet und größere Probleme bei der Motivation und in der Schulbildung festgestellt. IHK-Mitgliedsbetriebe der Hauptstadt, die im Sommer 2018 befragt wurden, berichteten am häufigsten über einen Mangel an Leistungsbereitschaft und Motivation (65,5 Prozent). Fast genauso viele sahen Mängel bei der Belastbarkeit der Bewerber.

Für viele Betriebe mittlerweile ein Dauerthema ist die Klage über die Schulbildung in Berlin. Fast jedes zweite befragte Unternehmen (48,4 Prozent) gab an, die Bewerber würden elementare Rechenfertigkeiten nicht genügend beherrschen.

Noch höher lag mit 59,5 Prozent der Anteil der Unternehmen, die über Probleme beim mündlichen und schriftlichen Ausdrucksvermögen von Auszubildenden berichteten. Fast jeder dritte Ausbildungsbetrieb in Berlin versucht mittlerweile sogar, die mangelhafte Schulbildung in Deutsch und Mathematik durch eigenen Nachhilfunterricht auszugleichen.

Die Ausbilder müssen allerdings auch bei der sozialen Kom-

petenz häufig Defizite feststellen. Denn gut jeder zweite Betrieb sah Disziplinprobleme, und jeder dritte Ausbildungsbetrieb beklagte bei den Jugendlichen mangelndes Interesse und Aufgeschlossenheit. Auffallend hoch war mit 40,5 Prozent auch der Anteil der



Gibt sich Mühe: Berliner Azubi bei Straßenarbeiten Bild: pa

Befragten, die schlechte Umgangsformen bei den Jugendlichen festgestellt haben.

Bereits im vergangenen Jahr hatte die ungewöhnlich hohe Quote von abgebrochenen Ausbildungen für Aufsehen gesorgt. Für das Jahr 2017 wurde die Abbrecher-Quote in der Hauptstadt mit

MELDUNGEN

USA heben Sanktionen auf

Washington – Weil der russische Oligarch Oleg Deripaska, dem enge Beziehungen zum Kreml nachgesagt werden, seine Unternehmensanteile am russischen Aluminiumkonzern Rusal und zwei verbundenen Unternehmen reduziert hat, wollen die USA die Sanktionen gegen die Firmen Rusal, En+ sowie EuroSibEnergio aufheben, da diese sich zu mehr Transparenz verpflichtet hätten. Rusal ist einer der größten Aluminiumproduzenten weltweit. Durch die Strafmaßnahmen war im vergangenen Jahr die Londoner Metallbörse aufgewirbelt worden. Die negativen Konsequenzen bekamen auch US-Firmen wie Whirlpool, Boeing und Ford zu spüren. MRK

Keine Wartung in Berlin

Berlin – Die Erweiterungspläne für den Großflughafen BER könnten das Aus für das Wartungsgeschäft von Lufthansa-Technik in Berlin bedeuten. Das Unternehmen nutzt bislang am Flughafen Schönefeld einen Hangar, der bis März 2021 angemietet ist und danach abgerissen werden soll. Laut Medienberichten wird bei Lufthansa derzeit darüber nachgedacht, dass komplette Geschäft mit großen Flugzeug-Checks nach Osteuropa zu verlegen. N.H.

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.928.522.001.360 €

Vorwoche: 1.928.578.909.866 €

Verschuldung pro Kopf:
23.265 €

Vorwoche: 23.266 €

(Dienstag, 5. Februar 2019,
Zahlen: www.steuerzahler.de)

Norman Hanert

Also doch?

Von Hans Heckel

Der Kontrast sticht ins Auge: Mit Hans-Georg Maaßen musste ein Verfassungsschutzchef gehen, nur weil er die Wahrheit gesagt hatte. Eine Wahrheit, die öffentlich bekannt war. Nur dass sie der Bundesregierung nicht in den propagandistischen Kram passte, die wahrheitswidrig über „Hetzjagden“ in Chemnitz fabuliert hatte. Die Vorwürfe gegen Maaßen waren von vorn bis hinten konstruiert.

Dann geschah unter der Verantwortung von Maaßen-Nachfolger Thomas Haldenwang etwas, das gerade einem Geheimdienst unter keinen Umständen durchrutschen darf: Eine „Ver-

schlussache – Nur für den Dienstgebrauch“ fand den Weg in die breite Öffentlichkeit, nämlich das Papier zum „Prüf-fall AfD“. Ein echter Skandal, doch der Chef des Amtes gerät nicht einmal ernsthaft unter politischen Druck.

Es wird gemunkelt, dass Maaßen nur abgelöst worden sei, um das Schussfeld auf die AfD freizubekommen. Und dass Haldenwang mit dem parteipolitisch motivierten Auftrag losgeschickt worden sei, das Feuer auf die junge Partei zu eröffnen. Der Kontrast zwischen dem Umgang mit beiden bestärkt solche Verdächtigungen.

Uns ging's ja gold

Von Harald Tews

Uns ging es viel zu gut in den vergangenen Jahren. So gut, dass wir die paradisiischen Zustände im Land gar nicht mitbekommen haben: Die Züge fahren pünktlich, in Großstädten fühlt man sich dank gesteigerter Polizeipräsenz sicher, jedes Straßenloch ist gestopft, die Schulen sind in einem Topzustand, Schüler können wieder rechnen und schreiben, die Obdachlosen sind von den Straßen verschwunden, die Reallöhne und Renten stiegen ins Unermessliche.

Es wäre zu schön, um wahr zu sein. Das Gegenteil ist der Fall. Komisch: Der Daueraufschwung, den wir seit fast zehn Jahren erlebt haben, brachte gleichzeitig nur Dauermisere in der Bildung, beim Verkehr, in der Armutsbekämpfung, bei der Verteidigung und bei den Sparern mit sich. Die Finanzminister freuten sich Jahr für Jahr über Steuerrekorde, hat-

ten mehr Geld, als sie ausgeben konnten und hielten beim Haushalt stolz an der „schwarzen Null“ fest. Trotzdem kam von diesem Geldsegen bei den Bürgern nicht viel an. Die Steuermilliarden flossen stattdessen in Euro-Rettungsfonds für kriselnde EU-Länder in Hilfspakete für Zuwanderer oder in den Verwaltungsapparat.

Goldene Zeiten sollen das gewesen sein. Damit ist es nach Ansicht von Konjunkturforschern ab diesem Jahr vorbei. Der Aufschwung verliert an Fahrt, die Exporte lassen nach, und bereits jetzt muss Finanzminister Olaf Scholz für die Etatplanung des Bundes eine Finanzierungslücke von 25 Milliarden Euro schließen.

Von jetzt an kann es eigentlich nur noch besser werden. Man hat ja noch Hoffnung, dass sich die Politik in Zeiten der Rezession auf jene besinnt, auf die es ankommt: auf die Menschen im Land.

Die Grenzen verschwimmen

Von Paul Hermann Winter

Wie tief das gewalttätige linksextreme Milieu in den Reihen der SPD und der Grünen verankert ist, führten die SPD-Abgeordneten Uli Grötsch und Helge Lindth sowie die grüne Abgeordnete Irene Mihalic kürzlich im Bundestag eindrucksvoll vor. Anlässlich einer Debatte über den Antrag der AfD, das Vorgehen gegen den Linksextremismus zu verschärfen, lieferten sie sich einen regelrechten Wettstreit im Verleugnen, Schönreden und Herunterspielen des linken Terrors.

Grötsch beharrte darauf, dass sich der Vergleich von Linksextremismus mit Rechtsextremismus verbiete. SPD-Ministerinnen hätten doch seit 2013 die Mittel für den Kampf gegen den Extremismus Jahr für Jahr aufgestockt. Ein platter Täuschungs-

versuch: Bekanntlich hatten sie die erwähnten „Mittel“ nahezu ausschließlich für den „Kampf gegen rechts“ verbucht. Überdies setzte die damalige Familienministerin Manuela Schwesig (SPD) das 2010 von ihrer Vorgängerin Christina Schröder (CDU) initiierte Programm gegen Linksextremismus kurzerhand ab: Der Linksextremismus sei ein „aufgebautes Problem“. Außerdem beseitigte Schwesig die sogenannte Extremismusklausel, nach der Initiativen und Organisationen, die gegen rechts „aufstehen“, nur dann staatliche Gelder zu erhalten hatten, wenn sie sich schriftlich zur Verfassung bekanteten.

Mihalic warf der AfD vor, ihr Antrag sei ein Sammelsurium von Polemik und Halbwahrheiten. Man habe sich doch bereits in Sachen Chemnitz um das Thema Extremismus gekümmert. Wie zynisch und verlogen: Im Zusammenhang mit Chemnitz war ausschließlich über den Rechts-

extremismus diskutiert worden und über angebliche Hetzjagden, die es nie gegeben hatte. Lindth schlug gar vor, die linksextremen Straftaten anlässlich des G20-Gipfels aus den Statistiken „auszubuchen“. Dann würde man sehen, dass der Linksextremismus nicht das größere Problem als der Rechtsextremismus sei. Eine Unverfrorenheit, die sprachlos macht.

Derlei dreiste Stellungnahmen verwundern nicht. Schon in der Vergangenheit war immer wieder deutlich geworden, welche Unterstützung der Linksextremismus in der SPD und bei den Grünen erhält – nicht zuletzt von Personen, die im Bundestag oder gar auf den Regierungsbänken sitzen. 2016 unterzeichneten zahlreiche Abgeordnete der SPD und der Grünen einen verleumderischen Aufruf gegen die AfD, welcher der Öffentlichkeit als „Aufstehen gegen Rassismus“ verkauft wurde. Bekannte Namen wie Eva Högl, Katarina Barley, Cem Özdemir, Anton Hofreiter und Katrin Göring-Eckardt standen hier in einer Reihe mit linksextremen Organisationen wie der verfassungsfeindlichen „Interventionistischen Linken“ – ein Impuls für die drastische Zunahme linksextremer Gewalt.

Linksextremes Milieu Seite an Seite mit SPD und Grünen



Lieferte sich mit SPD-Politikern einen regelrechten Wettstreit im Verleugnen, Schönreden und Herunterspielen des linken Terrors: Die Grüne Irene Mihalic

Bild: Imago

Zu den negativ besetzten Begriffen gehört in der allgemeinen politischen Sprachübung neben „Rassismus“ und „Sexismus“ auch „Nationalismus“. Das Wort wird unbekümmert und ohne eine Gewichtung vorzunehmen verwendet für Erscheinungen wie eine rechtsextreme Staatsideologie bis hin zum Nationalstaatsprinzip. Dieses Prinzip hat die europäische Aufklärung hervorgebracht und bestimmt seither die politische Wirklichkeit weit über Europa hinaus. Doch der Internationalismus hat sich aufgemacht, dem ein Ende zu setzen.

Das Instrument dafür ist in Europa die Europäische Union. Ihr Weg von der frühen Gründung als eine Wirtschaftsgemeinschaft geht unbeirrt in die Richtung eines transnationalen Zentralstaates mit umfassender Machtfülle. Wäre ein Aufnahmekandidat der EU in seinem Inneren so organisiert wie die Gemeinschaft selbst, so erfüllte er bei Weitem nicht die offiziellen Aufnahmekriterien in Sachen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Dessen ungeachtet wird der Weg weiter beschritten. Dies geschieht im Wesentlichen dadurch, dass von den Einzelstaaten immer mehr Zuständigkeiten an die Zentrale abgegeben werden. Ganz offen ist dabei die Rede von einem Transfer von Souveränität. Diese wird auf der Ebene der Nationalstaaten immer mehr als deplatziert und nur dann als gerechtfertigt betrachtet, wenn sie in der Zentrale angesiedelt ist.

An diesem Punkt aber stellt sich die Frage nach der Rechtfertigung staatlicher Souveränität. Als deren Träger wird in den parlamentarischen und präsidentialen Demokratien europäischen Typus das Volk verstanden, das Staatsvolk und nicht

Gegenwind



Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der PAZ. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall, „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

etwa die Summe der Bewohner eines Landes. Der Souverän sind also die Staatsbürger in ihrer Gesamtheit, niemand anders. Sie verkörpern den Staat ebenso wie das Staatsgebiet und die Staatsgewalt. Während aber Staatsvolk und Staatsgebiet vorgeordnet, das heißt: ursprünglich vorhanden, sind, geht die Staatsgewalt von einem dieser beiden aus, nämlich dem Staatsvolk.

Die Gesamtheit der Bürger delegiert in einem festgelegten Prozess die Gewalt, die sie verkörpert, an dazu bestellte Organe, die dadurch legitimiert werden, die Staatsgewalt im Auftrage des Staatsvolkes zu exekutieren. Da aber das Staatsvolk der Souverän ist, die Organe ihre Gewalt nur verborgt haben, sind sie nicht berechtigt, diese nach Belieben zu handhaben. Der Souverän bleibt immer der oberste Herr, auch wenn sich das nur in den zyklisch abgehaltenen Wahlen ausdrückt.

Wenn aber das Staatsvolk der Souverän ist und die Organe, das heißt: Parlament, Regierung und Justiz, diese Souveränität nur im Auftrag verwalten, kann es nicht rechtens sein, wenn eines von ihnen oder alle drei gemeinsam diese entliehene Souveränität weggeben. Man kann nichts verschenken, was einem nicht gehört. Der Verzicht auf die Souveränität durch irgendjemanden anders als das Staatsvolk

in seiner Gesamtheit kommt einem Staatsstreich gleich.

Was sich im Zuge des seit vielen Jahren anhaltenden „mehr Europa“ abspielt, ist rechtswidrig. Niemand hat die Staatsorgane dazu ermächtigt, den Souverän zu entmündigen und sein erstes Recht, das seiner politischen, rechtlichen und kulturellen Existenz, in fremde Hände zu geben. Dass dies dennoch nahezu ohne Widerspruch geschehen kann, liegt darin begründet, dass alle drei, Parlament, Regierung und Justiz, dabei zusammenarbeiten. Sollte in 100 Jahren ein Staatsphilosoph die Analyse der Ära Merkel vornehmen, so wird er zu dem Ergebnis kommen, dass die Kanzlerin sich neben der Regierung, der sie ohnehin vorsteht, auch das Parlament und schließlich die Justiz in ihrer verfassungsrechtlichen Dimension Untertan gemacht hat. Diese Aufhebung der Gewaltenteilung hat die Entmachtung des Souveräns ermöglicht, ja sie war dafür die Voraussetzung.

Ergänzend hierzu und quasi als Einschub: In der EU-euphorischen Argumentation ist immer nur die Rede davon, dass Zuständigkeiten von Berlin sowie den anderen europäischen Kapitalen aus diesen oder jenen Gründen nach Brüssel verlagert werden müssten. Doch niemand wirft einen genaueren Blick auf diesen Vorgang. Dieser ist nämlich dadurch gekennzeichnet, dass den jeweiligen nationalen Parlamenten Rechte entzogen, diese aber nicht etwa dem Europäischen

Parlament zugeschlagen werden, sondern der Kommission. Die Macht verlagert sich also nicht nur in die Zentrale, sondern auch dort an nur eine Stelle, sodass die Konzentration eine doppelte ist. Auch in diesem Zusammenhang erfolgt also eine im nationalen Bereich vorangegangene Auflösung der Gewaltenteilung. Hier aber tritt Lord Acton in Erinnerung mit seinem Wort „Freiheit hängt von der Teilung der Macht ab.“

Vom Bürger wird die Einschränkung der Freiheit indes nicht in ihrer verfassungsrechtlichen Erscheinungsform, sondern erst dann empfunden, wenn es um die ureigenen Belange geht. Gegenwärtig aber geschieht ihre Abschaffung in der Art des steten Tropfens, der den Stein aushöhlt. Die Listen von Eingriffen der EU ins tägliche Leben füllen Bände, von der Quecksilberbirne bis hin zum Verbot des Begriffes „Marmelade“. Doch all diese Beispiele sind jedes für sich zu gering, um eine Bewegung auszulösen, und ihre Gesamtheit hat noch nicht den Status einer kritischen Masse erreicht, jedenfalls nicht in Deutschland.

Anders im europäischen Süden, wo die Völker darüber erbittert sind, mit welcher Rücksichtslosigkeit aus ihrer Sicht Brüssel im Verein mit Berlin den einst souveränen Ländern ihre Finanzpolitik aufge-

drängt hat. Die Folgen waren durchaus so, dass sie im täglichen Leben nicht nur spürbar, sondern schmerzhaft sind, und seit dem Zweiten Weltkrieg hat Deutschland in weiten Teilen des europäischen Südens keinen so schlechten Namen gehabt wie derzeit. Zentrale Ursache dabei ist neben den materiellen Verlusten auch das Empfinden der Ohnmacht, des Ausgeliefertseins durch den Verlust der Souveränität, des Rechts, über Eigenes eigene Entscheidungen zu treffen.

Hier wird neben dem staatsrechtlichen ein weiterer Aspekt des Verlusts von Souveränität angesprochen, nämlich der kulturelle. Die NATO-Länder, um es kurzweilig zu umreißen, handeln nach der Maxime, dass staatliches Handeln von anderen, das nicht dem des Westens entspricht, unter dessen Vorbehalt steht und gegebenenfalls auch mit Waffengewalt korrigiert werden muss. Diese Art einer kulturellen Diktatur gibt es auch innerhalb der EU, wie die Kluft zwischen Nord und Süd unmissverständlich ausweist. Sie aber zeigt, dass kulturelle Zerwürfnisse noch gefährlicher für eine Gesamtheit sind als noch so schwere Belastungen materieller Art.

Mag sein, es führe jemand ins Feld, dass der Verzicht auf Souveränität zu Jahrzehnten des Friedens in Europa geführt habe. Gut – auch die USA hatten lange keinen Bürgerkrieg mehr. Doch beide, EU wie USA, tragen ihr aggressives Potenzial nach außen – an Friedlichkeit ist nichts gewonnen. Und was den Einfluss der EU in der Welt angeht, so wird dieser mit jedem Schritt der Zentralisierung kleiner. Mehrere Kraftzentren verschmelzen in der globalen Wahrnehmung zu einem. Dieses aber ver gibt seinen geringen Wert zugunsten einer kritiklosen Bindung an die USA.

Die EU bedroht die Gewaltenteilung

Von FLORIAN STUMFALL

Der Autor: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltansicht aufs Korn genommen.

Lotte die Baumeisterin

Gleichberechtigung als TV-Sendungsbewusstsein – Die ARD erinnert an die ersten Bauhaus-Frauen

Zum 100. Jubiläum der berühmten Kunstschule „Das Bauhaus“ erinnert die ARD am Mittwoch an den Kampf weiblicher Studenten um künstlerische Gleichberechtigung.

Wer heute das Stichwort „Bauhaus“ hört, dem fallen womöglich Stühle aus Stahlrohr ein, die elegant geschwungenen Corbusier-Liegen, Häuser mit flachen Dächern und strengen Formen, Vorläufer heutiger Wolkenkratzer. 1919 wurde die avantgardistische Hochschule, die Kunst und Handwerk verbinden und Möbel für jedermann schaffen wollte, in Weimar gegründet.

Woran wohl niemand mehr denkt, das ist die Leistung der Frauen am Bauhaus. Als der Architekt Walter Gropius die Schule eröffnete, immatrikulierten sich immerhin 500 Künstlerinnen – die Hälfte aller Studenten. Der TV-Film „Lotte am Bauhaus“, den die ARD am 13. Februar um 20.15 Uhr sendet, erinnert an jene Kreativen, die dem Lokruf einer freien künstlerischen Gemeinschaft folgten und dann doch an den Begrenzungen ihrer Zeit scheiterten. Im Anschluss folgt die Dokumentation „Die Bauhaus-Frauen“.

Der Film „Lotte am Bauhaus“, dessen Titel dem Thomas-Mann-Roman „Lotte in Weimar“ angelehnt ist, startet mit einer Gruppe junger Menschen, die nackt durch ein Wäldchen stürmen – Symbol für die Freigeistigkeit, die die Bauhäuser in dem nach dem Ersten Weltkrieg geduckten Land vermissen.

Hinter der Hauptfigur Lotte Brendel (Alicia von Rittberg), die zusammen mit ihrem Freund Paul Seligmann ein aufsehenerregendes Haus entwirft, verbirgt sich die Bauhaus-Schülerin Alma Buscher. Ihr Schicksal steht stellvertretend für die abgewürgten Karrieren der Bauhaus-Frauen. Denn so avantgardistisch kühn der Zugriff auf Architektur und Design der Schule auch sein mochte – den Mitstudentinnen wurde die freie Entfaltung ihrer Talente verweigert.

„Das weibliche Element soll nicht mehr als ein Drittel einnehmen“, verkündete Gropius 1920. Weil Frauen angeblich nicht dreidimensional sehen können, sollten sie „in der Fläche“ arbeiten und wurden in die Weberei abgeschoben. Kolportiert wird ein Bonmot des Malers und Bühnenbildners Oskar Schlemmer, dessen Bild von der „Bauhaus-Treppe“ heute im New Yorker Museum of Modern Art hängt: „Wo

der sollen frei sein!“, so ihr Wunsch.

Aber die Bauhaus-Frauen wurden kleingehalten – auch die Weberinnen, die mit ihren ungewöhnlichen Entwürfen höchst erfolgreich waren. Gunta Stölzl, die die Klasse immerhin als „Meisterin“ unterrichten durfte, kämpfte lange um das gleiche Gehalt und die gleichen Pensionsansprüche wie die männlichen Kollegen – vergebens.

Freund Paul und ignoriert hartnäckig die eigentliche Architektin Lotte, die sich immer wieder vergeblich zu Wort melden will.

Was die Männer am Bauhaus ihren Mitbewerberinnen genauso wenig zugestehen wollten wie Augenhöhe war die Rolle der Mutter. „Das widersprach dem damals herrschenden Geniekult“, analysiert die Kunsthistorikerin Anja Baumhoff in der anschließenden Dokumentation.

sten zerschlagen. Avantgarde und Freigeistigkeit waren tot, viele Werke von Bauhaus-Protagonisten wie Feininger wurden 1937 in der Ausstellung „Entartete Kunst“ gezeigt.

Und die Bauhaus-Frauen? Lotte Brendel alias Alma Buscher, die den Schauspieler Siedhoff geheiratet hatte und Mutter zweier Kinder wurde, verließ das Bauhaus. 1944 starb sie in der Nähe von Frankfurt bei einem Bombenangriff.

Marianne Brandt, deren kühnes Lampen- und Geschirr-Design zu den Ikonen der Bewegung zählte, ging nach Chemnitz und arbeitete dort in einem VEW-Betrieb. Gunta Stölzl zog 1931 in die Schweiz, wo sie eine eigene Handweberei betrieb.

Tragisch endete die vielseitig begabte Friedl Dicker, deren Arbeiten selbst Gropius einst als „die allerbesten des Instituts“ gelobt hatte. Zunächst nach Prag geflüchtet, folgte sie ihrem jüdischen Mann nach Theresienstadt. Dort gab sie Kindern Mal- und Zeichenunterricht. Als ihr Mann nach Auschwitz deportiert wurde, folgte sie ihm und wurde einen Tag nach ihrer Ankunft ermordet. Ihr Mann überlebte die Deportation. Die von Friedl Dicker versteckten Kinderzeichnungen wurden nach 1945 in einem Koffer zusammen mit ihren Skizzen und Zeichnungen gefunden und in den folgenden Jahren an vielen Orten der Welt gezeigt.

Auch die Ideen des Bauhauses überlebten die NS-Herrschaft und wurden nicht zuletzt durch die internationalen Studenten nach Kriegsende in die Welt hinausgetragen. László Moholy-Nagy leitete später eine Designschule in Chicago, in Tel Aviv entstand frei nach den Vorgaben des Bauhauses ein ganzer Ortsteil, genannt die „Weiße Stadt“. *Anne Martin*

P.S.: Das ZDF feiert das Bauhaus-Jubiläum mit der sechsteiligen Serie „Die neue Zeit.“ August Diehl spielt Walter Gropius, Anna Maria Mühle eine seiner Studentinnen. Die Ausstrahlung ist für den Herbst geplant.



Architektur-Pionierin: Lotte (Alicia von Rittberg) präsentiert ihr schlichtes Modell einer Villa

Wolle ist, ist auch ein Weib, und sei es nur zum Zeitvertreib.“

Für Alma, die im Film Lotte heißt, ist das ein Affront. Die Tochter eines Tischlers will mit dem ihr vertrauten Material arbeiten, kündigt den Job in der Weberei „aus Gesundheitsgründen“ und besteht darauf, in die Holzwerkstatt versetzt zu werden. Dort kreiert sie ein Kinderzimmer, das prompt Furore macht.

Bisher wurden Kinderzimmer mit ausgedienten Wohnzimmer-Möbeln vollgestellt, Lotte entwirft kindgerechte Allzweck-Möbel, dazu ein Steckspiel in Form eines Schiffes und Wurfputzen, die sich jedesmal neu formen, wenn sie auf dem Boden landen. „Kin-

Die Lorbeeren heimsten die Männer ein. Der Konflikt wird im Fernsehfilm mit dem Bau eines Meisterhauses gezeigt, das von Lotte entworfen, aber letztlich vom Büro Gropius umgesetzt wird. Frauen traut man die Bauleitung nicht zu.

Alicia von Rittberg gibt ihrer Lotte einen graziösen Charme, der im Widerspruch steht zu ihren burschikosen Mitstudentinnen wie etwa Friedl Dicker, die die wilden Feste der Bauhäuser in Männerkleidern feiert. Manchmal gerät das Bemühen, die Männergesellschaft jener Zeit in all ihrer Borniertheit zu zeigen, allzu holzschnittartig. Dann verhandelt etwa ein Interessent mit Lottes

Das Bauhaus, dieser Hort von Aufbruch und Freigeistigkeit, zog 1925 nach Dessau um. Dort baute Gropius seine lichtdurchflutete Hochschule mit genau den Materialien Stahl und Beton, wie sie heute noch verwendet werden. Dort entstanden auch die sogenannten „Meisterhäuser“, die auf Vorgärten und Blumenrabatten verzichteten und sich in ein liches Kiefernwaldchen einfügten. In den Vorzeigehäusern lebte, wer am Bauhaus Rang und Namen hatte: Lyonel Feininger, Georg Muche, Wassily Kandinsky, Paul Klee und Ludwig Mies van der Rohe.

1932 wurde das Bauhaus in Dessau von den Nationalsoziali-

Über-Trump und Unter-Kim

Palermo feiert USA/Nordkorea-Abkommen auf sizilianische »Art«

Palermo auf Sizilien verlängert sein Jahr als Kulturhauptstadt Italiens über 2018 hinaus mit einer eindrucksvollen Persiflage auf die Politik. Der Nachschlag mit dem Titel „Pyongyang Rhapsody – The Summit of Love“ – Der Liebesgipfel – befindet sich in der Halle eines ehemaligen Gewerbegebiets, das heute als Cantieri Culturali alla Zisa kulturell genutzt wird. Auf dem einstigen Fabrikgelände befindet sich auch das deutsche Goethe-Institut.

Das historische Treffen zwischen US-Präsident Donald Trump und Nordkoreas oberstem Führer Kim Jong-un am 12. Juni 2018 in Singapur war eines der überraschendsten und wichtigsten politischen Ereignisse des vergangenen Jahres. Sieben Monate später wird die Abrüstungsvereinbarung beider Länder in Palermo auf ihre Art gefeiert: Die Künstler Max Papeschi und Max Ferrigno haben das Treffen der beiden Führer als Konfrontation von grotesken Über-Ichs auf eine surreale Bühne gestellt.

Papeschi, der 1970 in Mailand geborene Digitalkünstler, ist kein unbekannter. Nach Erfahrungen als Autor sowie Theater- und

Fernsehregisseur wandte er sich Ende 2008 der zeitgenössischen Kunst zu. Bereits 2016 parodierte er in Zusammenarbeit mit Amnesty International durch multimediale Installationen den koreanischen Führer.

Ferrigno, der 1977 in Casale Monferrato im Piemont geborene Acrylmaler, war Innenarchitekt und Dekorateur, bis er zum Pop-



Der Letzte beim Abendmahl: Trump fühlt sich verraten

surrealisten wurde und mit Kinderfiguren die Welt der Erwachsenen wachrüttelte.

Führen die Künstler auf der einen Seite Kim Jong-un als heilige Kali, eine hinduistische Göttin des Todes und der Zerstörung, vor, so ist auf der anderen Seite Trump als Gott Ra des Geldes zu sehen. Ruft Trump rechts ein Monopoly mit der Bezeichnung Nordkorea auf, antwortet ihm das

Gänsepiel um Trumps Amerika. Wirft Nordkorea das Parfum „Kim Poison“ (Kims Gift) auf den Markt, hält Trump mit „Gold Perfume“ dagegen.

Unübertrefflich ist die geniale Verwandlung zweier weltbekannter Meisterwerke. In Leonardo da Vincis „Letztem Abendmahl“ wird Jesus durch Trump ersetzt. Von allen verlassen mutterseelenallein am Abendmahlstisch, findet sich der „allmächtige“ Präsident in einer kosmischen Leere wieder. In Botticellis Meisterwerk „Geburt der Venus“ nimmt Kim die Stelle der römischen Liebesgöttin auf der Muschel ein, nur umgeben von Klonen seines Schülers, des Basketballspielers Dennis Rodman. Die Ironie in den beiden verfremdeten Bildern macht den als Realität gepriesenen Frieden besonders nachdrücklich zur Farce. Oder können sie ihn retten? *Helga Schnehagen*

„Pyongyang Rhapsody – The Summit of Love“ läuft bis 24. März im ZAC – Cantieri Culturali della Zisa, Museum für Moderne Kunst, Via Paolo Gili 4, I-90138 Palermo/Sizilien, geöffnet Dienstag bis Sonntag 9.30 bis 18.30 Uhr, Eintritt frei.

Dichtende Netzwerkerin

Wuppertals große Phantastin Else Lasker-Schüler

Auch ohne Facebook oder Twitter ließen sich einst erfolgreich Kontakte knüpfen. Die vor 150 Jahren geborene Else Lasker-Schüler war solch eine engagierte Netzwerkerin, die in der Berliner Bohème des frühen 20. Jahrhunderts Gott und die Welt kannte. Mit Russenkittel und unechten Klunkern in den Kaffeehäusern dichtend, inszenierte sich die in erster Ehe mit dem älteren Bruder des ostpreußischen und bislang einzigen deutschen Schachweltmeisters Emanuel Lasker verheiratete Dichterin als exzentrischer Pausenclown, von dem alle sprachen.

Wer sie persönlich kannte, lobte ihre Werke über den blauen Klee. Gottfried Benn, in den sie verliebt war, bezeichnete sie als „größte Lyrikerin, die Deutschland je hatte“. Franz Kafka, der ihr nie begegnet war, schrieb hingegen: „Ich kann ihre Gedichte nicht leiden, ich fühle bei ihnen nichts als Langweile über ihre Leere und Widerwillen wegen des künstlichen Aufwandes. Auch ihre Prosa ist mir lästig.“

Die Künstlerfreunde haben Lasker-Schüler, die am 11. Februar 1869 in Wuppertal als Tochter eines jüdischen Bankiers geboren

wurde, als bedeutende Vertreterin des literarischen Expressionismus aufs Podest gehoben. Das Netzwerken mit Künstlergrößen wie Karl Kraus, Georg Trakl, Oskar Kokoschka, Alfred Döblin, Ernst Toller oder dem Maler Franz Marc, dessen Tod im Ersten Weltkrieg sie 1919 in dem Briefroman „Der Malik“ in märchenhaft-orientalischer Maskierung thematisierte, hatte, wenn auch nicht zu finanziellen Bucherfolgen, so doch zu dauerhaftem Ruhm ihrer Person geführt. 1932 erhielt sie als letzte Dichterin den Kleist-Preis, ehe dieser von den Nationalsozialisten abgeschafft wurde.

Durch den Kult ihrer Person, den sie durch karnevaleske Kostümierungen förderte, hat man möglicherweise lange Zeit

MELDUNGEN

SPK ist auf dem Prüfstand

Berlin – Kulturstaatsministerin Monika Grütters hat Befürchtungen zurückgewiesen, die Evaluierung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) könne auf deren Zerschlagung hinauslaufen. Diese gelegentliche Darstellung in den Medien entspreche nicht den Tatsachen, sagte Grütters. Da 60 Jahre nach Gründung der SPK eine Neubewertung der inhaltlichen Arbeit und der Strukturen nötig sei, soll eine Strukturevaluation durch den Deutschen Wissenschaftsrat bis zum Sommer 2020 die gesamte Institution auf den Prüfstand stellen. Auch SPK-Präsident Hermann Parzinger, dem in diesen Tagen die renommierte Marsilius-Medaille der Universität Heidelberg verliehen wurde, bezeichnete Spekulationen über eine Zerschlagung der Preußen-Stiftung als „absurd“. Es gehe einzig darum, die Arbeit der einzelnen Museen, Sammlungen und Institutionen innerhalb der SPK besser miteinander zu verbinden, beispielsweise durch eine verstärkte Digitalisierung. *tws*

Teures Blau und Rosa in Basel

Basel – Ihre bis dato aufwendigste und kostspieligste Ausstellung widmet die Baseler Fondation Beyeler aktuell dem frühen Picasso mit seiner Blauen und Rosa Periode. Bis zum 26. Mai werden 80 meist nur sehr selten ausgeliehene Gemälde und Skulpturen aus den Jahren von 1901 bis 1906 gezeigt. Viele dieser Werke zählen zu den berühmtesten Meisterwerken der Moderne und werden in dieser Fülle an einem Ort wohl kaum wieder zu sehen sein. Basel und Picasso verbindet viel: 1967 ersteigerte die Stadt dank eines Regierungsbeschlusses und einer Volksabstimmung dessen Werke „Arlequin assis“ und „Les deux frères“. Als Anerkennung schenkte Picasso der Stadt damals gleich vier weitere Werke. Internet: www.fondationbeyeler.ch *tws*

Literaturtipps

Jörg Aufenanger: „Else Lasker-Schüler in Berlin“, be.bra Verlag, Berlin 2019, 208 Seiten, 20 Euro; Ulrike Schrader: „Verzauberte Heimat: Else Lasker-Schüler und Wuppertal“, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 2019, 132 Seiten, 22 Euro.

Harald Tews

Wie »Ostpolen« zu Polen kam

Vor 100 Jahren begann der Polnisch-Sowjetische Krieg, der mit der polnischen Annexion nichtpolnischer Gebiete endete

Die sogenannte Westverschiebung Polens auf Kosten Deutschlands nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde von den Siegermächten damit gerechtfertigt, dass Polen für den Verlust seiner Ostgebiete an die UdSSR entschädigt werden müsse. Dabei handelte es sich bei »Ostpolen« lediglich um ein mehrheitlich von Nicht-Polen bewohntes Raubgut aus dem Polnisch-Sowjetischen Krieg, der vor 100 Jahren begann.

Um das Ende des Ersten Weltkrieges entstanden durch die Niederlage des Deutschen Reiches, den teilweisen Zerfall des Zarenreiches und den Untergang von Österreich-Ungarn diverse neue Nationalstaaten in Ostmitteleuropa, darunter auch die Zweite Polnische Republik, die sich am 7. Oktober 1918 formell für unabhängig erklärte. Allerdings blieben die genauen Grenzen Zwischenkriegspolens zunächst noch undefiniert beziehungsweise umstritten. Letzteres galt insbesondere für die Grenze zum Sowjetstaat.

Gemäß dem Selbstbestimmungsrecht der Völker hätte der polnische Nationalstaat dort enden müssen, wo keine ethnische polnische Mehrheit mehr existierte. Das entsprach aber nicht dem Interesse des im März 1920 zum Marschall erhobenen Józef Pilsudski, seit Ende 1918 unbestrittener Führer des polnischen Staates und Oberkommandierender von dessen Streitkräften. Der wollte die Wiederherstellung des Zustandes vor den sogenannten drei Teilungen Polens in den Jahren 1772, 1793 und 1795 beziehungsweise die Restaurierung des Imperiums der Jagellionen oder der Adelsrepublik Polen-Litauen, beides multiethnische mittel- und osteuropäische Großmächte während des 15. bis 18. Jahrhunderts.

Das Ganze sollte in der zeitgemäßen Form einer slawischen Konföderation namens „Miedzymorze“ (Zwischenmeer) geschehen, deren Territorium von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer reichen und Polen die Möglichkeit bieten sollte, Hegemonialmacht im Raum

von Seuchen, das bedeutet „Cordon sanitaire“ nämlich eigentlich, sollte eine Nachbarschaft Deutschlands und des Sowjetstaats und damit eine enge, nachbarschaftliche, unkontrollierte Zusammenarbeit zwischen den Partnern ebenso verhindern wie ein Übergreifen der

gemeinen und Frankreichs im Besonderen genoss, standen die Bolschewisten Anfang 1919 mit dem Rücken zur Wand. Die Rote Armee war zwar zahlenmäßig imponierend, aber schlecht ausgerüstet und ausgebildet. Und sie befand sich in einem erbitterten Kampf

Vom 14. bis zum 16. Februar 1919 kam es nahe dem weißrussischen Dorf Bjarosa zu Feuergefechten zwischen polnischen und sowjetischen Einheiten in Kompaniestärke. Den ersten bewaffneten Auseinandersetzungen mit Sowjetrussland im Februar 1919 folgte bis Ende April des gleichen Jahres die Besetzung Wilnas, der Hauptstadt der Litauisch-Weißrussischen Sozialistischen Sowjetrepublik. Dann hielt Pilsudski inne, um abzuwarten, dass sich Bolschewiki und Weiße endgültig gegenseitig zerfleischen.

Währenddessen tagte die Pariser Friedenskonferenz, in deren Verlauf die Westalliierten am 8. Dezember 1919 die Curzon-Linie als vorläufige Demarkationslinie zwischen Polen und Sowjetrussland festlegten. Die nach dem damaligen britischen Außenminister George Curzon benannte Linie markierte die ungefähre Ostgrenze des Gebietes mit einer polnischsprachigen Mehrheitsbevölkerung und entsprach weitgehend der heutigen polnischen Ostgrenze. Das lief jedoch den Großmachtambitionen Warschaws zuwider.

Deshalb startete Polen im April 1920 seine nächste Offensive über die Curzon-Linie hinaus, in deren Verlauf die Truppen Pilsudskis kurz darauf in der ukrainischen Hauptstadt Kiew einmarschierten. Allerdings unternahm die Rote Armee schon am 15. Mai 1920 einen massiven Gegenangriff. Der führte sie im August bis auf 100 Kilometer an Warschau heran, sodass die Niederlage Polens unmittelbar bevorzustehen schien. In dieser Situation ereignete sich das sogenannte Wunder an der Weichsel. Polen konnte den Krieg unerwarteterweise zu seinen Gunsten wenden, weil der sowjetische Offensivplan grob fehlerhaft und die westalliierte Militärhilfe massiv war. An-

schließend stieß die polnische Armee erneut weit nach Osten vor und rückte unter anderem in die weißrussische Hauptstadt Minsk ein; ebenso wurde Wilna nochmals besetzt.

Der Krieg endete am 18. März 1921 mit dem Vertrag von Riga, der sehr zum Nachteil des geschwächten Sowjetstaats ausfiel. So sah das Friedensabkommen neben der Zahlung von 30 Millionen Goldrubel Kriegsentschädigung an Warschau eine deutliche Verschiebung der polnisch-sowjetischen Grenze mit einer Ausweitung des polnischen Staatsgebietes um 180 000 Quadratkilometer auf Kosten Moskaus vor. Die neue Grenze lag nun bis zu 250 Kilometer östlich der Curzon-Linie und der Volkstumsgrenze. Das bedeutete, dass sich die polnische Bevölkerung in den von Pilsudski annektierten Gebieten in der Minderheit befand. Letztlich machten die Polen im gesamten neuen »Ostpolen« weniger als zehn Prozent der Bevölkerung aus. Deshalb zählte die Polnische Republik nun zwar 27 Millionen Einwohner, von denen aber lediglich 19 Millionen ethnische Polen waren.

Vor diesem Hintergrund hätte Polen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges überhaupt keine »Kompensationen im Westen« für seine »Gebietsverluste im Osten« zugestanden, als Stalin die 1939 von der Roten Armee besetzten »polnischen« Gebiete östlich der Curzon-Linie mit Billigung der Westalliierten der Sowjetunion einverleibte. Schließlich war »Ostpolen« nicht einmal zwei Jahrzehnte lang Teil der Zweiten Polnischen Republik gewesen – und das auch nur im Ergebnis eines ebenso brutalen wie niederträchtigen Angriffskriegs und unter Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes unzähliger Weißrussen, Litauer, Ukrainer.

Wolfgang Kaufmann



Von Polen in der Zwischenkriegszeit erobert und nach dem Hitler-Stalin-Pakt wieder verloren: Das mehrheitlich von Nichtpolen bewohnte »Ostpolen« (braun) Bild: FronterasDePolonia19201947.svg; Rowanwindwhistler

zwischen dem Deutschen Reich und Russland zu werden.

Bei diesem Bestreben genossen Pilsudski und dessen Unterstützer die weitgehende Rückendeckung Frankreichs, das einen westmächtigen freundlichen sogenannten Cordon sanitaire befürwortete. Dieses Isolationsgebiet zur Eindämmung

bolschewistischen Revolution vom Sowjetstaat auf Mittel- und Westeuropa. Daraus resultierte später unter anderem die Entsendung von Militärberatern nach Warschau, zu denen auch ein Hauptmann Charles de Gaulle gehörte.

Im Gegensatz zu Polen, das die Sympathie der Westmächte im All-

gegen mehrere Armeen der Weißen, die mit Unterstützung der Westmächte die Bolschewiki von der Macht zu verdrängen suchten.

Die Gunst der Stunde beziehungsweise die Schwäche des Nachbarn nutzte Pilsudski, um seine Pläne mit militärischen Mitteln in die Realität umzusetzen.

»Blitzer« haben ein einnehmendes Wesen

Seit 60 Jahren machen Radarfallen Jagd auf Temposünder

Der »neue Kollege«, den die Polizeidirektion Düsseldorf vor 60 Jahren einem staunenden Publikum vorstellte, sah gewöhnungsbedürftig aus. Er hatte drei Beine und ein großes rundes Auge, das stur geradeaus blickte. Das Radargerät VRG 2 von Telefunken sollte Raser das Fürchten lehren und Deutschlands Straßen sicherer machen. Am 15. Februar 1959 wurde zum ersten Mal geblitzt.

Arglose Autofahrer wunderten sich über das seltsame Ding, das da am Rand der Straße von Düsseldorf nach Ratingen stand. Der Blitzer hatte seinen Spitznamen schnell weg: »Starenkasten«, weil er der Nisthilfe für den schwarzen Zugvogel ähnlich sah. Das VGR 2 kostete 20 000 D-Mark und erwies sich als Goldesel für die Kommunen. Geblitzt wurde in den ersten Jahren die Rückfront mit dem Nummernschild. Die Fahrer merkten oft nichts von der Attacke und sprachen von Heimtücke. Das Magazin »Der Spiegel« schrieb unter dem Titel »Heimlich von hinten«: »Die Rolle der Wegelagerer und Raubritter vergangener Zeiten als Bürgerschreck auf deutschen Straßen wird heute von der Polizei wahrgenommen.« Die »Rheinische Post« zeigte sich dagegen von der Technik schwer beeindruckt: »Unabhängig von den Beleuchtungsverhältnissen werden Wagen, Kennzeichen, Geschwindigkeitsanzeige und Verkehrssituation unter Ausschaltung aller menschlichen Fehlerquellen festgehalten.«

Geschwindigkeitskontrollen waren bis zur Entwicklung der Radargeräte ein mühevoller und personalintensiver Unterfangen. Zwei Polizisten maßten das Tempo des Autos mit Hilfe von Stoppuhren. Der in den Wirtschaftswunderjahren rasant zunehmende Verkehr mit zahlreichen Unfällen und Verletzten – Ursache war vor allem zu schnelles Fahren – erforderte eine effektivere Methode. Schon 1951 stellte der damalige Verkehrsminister Hans Christoph Seebohm hinsichtlich Rasern fest: »Wir müssen in der Lage sein, derartige Schädlinge, die ständig Unfallgefahr für sauber fahrende Menschen heraufbeschwören, aus dem Verkehr auszumerzen.« Der ADAC-Verkehrsexperte Professor Ernst Fauner hielt dagegen: »... aber es ist eben praktisch doch sehr schwer, einen Mann, der als Verkehrssünder betrachtet werden muss, rechtzeitig zur Strecke zu bringen. Wie sollte man das machen? Das könnte doch wohl nur mit einem ungeheuren finanziellen Aufwand, mit Einsatz von Kameras und Filmapparaten und dergleichen geschehen.«

Was der Experte für unmöglich hielt, wurde bald Realität. Die Presse druckte alarmierende Zahlen. 1955 starben fast 12 000 Menschen bei Verkehrsunfällen. Zum Vergleich: 2015 waren es 3475. Mit Hochdruck wurde bei Telefunken am Prototyp VGR 1 gearbeitet. 1957 hatte er alle Tests bestanden, genau rechtzeitig, um als VGR 2 in Serie zu gehen, denn im

September desselben Jahres wurde Tempo 50 in Ortschaften eingeführt. Noch schlimmer kam es am 1. Januar 1958 für alle Freunde des schnellen Fahrens. Das Verkehrszentralregister in Flensburg, im Volksmund »Verkehrssünderkartei« genannt, nahm seinen Dienst auf. Die Anschaffung von Blitzern machte sich meist schon



Der Leiter des Deutschen Polizeimuseums im westfälischen Salzkotten, Felix Hoffmann, demonstriert in zeitgenössischer Uniform die Handhabung: Das Radargerät VRG 2 von Telefunken, mit dem alles anfang

Bild: pa

nach kurzer Zeit bezahlt. Sie füllten die Stadt- und Gemeindekassen mit Millionen Mark aus Bußgeldern. Zusätzlich vergaben die Mitarbeiter des Flensburger Amtes gleich im ersten Jahr Strafpunkte für 800 000 Verstöße.

Der Starenkasten war von Anfang an verhasst. Er wurde beschmiert, mit Folie geblendet oder umgehauen. Uneinsichtige be-

zweifelten die Richtigkeit der Messungen. Tatsächlich war die Technik noch nicht ausgereift. In den Anfangsjahren traf der Blitzer auch mal Unschuldige wie ein galoppierendes Pony, eine Taube im Tiefflug und eine Kutsche mit dem Weihnachtsmann. Gemeinte Zielobjekte waren dahinter oder auf der Überholspur fahrende Autos.

Foppen ließ sich die Polizei aber nicht. In der Sammlung Kurioses findet sich das Foto eines Hamburger Mofafahrers, der dem Radargerät die Zunge herausstreckte, er stand dabei auf dem Sitz. Der Spaß kostete ihn 175 Euro, drei Punkte in Flensburg und zwei Monate Führerscheinentzug. Selfies vom nackten Popo des Beifahrers nahmen die auswertenden Beam-

ten mit Humor, bestraft wurde nur der Fahrer.

Das VGR 2 ist längst vom Fortschritt überholt. Hochtechnologie-Blitzer arbeiten mit Lidar (light detection and ranging). Laserstrahlen nehmen die vorbeifahrenden Autos ins Visier. Die Lidar-Technologie steckt in dem Poliscan Speed Tower, das sind die

Geräten erwischen Fahrer, die nicht ahnen, dass hinter der Säule vor der Säule ist. Der Poliscan Speed Tower der Firma Vitronic ist ein Erfolgsmodell, das in aller Welt Abnehmer findet. Heimlich von vorn sendet der Traffic Star Blitze ins Infrarotbereich aus, die das menschliche Auge nicht wahrnehmen kann. Der Gerätehersteller Robot Vision preist ihn als »sanften Blitzer« an. Die hübschen Fotos gibt es trotzdem.

Auch die Superblitzer sind nicht unfehlbar. Falsche Messergebnisse zu beweisen ist aber schwer. Anwaltskanzleien bieten im Internet ihre Hilfe an. Verkehrsrechtsexperten raten, nur dann vor Gericht zu ziehen, wenn ein Führerscheinentzug droht und der Verlust des »Lappens« schwerwiegende Folgen hätte.

Die sicherste Möglichkeit, nicht vom Blitz getroffen zu werden, ist das Tempolimit einzuhalten. Und die einzig legale. Radarwarner sind laut Straßenverkehrsordnung verboten. In Paragraph 23 Absatz 1b heißt es: »Wer ein Fahrzeug führt, darf ein technisches Gerät nicht betreiben oder betriebsbereit mitführen, das dafür bestimmt ist, Verkehrsüberwachungsmaßnahmen anzuzeigen oder zu stören.« Das gilt nicht nur für eigens installierte Pieper, sondern auch für Navis mit Warnfunktion und Mobiltelefone mit entsprechender App. Verboten ist nicht die Nutzung der Geräte selbst, aber die der installierten Software.

Klaus J. Groth

Unumstrittenes Symbol der Franzosen

Vor 225 Jahren wurde die blau-weiß-rote Trikolore zur französischen Nationalflagge

Im Gegensatz zu mancher anderen Nation haben die Franzosen eine weitgehend unumstrittene Nationalflagge. Die Trikolore wirkte sogar stilbildend über Frankreichs Grenzen hinweg. Mittlerweile haben viele Flaggen drei Streifen, manche sogar in senkrechter Anordnung.

Es gibt kaum einen Staat ohne Staatslogo. Staatslogos mit langer Tradition sind in der Regel Wappen. Wappen haben in der Regel ihre Form von den Schilden des Mittelalters und sind meist zweifarbig. In der einen Farbe ist das Motiv, in der anderen der Untergrund.

Viele Staatsflaggen leiten sich von dem entsprechenden Staatswappen ab. Manchmal ist auf den Flaggen das Motiv des zugehörigen Wappens zu sehen, doch ist das technisch aufwendig. So gibt es viele Bicoloren, die einfach nur aus einem Streifen in der Farbe des Motivs und einem in der Farbe des Untergrunds bestehen. Die Farbe des Motivs ist in der Regel die obere, die des Untergrunds die untere. Preußens Flagge ist ein gutes Beispiel. Das Wappen zeigt einen schwarzen Adler auf weißem/silbernen Grund, die dazugehörige Flagge besteht aus einem oberen schwarzen und einem unteren weißen Streifen.

Die Farben übereinander zu platzieren bietet eine Reihe von Vorteilen. In der Regel wird keine Farbe für sich genommen als Staatssymbol empfunden, erst die Mischung macht es. Bei Streifen übereinander sind die Grenznähte ungleich länger, tritt die Mischung viel mehr hervor. Einen weiteren Vorteil haben die Längsstreifen. Bei ihnen ist es egal, von welcher Seite der Wind weht. Bei senkrechten Streifen hingegen sieht der Betrachter die Flagge spiegelverkehrt, wenn der Wind von ihm aus betrachtet von rechts kommt und die Flagge links vom Mast weht.

Ein weiteres Problem bei senkrechten Streifen besteht darin, dass sie in bestimmten Situationen nicht gleich breit aussehen, obwohl sie gleich breit sind. Dieses Phänomen hat die französische Marine zu dem

Trick greifen lassen, mit unterschiedlich breiten Streifen zu arbeiten, um den Eindruck gleich breiter Streifen zu erzielen. So ist bei der Marinetricolore der weiße Streifen 1,1-mal so breit wie der blaue und der rote noch einmal gut 1,1-mal so breit wie der weiße.

Trotz der genannten Nachteile senkrechter Streifen entschied sich das revolutionäre Frankreich für die heute noch gültige Trikolore. Revolutionen unterscheiden sich halt von Reformen dadurch, dass die Umwälzung total ist. Mittlerweile enthalten die Flaggen diverser Staaten senkrechte Streifen, so die von Andorra, Belgien, Haiti, Irland, Italien, Mali, Mexiko oder Rumänien. Nicht selten sind diese Flaggen auf französischen Einfluss zurückzuführen. Gegenüber den Flaggen mit Querstreifen sind die mit Längsstreifen jedoch nach wie vor in der Mehrheit.

Als prägender denn die senkrechte Anordnung erwies sich die von den französischen Revolutionären vorgenommene Erhöhung der Streifenzahl von den üblichen zwei auf drei. Viele nach der französischen Revolution entstandene Flaggen haben wie die französische drei Streifen, wenn auch in der klassischen waagerechten Anordnung. Man denke nur an die schwarz-rot-goldene Flagge der 48er-Revolution, der Weimarer Republik und der Bundesrepublik.

Die Frage, warum die französischen Revolutionäre eine dritte Farbe hinzunehmen, drängt sich auf. Die Französische Revolution ging von Paris aus. Die Farben von Paris waren damals und sind es auch noch heute Blau und Rot. Weiß war die Farbe des französischen Herrscherhauses der Bourbonen. Die drei Farben wurden gemischt. Wie es konkret dazu kam, darüber gehen die Meinungen auseinander. Mal heißt es, König Ludwig XVI. habe aus Angst oder Respekt vor den Parisern in deren Farben gehaltene Bänder an die in der Farbe seines Hauses gehaltene Feder oder Kokarde seines Hutes gesteckt.

Folgen wir der Darstellung des Generals Marie-Joseph Motier, Marquis de La Fayette, dann war er

selbst der Vater der Farbkombination. Laut den Memoiren des Kommandanten der Nationalgarde hat er eine der in den Farben von Paris gehaltenen Kokarde seiner Soldaten um das bourbonische Weiß ergänzt und sie dem König angeboten. Ludwig XVI. habe sich dann dem Volk zum Zeichen der Versöh-

französischer Truppen am Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg auf Seiten der Gegner Großbritanniens genannt. Zum einen hat dieses militärische Engagement den französischen Etat zusätzlich belastet. Zum anderen brachten die heimkehrenden Franzosen die Ideale der Unabhängigkeitskämpfer

Kaiser Napoleon, Totengräber, aber auch Kind der Französischen Revolution, behielt die Trikolore bei. Im Zuge der sogenannten Restauration nach Bonapartes Niederlage 1814 wurde in Frankreich mit der Wiederherstellung der Bourbonenherrschaft auch deren Lilienbanner, die weiße Fahne der Bour-

Dass sie in der französischen Februarrevolution von 1849 nicht dem roten Banner der Arbeiterbewegung weichen musste, wird auf eine flammende Rede Alphonse de Lamartines zurückgeführt, in welcher der Schriftsteller und Politiker die Trikolore verteidigte. Sein offenkundiges rhetorisches Talent verhalf ihm jedoch nicht in das Ende 1848 geschaffene neue Amt des Präsidenten der Zweiten Republik. Bei der Wahl verlor er mit klarem Abstand gegen Napoleons Enkel Louis Napoleon. Dieser behielt die Trikolore auch bei, nachdem er sich analog zu seinem Oheim zum Kaiser gemacht hatte. Das Zweite Kaiserreich (Second Empire) endete nach der Gefangennahme des Kaisers Napoleons III. durch die Preußen im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71.

Erneut stellte sich die Frage nach der Staatsform. Restauration der Bourbonenherrschaft oder Dritte Republik. Das Rennen machte die Republik. Ein Grund war, dass zwar Preußens Konservative eine Restauration des bourbonischen Königtums analog zu 1814 nach dem Sieg über Napoleon anstrebten, der preußische Ministerpräsident Otto von Bismarck – hier knallharter Realpolitiker – eine französische Republik jedoch vorzog in der Hoffnung, dass diese sich in einer Welt voller Monarchien leichter isolieren lasse. Ein weiterer Grund für das Scheitern der Bourbonen war, dass Henri d'Artois, auf den sie sich schließlich als gemeinsamen Kandidaten geeinigt hatten, sich weigerte, die Trikolore als Frankreichs Nationalflagge anzuerkennen und eine Verfassung mit der Nationalversammlung zu vereinbaren.

So viel Restaurationswillen war zu viel. Die Trikolore hatte sich immer mehr eingebürgert, über politische Gräben hinweg. Das zeigt sehr schön das Verhalten der Franzosen nach der Niederlage gegen Deutschland 1940. Philippe Pétain und Charles de Gaulle trennten Welten, aber für beide war die Flagge Frankreichs die Trikolore. *Manuel Ruoff*



Bild: Le Grand Condé

Bei ungünstiger Sichtweise spiegelverkehrt: Frankreichs blau-weiß-rote Trikolore

nung mit der blau-weiß-roten Kokarde gezeigt.

Die drei Farben, wenn auch nicht unbedingt in dieser Reihenfolge, waren und sind auch noch heute gleichfalls die Farben der Vereinigten Staaten von Amerika. Als einer der Gründe für die Französische Revolution wird die Beteiligung

mit. Der berühmteste dieser Franzosen war La Fayette.

Nachdem sie vorher schon als Seekriegsflagge und Gösch (Bugflagge) genutzt worden war, wurde die französische Trikolore in der heutigen Form am 15. Februar 1794 zur offiziellen Nationalflagge der Ersten Republik erklärt.

bonen mit drei heraldisch stilisierten goldenen Schwertlilien, wieder Landesfahne. Nach der französischen Julirevolution von 1830 wurde das Königtum zwar beibehalten, die Restauration jedoch teilweise wieder zurückgenommen. Im Zuge dessen wurde die Trikolore wieder Nationalflagge.

»Was ist das für elendes Zeug!«

Vor 200 Jahren wurde der verhinderte Verfasser des Nationalepos der Deutschen Wilhelm Jordan geboren

Vor Weihnachten hatten wir auf besondere Veranlassung J. hier; er rapsodierte genau 1½ Stunden in unserer Aula von Siegfrieds Abschied zur Jagd bis inklusive zu seinem Tode; und ich hörte das denn an. Aber, Gott stehe mir in Gnaden bei! Was ist das für elendes Zeug!« So steht es in einem Brief an Gottfried Keller aus dem Jahre 1879. Der hier so vernichtend urteilte, war kein Geringerer als Theodor Storm, der arg gescholtene „J.“ war Wilhelm Jordan, fast gleichaltrig und ebenfalls Dichter.

Damit erschöpften sich die Gemeinsamkeiten aber nicht. Beide stammten aus wohlhabenden bürgerlichen Häusern, durchliefen eine profunde universitäre Ausbildung. Beide waren Korpsstudenten. Beide gaben ihre eigentlichen Berufe zugunsten einer literarischen Karriere auf. Und, wichtiger noch, im Gravitationsfeld nationaler und demokratischer Bestrebungen in der Mitte des 19. Jahrhunderts handelte sich der eine (Jordan) eine Ausweisung aus Sachsen ein, der andere (Storm) ein Berufsverbot. Während jedoch Storms Biografie hinlänglich bekannt ist, ist der Werdegang des Ostpreußen Jordan heute weitgehend vergessen.

Carl Friedrich Wilhelm Jordan erblickte am 8. Februar 1819 in

Insterburg das Licht der Welt. Der Sohn des Rektors und späteren Pfarrers in Gumbinnen Karl August Jordan besuchte die Gymnasien in Gumbinnen und Tilsit. 1839 ging er nach Königsberg, um dort Theologie, Philosophie und Naturwissenschaften zu studieren. Ebendort promovierte er 1842 zum Dr. phil. Den Wunsch des Vaters, eine theologische Profession zu ergreifen, erfüllte Wilhelm Jordan nicht. Stattdessen wählte er den Beruf des Schriftstellers. Fortan lebte er in

nannten kleindeutschen Lösung unter Führung Preußens und Abschluss der Habsburgermonarchie, eine Position, von der Gagern später abrückte.

Im Zusammenhang mit den polnischen Aufständen gegen das zaristische Russland schlug sich Jordan nicht auf die Seite der Aufständischen. Darin unterschied er sich sehr deutlich von vielen anderen Abgeordneten und vielen Pressevertretern. Ganz d'accord mit der preußischen Führung

Nationalversammlung nun auf der Seite der Konservativen.

Ab November 1848 fungierte er als Ministerialrat in der Marineabteilung im Reichshandelsministerium und beschäftigte sich dort mit dem Aufbau der Reichsflotte. Als diese 1852/53 in Bremerhaven durch Reichskommissar Laurenz Hannibal Fischer im Auftrag des Deutschen Bundes versteigert wurde, entfiel auf Jordan eine Pension, die es dem Mann von gerade einmal Anfang 30 ermöglichte, sich fürderhin hauptsächlich seinen literarischen Ambitionen zu widmen. Nebenbei betrieb er recht erfolgreich naturwissenschaftliche und sprachhistorische Forschungen.

Parallel zu seinen politischen Aktivitäten und noch mehr nach deren Abflauen entfaltete er literarische. Dabei blieb er keinem Genre verhaftet, sondern erwies sich als wahres Multitalent. Romane und Tragödien gehören ebenso zu seinem Werk wie Lustspiele und Lyrik. Vieles davon entsprach dem um die Mitte des 19. Jahrhunderts verbreiteten Gelehrtentendenz. Nach einem Gedichtband „Irdische Phantasien“ (1842) und dem mit wissenschaftlichem und philosophischem Gedankengut überfrachteten Mysterium „Demiurgos“

(1852) erschien 1867 Jordans Hauptwerk, ein großes Epos in Stabreimversen mit dem Titel „Nibelunge“. Es hätte nach Jordans Wunsch das Nationalepos der Deutschen werden sollen, sozusagen die literarische Entsprechung der Reichseinigung. Aber obwohl Jordan auf zahlreichen Vortragsrei-

verwickte alles mit dem damals aufkommenden Hang zur Psychologie.

Das wohldurchdachte, aber spannungsarme Hauptwerk stand einem größeren Publikumserfolg Jordans und einer späteren Würdigung durch Kritiker im Wege. So sind auch seine anderen Dramen „Die Witwe des Agis“ von 1857 und „Artur Arden“ von 1872, seine Lustspiele wie „Durchs Ohr“ von 1870, seine Gedichtbände „Schaum“, „Strophen und Stäbe“ und „Andachten“, „Deutsche Hiebe“ und „Letzte Lieder“ sowie auch seine Romane „Die Sebalde“ und „Zwei Wiegen“ heute längst vergessen. Immerhin erlebten die „Nibelunge“ noch ein paar Nachauflagen in den USA, und einige Rätselgedichte Jordans geben auch heutzutage noch Denksportlern Anlass zum Nachdenken.

Nicht nur ein bisschen zu Unrecht fiel der Schatten seiner erschöpfenden und ermüdenden literarischen Werke auf ein Glanzstück Jordans. Seine Übersetzung der „Edda“ machte diesen isländischen Sagenstoff einem größeren Publikum zugänglich. Seine Shakespeare-Übersetzungen vertrat ebenfalls Köhntum. Die Stadt Insterburg erhob ihn zu ihrem Ehrenbürger. *Hagen Seehase*

Der Autor von »Nibelunge« und Übersetzer der »Edda« schuf auch den Begriff des »gesunden Volksegoismus«

Berlin, dann in Leipzig, wo er 1846 ausgewiesen wurde, und in Bremen. Er arbeitete als freier Autor und Korrespondent. 1848 wurde der Insterburger als Abgeordneter Freienwaldes in die Deutsche Nationalversammlung gewählt. Politisch neigte er dem Liberalismus altpreußischer Prägung zu, als Mitglied der Paulskirchenversammlung schloss er sich jedoch später der Partei Heinrich von Gagern und dem Zentrum an. Jordan war vehementer Befürworter der soge-

warte Jordan vor einer Veränderung des Status quo. Er befürchtete ein Aufbegehren des polnischen Nationalbewusstseins bei der polnischen Minderheit im Königreich Preußen. In Reden und Schriften warnte er vor der Bedrohung durch den Panslawismus, wobei er den tiefverwurzelten polnisch-russischen Gegensatz möglicherweise unterschätzte.

Jordan führte das „gesunden Volksegoismus“ das Wort. In diesem Sinne argumentierte er in der



Bild: Allgemeine Illustrierte Zeitung

Wilhelm Jordan

sen – 1871 sogar durch die USA – für eine Verbreitung seines Epos sorgte, wurde nichts daraus. Dabei hätte der Stoff wohl dem Zeitgeschmack entsprochen. Aus unerfindlichen Gründen griff aber Jordan nicht auf die naheliegende mittelalterliche Vorlage zurück, sondern verband das Hildebrandlied mit altnordischen Sagas und

Moment der Woche



Man glaubt es kaum noch, aber bis 1995 hielt die Wissenschaft Monsterwellen, auch „Kaventsmänner“ genannt, für Seemannsgarn oder maßlose Übertreibung. Erst die Neujahrsnacht jenes Jahres änderte

Danach begann eine jahrzehntelange Suche nach den Ursachen des Phänomens, denen Forscher der Universität Oxford nun auf die Spur gekommen sind: Danach müssen zwei Sturmwellen in einem Winkel von 120

Entdeckt: So entstehen Monsterwellen

alles: Die Ölplattform Draupner in der Nordsee wurde von einer solchen Welle getroffen, der Beweis ihrer Existenz war erbracht.

Grad aufeinandertreffen. Dann türmen sie sich zum Monster, das doppelt so hoch werden kann wie die übrigen Wellen. HH.

Ablass fürs Klima

Eine neue Frömmigkeit, ein neuer Gott – nur die Bigotterie klingt ziemlich alt

Als es im 6. Jahrhundert zu einer gravierenden Klimaverschlechterung infolge von Vulkanausbrüchen und eines Asteroideneinschlags an der Nordküste Australiens kam, wusste der byzantinische Kaiser Justinian sofort Bescheid: Das sei die göttliche Strafe für menschliches Fehlverhalten. Also unternahm er alles, um seine Untertanen zu

Am Ende geht es wieder um Geld, Geld und nochmals Geld

mehr Frömmigkeit zu erziehen – manchmal sogar vermittels Todesstrafe. Dabei erhielt er Unterstützung vom Bischof Johannes von Ephesos, der vor allem Sittenlosigkeit, Blasphemie und das Streben nach schnödem Reichtum für die Klimakapriolen verantwortlich machte.

Heute wird hingegen nur noch selten auf einen ungnädigen Gott verwiesen, wenn sich Wetter und Klima ändern. Trotzdem gibt es mentalitätsmäßige Parallelen.

Schuld an der Misere sollen jetzt all die Frevler in den westlichen Industrieländern haben, welche verstockt genug sind, Fleisch zu verzehren, in den Urlaub zu fliegen oder gar Auto zu fahren.

Letzteres freilich auch, um die Steuergelder zu erarbeiten, die den Priestern der Klimareligion – pardon: den Klimaforschern – ein gutes Auskommen sichern. Aber das bewahrt die Sünder nicht davor, Buße tun zu müssen. Und zwar wiederum in Form von Geld, Geld und nochmals Geld.

Obwohl es inzwischen keine Figuren wie den Ablassverkäufer Johann Tetzel mehr gibt, auf deren Treiben Martin Luther mit seinem Thesenanschlag reagierte, lebt der von Tetzel perfektionierte Ablasshandel noch immer. Statt „Wenn das Geld im Kasten klingt, die Seele in den Himmel springt“, heißt es nun freilich „Klimaneutralität durch freiwillige Kompensation“.

Wessen „ökologischer Fußabdruck“ derart breit ist, dass er auf das eigene Gewissen drückt, der kauft sich finanziell frei, indem er als Ausgleich für die emittierte Menge des „Klimakillers“ Kohlen-

dioxid in Klimaschutzprojekte investiert. So kann der Mensch fast alles „klimaneutral“ tun: Autofahren, bauen, campen, drucken, essen, fliegen, grillen, heizen, im Internet surfen, jodeln (nein, das leider noch nicht!), kochen, Lebensmittel produzieren, Mineralwasser trinken, Natur genießen, Öfen beheizen, Post versenden, Quartiere beziehen, Restaurants besuchen, Seereisen unternehmen, tanken, an Universitäten studieren, Veranstaltungen durchführen, wohnen und Zigarren rauchen.

Trotzdem ist nicht die Zeit für erleichtertes Aufatmen, denn kein noch so großzügig bemessener Obolus vermag die menschliche Erbsünde zu tilgen, die darin besteht, dass wir alle permanent CO₂ ausstoßen: Der Anteil dieses Gases in der Ausatemluft des Homo sapiens ist teuflische einhundert Mal höher als in der geschundenen Atmosphäre um uns herum. Hiergegen gibt es letztlich nur ein probates Mittel: klimaneutraler Sex, wie ihn Stefanie Iris Weiss in ihrer Ratgeber-Bibel zum Thema grün-nachhaltiges Liebesleben propagiert. Denn das ökologisch korrekte Austoben von

Trieben besteht ja nicht nur darin, mit dem Fahrrad zum Rendezvous zu strampeln oder im Falle von dessen Misslingen auf mechanisches Sexspielzeug mit Handkurbeln statt Batterien auszuweichen, sondern beinhaltet auch den Verzicht auf jedwede Reproduktion.

Kein weiterer Mensch auf diesem Planeten, kein neuer Klimasünder! Oder ist diese Formel

Dann muss die Menschheit eben weg

falsch? Vielleicht kann hier ja der Historiker Prokopios von Caesarea weiterhelfen, welcher ebenfalls zur Zeit von Kaiser Justinian und Johannes von Ephesos lebte und in seiner Chronik „Bella“ anmerkte: Gerade die Experten „für alle Phänomene, die aus dem Himmel niederfahren ... pflegen häufig wunderbare Gründe, die kein Mensch nachvollziehen kann, anzugeben oder abwegige Naturlehren zu erdichten.“

Wolfgang Kaufmann

Fahrt mehr Bahn!

Abenteuer Schiene: Erfahrungsberichte eines gebeutelten Passagiers der Deutschen Bahn

Zu voll, zu spät, und manchmal einfach ausgefallen: Wer sein Auto stehen lässt und auf die Dienste der Deutschen Bahn ausweicht, kann nach kurzer Zeit schon einiges erzählen.

In die Jahre gekommen, fallen mir längere Autoreisen immer schwerer. Meist steht man stundenlang im Stau, erduldet gefühlt alle 30 Kilometer eine hinderliche Baustelle, schwitzt im Sommer und kämpft mit Müdigkeit. Warum sich das antun? Gibt es keine Alternative? Schon aus ökologischen Gründen heißt es doch: „Fahrt mehr Bahn!“ Allerdings ist auch dies Paradies nur unvollkommen, wie folgende exemplarische Erlebnisse meiner jüngsten fünf Zugreisen illustrieren.

Auf der Fahrt von München nach Salzburg fiel ein ganzer Waggon aus, sodass ich bis kurz vor der Endstation auf der Einstiegsplattform eingepfercht blieb. Wenigstens bestand bei so intensivem Körperkontakt keine Sturzgefahr. Auch zu atmen glückte noch. Lediglich der Rat meiner Gattin, viel zu trinken, erwies sich als unpraktikabel, weil ich schlechterdings nicht an die Flasche herankam.

Vergleichbares widerfuhr mir zwischen Fulda und Frankfurt, wo ich durch Umstieg in eine sonntägliche Rückreisewelle geriet. Solche Überbelegung, erfuhr ich von einer Leidensgenossin, sei zu dieser Zeit nicht unüblich. Eingekuschelt verbrachte eine Stunde auf dem Gang, die in mir Assoziationen an eine Sardinenbüchse weckten.

In Mantel und Jackett zerfloss ich fast, während ich auf meinem hochgestellten Koffer eine Art Stehsitz fand.

In beiden Fällen nutzten mir übrigens Platzreservierungen nichts. Hätte es doch schon einer Schusswaffe bedurft, um samt Koffer und Tasche durch verstopfte Gänge an den gebuchten Bestimmungsort zu gelangen. Selbst der Schaffner unterließ jegliche Kontrolle. Als Additum diente die wortreiche Annäherung eines betrunkenen Hertha-Fans, der einem Türken gegenüber einen Schluck aus seiner Bierdose an-



Glücksfall Sitzplatz: Überfüllter Personenzug

Bild: pa

pries. Letzterer verhielt sich übrigens mustergültig und ließ sich von dem feisten Proleten nicht provozieren. Glücklicherweise gab es zur Keilerei ohnehin keinen Platz.

Die Segnungen der Regionalbahn erschlossen sich mir erneut auf der Fahrt von Saarbrücken

In Dauerspannung wegen des Anschlusszuges

nach Mainz, zur Weiterfahrt nach Wien. Da Gepäcknetze für Koffer generell nicht taugen, waren zahlreiche Gänge zugestellt. Das Gleiche galt für etliche, eigentlich Personen zustehende Sitzplätze. Herbst und Winter bieten als atmosphärische Zugabe noch den Segen, von überall beniest und behustet zu werden. Auch die ver-

breitete Sitte, völlig Fremde lautstark per Handy über Geschäfts-, Privat- beziehungsweise Intimverhältnisse in Kenntnis zu setzen, dient zeitgemäßer Gemütlichkeit.

Gänzlich Neues erlebte ich auf der Fahrt von Nürtingen nach Rottenburg. Dass man, falls nicht halbstündige Vakanzen eingeplant sind, vom Gedanken ans Erreichen des jeweiligen Anschlusszuges in Dauerspannung gehalten wird, gehört mittlerweile zur Bahnfolklore. Also registrierte ich von Haltestelle zu Haltestelle die ständig verminderte Umsteigezeit und hetzte im Bahnhof Tübingen wie ein Jungpanther zum Anschlusszug.

Ich tat gut daran. Denn schwer atmend auf einen Sitz gesunken, geschah etwas, was ich in gut 60-jähriger Bahnnutzung noch nie erlebt hatte: Der Zug fuhr zwei Minuten vor der fahrplanmäßigen Zeit ab – zumindest wenn die (elektronisch gestellte) Uhr im

Waggon korrekt anzeigte. Im Gymnasium zitierte unser Direktor bei solchen Absonderlichkeiten stets: „Erkläret mir, Graf Örrindur, diesen Zwiespalt der Natur.“

Damit zum jüngsten Beispiel meiner unfreiwilligen Bahnrecherche: der Fahrt von St. Ingbert nach Bad Godesberg. Der Zug bis Koblenz fiel aus. Eine früher übliche Bahnhofsankunft, wie und wann ich jetzt weiterkäme, spart man sich heutzutage. Solches Herrschaftswissen bleibt Smartphone-Besitzern reserviert, als wäre die Bahn geschäftsstrategisch mit der Elektronikbranche verbunden. Ältere Passagiere, die sich durch Nutzungsverweigerung ihrer „Fortschritts“-Pflicht entziehen, stellt man aufs Abstellgleis.

Zum Glück fuhr der nächste Zug schon nach einer Stunde – Gelegenheit, mal wieder dem Schmuttelcharme unserer Bahnhöfe zu verfallen, deren wachsen-

de Verkommenheit beispielhaft bundesrepublikanische Kulturgeschichte schreibt. Als die Wartezeit verkürzender Unterhaltungskünstler fungierte ein hypermobiler Bahnhofspenner, der im Suff lauthals Selbstgespräche führte, alle Reisenden anbellte und schließlich, natürlich von keiner Ordnungskraft gehindert, im Zickzack über die Gleise stiefelte.

Bei gebührender Umsteigezeit verlief dann die Weiterfahrt von Koblenz aus ruhig. Zwar fehlte eine (deutlich erkennbare) Beschriftung des Zuges, was bei etlichen Passagieren auf dem Bahnsteig hektische Fragerie auslöste. Aber ein ortskundiger Mitfahrer half. Die bis Godesberg herausgefahrenen 15 Minuten Verspätung kümmerten mich nicht, da dies ja meine Endstation war. Bei Andernach wurde ich Zeuge einer aktuell nicht untypischen Szene, als ein „Willkommensgeschenk“ ohne Ticket gestellt wurde, was ihn nicht von selbstbewussten Tiraden abhielt.

Nachdem der Schaffner an der nächsten Station kurz ausgestiegen war, schien er bei seiner Rückkehr übrigens erleichtert, dass sich der Kontrollierte inzwischen verflüchtigt hatte. Generell fragt man sich, wie etwa eine Schaffnerin ohne Regina-Halmich-Talente solche Konfrontationen meistern sollte. Denn das klappt nur in Krimis gemäß dem Realitätsverständnis unseres Staatsfunks, wo die zierlichsten Kommissarinnen per Judogriff die stärksten Oschis auf die Bretter schicken.

Ach ja, auch die formschöne digitale Schrifftafel verdient Erwähnung, weil sie außer Datum und Uhrzeit nichts anzeigte, so dass ich jeweils raten musste, auf welchen Bahnhof wir gerade zufuhren.

Bei der Rückfahrt erblickte ich in der Unterführung auf der Suche zu Bahnsteig 1 einen Pfeil zu 4. Instinktiv wählte ich den nächsten Aufgang zu Bahnsteig 2, leichtfertig annehmend, 1 und 2 gehörten zusammen. Weit gefehlt! In Godesberg ist 4 mit 1 liiert. Also zurück im kofferbeschwerten Schweinsgalopp. Dabei hätte würdigen Schreitens genügt. Denn natürlich kam der Zug verspätet,

wenn auch nur drei Minuten, das heißt nach heutigen Begriffen superpünktlich. Dafür startete der nächste in Koblenz neun Minuten später. Doch da ich nun bis zum Ausstieg auf meinem Platz bleiben würde, spielte das keine Rolle. Erwarteten mich doch – vermeintlich – drei Stunden entspannter Lektüre.

Bedauerlicherweise befand ich mich allerdings in einem Waggon, der in Trier abgekoppelt wurde. War ich doch beim Einstieg einem falschen „Experten“ gefolgt, der eine vergleichbare Sachkunde aufwies wie zahlreiche Gutachter oder Statistiker, die unsere Regierung zur Legitimation ihres Politikurses in Dienst stellt. Daher war ich nicht weit genug vorn eingestiegen. Im Gang das Versäumte nachzuholen, scheiterte, da der

Der hypermobile Bahnhofspenner sorgt für Unterhaltung

Durchgang zum nächsten Abteil versperrt war.

Es blieb nur der Weg über den Bahnsteig, spätestens ab Trier, falls ich nicht in Luxemburg nächtigen wollte. Vor diesem Schicksal bewahrte mich eine Schaffnerin, die mir sofortiges Umsteigen empfahl. Und da sie mir noch den Weg wies, gelangte ich in Rennpferd-Eile ins richtige Abteil, wobei sie mich noch ein wenig ansprach: Tempo müsse ich schon machen. Der Zug habe aufzuholen. Das tat er denn auch, und ich landete glücklich wieder im saarländischen „Heimathafen“.

Ziehen wir ein Fazit: Bahnfahren hält geistig frisch, um gewünschte Ziele zu erreichen, ersetzt also manches Sudoku-Gehirntraining. Höchstens Hassredner und Fake-News-Verfertiger behaupten, zwischen Straße und Schiene bestehe lediglich die Qualitätsdifferenz wie zwischen Pest und Cholera beziehungsweise zwischen Merkel, Nahles und Claudia Roth. In Wirklichkeit ist die Deutsche Bahn so alternativlos wie unser ganzes Regierungssystem. Günter Scholdt



MELDUNGEN

Brücke über den Lyck-See

Kreuzfeld – Die Seepromenade des Lyck-Sees soll in diesem Jahr ausgebaut werden. Sie erhält einen Fahrradweg, der die beiden Seeufer in der Nähe von Kreuzfeld miteinander verbindet. Die Brücke führt vom neuen Strandbad zum gegenüberliegenden Ufer. Sie wird über 220 Meter lang sein und fünf Meter Höhe über dem Wasserspiegel haben, damit Boote bequem durchkommen können. Auf der Brücke entstehen Aussichtspunkte zur Stadt sowie zu den interessanten See-stellen. Die Fertigstellung ist für 2020 geplant. Die Kosten belaufen sich auf etwa 270 000 Euro, wovon die Europäische Union 225 000 Euro zahlt. Die Investition ist im Haushalt der Stadt für das Jahr 2019 eingeplant. *PAZ*

Gedenken an Massaker

Kortau – Am 22. Januar 1945 haben sowjetische Einheiten einen Massenmord an Patienten der Kortauer Heil- und Pflegeanstalt verübt. Um 17 Uhr des 74. Jahrestages der Tragödie wurde der Opfer an dem Kreuz an der Oczapowskiego-Straße in Kortau gedacht. Die Rote Armee hatte etwa 600 Personen, darunter Patienten, Anstalts-Personal, Verwundete und Flüchtlinge, die sich in den Häusern aufhielten, erschossen. Als die Rote Armee näherrückte, wurde die Evakuierung der Stadt verfügt. Historiker glauben, dass die Patienten, von denen ein Teil evakuiert worden sein soll, alle erschossen wurden. Etwa 5000 Menschen verloren ihr Leben. *PAZ*

Gericht bestätigt Entlassung

Tilsit – Das Gericht von Tilsit hat die Klage von Angelika Spiljowa, der bisherigen Direktorin des Museums für Stadtgeschichte, gegen ihre fristlose Entlassung für unbegründet erklärt. Wie Spiljowa Verteidiger Alexander Dobralskij mitteilte, wollte das Gericht der Klage nicht in vollem Umfang stattgeben. Es sei auch nicht gelungen, eine Gütevereinbarung zu treffen. Dobralskij will gegen diese Entscheidung Berufung einlegen. Weil Spiljowa bei ihrer Einkommensoffenlegung Unterhaltszahlungen nicht angegeben hatte, wurde sie wegen „Vertrauensverlusts“ fristlos entlassen. Ein Jahr zuvor hatte der Kulturamtsleiter Oleg Waschurin Extremismusvorwürfe gegen Spiljowa erhoben (die *PAZ* berichtete). Neue Direktorin ist Natalja Michnowitsch, die zuvor in der städtischen Kulturbehörde tätig war. Unter ihrer Ägide gab es bereits Ausstellungen über den Sturm auf Tilsit, die Leningrader Blockade und Mitte Februar folgt eine über den Abzug sowjetischer Truppen aus Afghanistan vor 30 Jahren. *MRK*

Allenstein setzt auf Öko-Energie

Der Bau eines modernen, mit Holzspänen betriebenen Kraftwerks soll zum Umweltschutz beitragen

Der Großteil der in der Republik Polen erzeugten Energie kommt aus konventionellen Energiequellen. Das Allensteiner Unternehmen für Wärmeenergie will nun mit dem Bau eines ökologischen Kraftwerks einen Beitrag zur Energiewende leisten.

In Fachzeitschriften liest man, dass 90 bis 95 Prozent der polnischen Strom- und Wärmeenergie in Heizkraftwerken gewonnen werden, in denen Stein- oder Braunkohle verbrannt wird. Obwohl die Energiewende ein Begriff ist, der in der öffentlichen Debatte eher als schwer realisierbares theoretisches Konzept gilt, versuchen einige Kraftwerke und Betriebe für Wärmeenergie auf ökologische Energieträger umzusteigen.

Zum Umweltschutz will auch das Allensteiner Stadtunternehmen für Wärmeenergie beitragen, indem es im vergangenen Jahr mit dem Bau eines ökologischen Heizwerks begann, dessen Baukosten auf zirka zehn Millionen Euro geschätzt werden. Der Zuschuss aus EU-Mitteln beträgt fast 50 Prozent. Die neue Investition wurde „Kortowo BIO“ genannt, sie soll sich in der Nähe des konventionellen Kraftwerks befinden, also nicht weit von den Gebäuden der Universität Ermland-Masuren. Der Grundstein für die Errichtung der Anlage wurde bereits im August gelegt, Ende November erschien auf der Baustelle ein hoher Schornstein, der in Dänemark entworfen wurde, und der Bau schreitet voran. Das Kraftwerk, das zukünftig ein Viertel der Stadtbewohner mit Wärme versorgen wird, soll bis Ende Mai 2019 fertiggestellt werden. Um die



Soll im Mai fertiggestellt sein: Das neue ökologische Kraftwerk in Allenstein

Bild: D.K.

Emission von Kohlendioxid zu reduzieren, beabsichtigt man, die Energie aus Biomasse zu erzeugen. Damit sind Abfallprodukte wie Holzspäne und Hackschnitzel gemeint, die vorwiegend von den großen regionalen Holzverarbeitungsbetrieben abgenommen werden können.

Wieslaw Prokopczuk, Leiter der Wärmeherstellungsabteilung im Allensteiner Stadtunternehmen für Wärmeenergie, freut sich über das Ergebnis der Ausschreibung für die Lieferung vom Biotreibstoff, mit dem die Heizkraftanlage „Kortowo BIO“ betrieben wird. Die Ausschreibung gewann ein lo-

kales Unternehmen aus Passenheim, das laut Prokopczuk eine dynamische sowie blühende Firma sei und das innerhalb der nächsten drei Jahre die Kontinu-

Anteil Erneuerbarer Energie soll steigen

ität der Belieferung mit Biorohstoffen gewährleisten könne. Ansonsten bietet das Passenheimer Unternehmen einen geräumigen Lagerplatz, auf dem man die Biomasse bei Bedarf über einen längeren Zeitraum aufbewahren

könnte. Die Entkarbonisierung der lokalen Energiewirtschaft und die Entwicklung der städtischen Energieversorgung sei nicht nur in ökologischer Hinsicht nachvollziehbar, sondern auch rein finanziell gut begründet, meint Stanislaw Kalarus, der Vorstandsvorsitzende des Modernisierungsunternehmens für Energieanlagen Remak SA, das für den Bau des Heizwerks „Kortowo BIO“ zuständig ist. Die Gewinnung der Wärme aus Kohle für die Deckung des privaten oder industriellen Wärmebedarfs sei mit hohen Kosten verbunden, weil man über die sogenannten Kohlenstoffemissionsrech-

te verfügen müsse, was dazu führe, dass die Konsumenten höhere Preise zahlen müssten. Je sauberer und umweltfreundlicher die Herstellung von Wärmeenergie sei, desto billiger werde sie. Die Firma Remak SA kann eine langjährige Erfahrung im Bau von Kraftwerksanlagen vorweisen, sie beteiligt sich an der Errichtung von mit Biomasse betriebenen Objekten in Opoln, Jaworzno und im Ruhrgebiet in der Stadt Datteln.

Herz des entstehenden Wärmekraftwerks wird ein in Tschechien produzierter Biomassekessel sein, der es ermöglicht, jährlich 55 000 Tonnen Holzspäne zu verbrennen. Das ergibt eine Kapazität von 25 Megawatt. Zusätzlich beabsichtigt man, ein System zur Wärmerückgewinnung aus Abgasen zu installieren, wodurch die Menge der Wärmeherstellung um weitere vier Megawatt gesteigert wird. So könnten zukünftig über 25 Prozent der Stadtbewohner mit Wärme versorgt werden. Zur Ergänzung sei noch gesagt, dass der Stadtbetrieb für Wärmeenergie selbst im letzten Jahr das kommunale Fernwärmenetz um acht Kilometer ausbaute und 70 neue Wärmeübergabestationen errichtete. Die angeführten Zahlen belegen eindeutig, dass die moderne Kraftwerksanlage sowie die Entwicklungsstrategie der lokalen Energiewirtschaft das Fernwärmesystem im Stadtgebiet gravierend verändern werden, womit auch der erste Schritt zu einem Teilausstieg aus den fossilen Brennstoffen vollzogen werden kann. In Kürze sollen die Erneuerbaren Energiequellen 30 Prozent der Gesamtstruktur der Energiebereitstellung im Stadtbereich ausmachen. *Dawid Kazanski*

Schlange stehen für geweihtes Wasser

Das orthodoxe Taufritual zum Dreikönigsfest erfreut sich im Königsberger Gebiet steigender Beliebtheit

Seit einigen Jahren steigt das Interesse bei den Bewohnern des Königsberger Gebiets am orthodoxen Ritual der Taufe im Eiswasser am Dreikönigsfest.

Nach den nassen und regnerischen Neujahrsferien wurde es in Königsberg zwar etwas kälter, aber der Frost zum Fest der Heiligen drei Könige im Januar blieb auch dieses Jahr aus. Für Königsberger, die zuletzt an milde Winter gewöhnt waren, ist dies nicht ungewöhnlich. In der Nacht vom 18. auf den 19. Januar feierten alle Orthodoxen das Fest der Taufe. Man glaubt, dass geweihtes Wasser an diesem Tag wundersame Eigenschaften hat. Für viele Gläubige ist das Taufbad am Dreikönigsfest eine der beliebtesten orthodoxen Traditionen.

In Königsberg wurden diesmal offiziell drei offizielle Orte zum Reinwaschen im Taufwasser angeboten. Die Stadtverwaltung hatte zusätzliche Busse bereitgestellt, damit die Gläubigen abends und nachts in das kalte Wasser eintau-

chen konnten. Die Betriebszeit des öffentlichen Personennahverkehrs wurde an diesem Tag bis 1 Uhr nachts verlängert.

In diesem Jahr nahmen über 6000 Gläubige des Königsberger Gebiets am Taufritual teil. Mit jedem Jahr steigt die Anzahl der Menschen, die zum ersten Mal in ein Eisloch eintauchen möchten. Unter ihnen sind überwiegend

Vorgänger ist ein heidnisches Ritual

Männer und Bewohner von kleinen Städten und Gemeinden. Im gesamten Gebiet gab es 16 offizielle Orte für das Taufbad. Allerdings beschränkten sich die Bürger nicht auf die offiziell ausgewiesenen Orte, sondern tauchten in alle möglichen ihnen zur Verfügung stehenden Gewässer ein.

Auf der Liste der verbotenen Orte für das Taufritual standen unter anderem die „Windrose“ auf der Rauschener Promenade und der Stadtstrand in der Nähe des Pillauer Hafens. Auf der Kurischen Nehrung wurde ein Loch in den Mowensee bei Rossitten gebohrt.



Königsberg: Andrang am geweihten Wasserhahn

Bild: J.T.

Die Tradition des Eisbadens geht zurück auf die Taufe von Jesus Christus im Jordan. Das russische Wort für Taufe, kreschenije, leitet sich von dem altrussischen Wort „kres“, bedeutend „Feuer“, ab. Das heißt, das russische Wort für Taufe heißt eigentlich „Verbrennung“. Ursprünglich gehörte sie zu den heidnischen Ritualen, dazu gedacht, in einem bestimmten Alter den „göttlichen Funken“ im Men-

schen zu „entzünden“. Der heidnische Ritus des Eintauchens in vereistes Wasser markierte die Bereitschaft einer Person für militärische oder berufliche Aktivitäten. Es herrscht die Überzeugung, dass Wasser während der Zeit der Taufe heilende Eigenschaften besitzt und die geistige und körperliche Verfassung stärken könne. Zu diesem Zweck weiht der Priester das Loch durch dreifaches Eintauchen

des Kreuzes und durch das Vorlesen der entsprechenden Gebete.

Wenn auch nur die Hartgesottesten ins Eiswasser eintauchten, so gab es doch viel mehr Menschen, die versuchten, geweihtes Wasser zu bekommen. Die Warteschlangen vor der Ausgabe des „heiligen“ Wassers waren riesig, die Menschen drängten sich, um möglichst schnell zu der „heiligen Quelle“ zu gelangen, oder besser gesagt zu dem Wasserhahn, aus dem das Wasser floss. Um das geheiligte Wasser mitnehmen zu können, hatten sie Plastikflaschen mitgebracht. Andere kamen mit ihrem eigenen Wasser, das der Priester in der Nähe der Kirche weihte.

Am Dreikönigsfest am 19. Januar wurde in allen orthodoxen Kirchen des Königsberger Gebiets Wasser geweiht. Die größte Versammlung von Gläubigen wurde jedoch in der Nähe der Christi-Erlöser-Kirche am Hansaplatz vermerkt. Hier hatte die Zeremonie mit dem geheiligten Wasser, das die Menschen mitnahmen, den Charakter einer Massenveranstaltung. *Jurij Tschernyschew*

Wir gratulieren ...

ZUM 101. GEBURTSTAG

Mallek, Hans, aus Freidorf, Kreis Neidenburg, am 8. Februar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Peters, Martha, geb. **Kukulies**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 8. Februar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Ewert, Hedwig, geb. **Tillert**, aus Lyck, am 10. Februar
Kuhray, Martha, geb. **Benson**, aus Königsberg, Kreis Fischhausen, am 1. Februar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Danielzik, Heinrich, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 10. Februar
Fech, Agnes, geb. **Hoffmann**, aus Jägerkrug, Kreis Elchniederung, am 13. Februar
Jendrysik, Elsa, geb. **Unruh**, aus Germay, Kreis Fischhausen, am 14. Februar
Klick, Erna, geb. **Ludwig**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 8. Februar

Kupczyk, Gertrud, geb. **Framke**, aus Bludau, Kreis Fischhausen, am 8. Februar

Lelewell, Herta, geb. **Preuß**, aus Lyck, Morgenstrasse 33, am 13. Februar

Mende, Elli, geb. **Treppke**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 13. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Grondowski, Helmut, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 11. Februar

Ravn, Elfriede, geb. **Kuczinski**, aus Auglitten, Kreis Lyck und aus Herzogsmühle, Kreis Treuburg, am 11. Februar

Zlomke, Horst, aus Opitten, Kreis Preußisch Holland, am 14. Februar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Czossek, Otti, geb. **Samulowitz**, aus Klein Schläfken, Kreis Neidenburg, am 12. Februar

Gehrke, Gretel, geb. **Bresslein**, aus Lötzen, am 2. Februar

Hennig, Marianne, aus Eichen, Kreis Wehlau, am 13. Februar

Urmann, Gerda, geb. **Naujoks**, aus Ginkelsmittel, Kreis Elchniederung, am 8. Februar
Zickermann, Elisabeth, geb. **Piotrowski**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 12. Februar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Duwe, Gertrud, geb. **Smolenski**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 9. Februar

Happach, Hildegard, geb. **Krause**, aus Liska-Schaaken, Kreis Fischhausen, am 12. Februar

Juszkiewicz, Margarete, aus Lyck, am 12. Februar

Kleszewski, Erich, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 11. Februar

Meitza, Otto, aus Ulleschen, Kreis Neidenburg, am 11. Februar

Pfeiffer, Dr. Irma, geb. **Kunze**, aus Tapiaw, Kreis Wehlau, am 9. Februar

Rautenberg, Alfred, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 14. Februar

Saathoff, Frieda, geb. **Festerling**, aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, am 14. Februar

Skowronnek, Erich, aus Groß Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 8. Februar

Stralla, Johann, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 12. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Baltruschat, Ruth, geb. **Theophil**, aus Heimfelde, Kreis Ebenrode, am 11. Februar

Dennig, Kurt, aus Prostken, Kreis Lyck, am 13. Februar

Dreier, Bruno, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 13. Februar

Hellwich, Roland, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, am 14. Februar

Laut, Else, geb. **Kutz**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 8. Februar

Recht, Waltraut, geb. **Wedler**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 14. Februar

Redmer, Elfriede, geb. **Hartmann**, aus Wehlau, am 11. Februar

Springer, Erich, aus Romau, Kreis Wehlau, am 11. Februar

Weiss, Ernst, aus Lötzen, am 13. Februar

Wilkens, Annemarie, geb. **Grau**, aus Kassuben, Kreis Ebenrode, am 10. Februar

Wischniewski, Christel, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 14. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Baranski, Ingeburg, geb. **Winkler**, aus Lyck, Königin-Luise-Platz 11, am 13. Februar

Bernecker, Betty, geb. **Tschischak**, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 14. Februar

Burat, Ernst, aus Neu Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 11. Februar

Dziedzic, Elisabeth, aus Eisenberg, Kreis Heiligenbeil, am 12. Februar

Eggert, Elisabeth, geb. **Schröder**, aus Paggehnen, Kreis Fischhausen, am 12. Februar

Fehrle, Hildegard, geb. **Schrubba**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 11. Februar

Katzinski, Friedrich, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 11. Februar

Lüneberg, Dr. Hartmut, aus Lyck, Yorkstrasse 24, am 11. Februar

Melzer, Ruth, geb. **Thierenbach**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 11. Februar

Olschewski, Walter, aus Langenwiese, Kreis Lötzen, am 11. Februar

Ponzelar, Ruth, geb. **Mrohs**, aus Binien, Kreis Lyck, am 12. Februar

Schwalbe, Helene, geb. **Genellus**, aus Grünfließ, Kreis Neidenburg, am 13. Februar

Slotki, Günther, aus Neidenburg, am 13. Februar

Trzaska, Ewald, aus Neidenburg, am 9. Februar

Wolgast, Hildegard, geb. **Matschuck**, aus Kischen, Kreis Elchniederung, am 14. Februar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Balzer, Horst, aus Herrendorf, Kreis Treuburg, am 13. Februar

Beister, Ilse, geb. **Berger**, aus Genslack, Kreis Wehlau, am 11. Februar

Denda, Heinz, aus Ortelsburg, am 9. Februar

Dreimann, Elfriede, geb. **Christochowitz**, aus Langheide, Kreis Lyck, am 10. Februar

Dunkel, Gisela, geb. **Wagner**, aus Klaußen, Kreis Lyck, am 12. Februar

Jablonski, Willy, aus Kandien, Kreis Neidenburg, am 8. Februar

Joneleit, Siegfried, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 37, am 12. Februar

Jorzik, Irmgard, aus Ulleschen, Kreis Neidenburg, am 14. Februar

Loch, Magdalena, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, am 9. Februar

Poreda, Hans, aus Funken, Kreis Lötzen, am 2. Februar

Rafael, Erich, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 8. Februar

Sawischlewski, Gertrud, geb. **Bergholz**, aus Skurpien, Kreis Neidenburg, am 14. Februar

Schmidt, Erika, geb. **Liedtke**, aus Pregelwalde, Kreis Wehlau, am 14. Februar

Stolz, Karl-Heinz, aus Neusorge/Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 10. Februar

Weigelt, Hildegard, geb. **Wiesner**, aus Treuburg, am 12. Februar

Weiß, Liselotte, geb. **Tylitzki**, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, am 8. Februar

Windloff, Martha, geb. **Kendziorra**, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 11. Februar

Winzbeck, Ruth, geb. **Kotowski**, aus Monken, Kreis Lyck, am 8. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Brzoska, Herbert, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 12. Februar

Dannowitz, Inge, aus Sentken, Kreis Lyck, am 13. Februar

Dommer, Ruth, geb. **Pogorzelski**, aus Treuburg, am 13. Februar

Friedriszik, Liselotte, geb. **Paulat**, aus Tapiaw, Kreis Wehlau, am 8. Februar

Fornfeist, Ruth, geb. **Eremef**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 8. Februar

Gerdenitsch, Charlotte, geb. **Hoffmann**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 11. Februar

Hartmann, Erna, geb. **Link**, aus Jaxen, Kreis Fischhausen, am 7. Februar

Jedamcik, Christel, geb. **Cittrich**, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 12. Februar

Klein, Erna, geb. **Seitz**, aus Thierenberg, Kreis Fischhausen, am 3. Februar

Passiep, Hildegard, geb. **Kollek**, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 10. Februar

Präkel, Klara, geb. **Wenzlawski**, aus Skudayen, Kreis Neidenburg, am 11. Februar

Tölke, Ursula, geb. **Kupzik**, aus Quellbruch, Kreis Ebenrode, am 14. Februar

Trompell, Karl, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 4. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Barlitz, Brigitte, geb. **Berger**, aus Neusiedel, Kreis Tilsit-Ragnit, am 9. Februar

Cessarek, Günter, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 9. Februar

Donder, Brunhild, aus Lyck, am 9. Februar

Gantz, Walter, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 10. Februar

Holland, Ellen, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 9. Februar

Jakubassa, Walter, aus Lindendorf, Kreis Ortelsburg, am 8. Februar

Klein, Edith, aus Wolfsee, Kreis Lötzen, am 3. Februar

Kolvenbach, Inge, geb. **Lasowski**, aus Allendorf, Kreis Neidenburg, am 10. Februar

Langen, Gertrud, geb. **Schulz**, aus Neuheide, Kreis Lötzen, am 12. Februar

Messer, Erna, geb. **Keller**, aus Tapiaw, Kreis Wehlau, am 13. Februar

Metschukat, Edith, geb. **Ballnus**, aus Grünwiese, Kreis Elchniederung, am 11. Februar

Mrotzek, Ruth, geb. **Blaurock**, aus Plohsen, Kreis Ortelsburg, am 12. Februar

Näther, Ulrich, aus Lötzen, am 8. Februar

Opitz, Brigitte, geb. **Gaedtke**, aus Rosenwalde, Kreis Elchniederung, am 14. Februar

Queda, Horst, aus Arlen, Kreis Lötzen, am 6. Februar

Reck, Siegfried, aus Arlen, Kreis Lötzen, am 8. Februar

Rugullis, Arno, aus Memel, am 5. Februar

Schmidt, Arno, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 11. Februar

Skienzziel, Heimke, geb. **Wiensohn**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 14. Februar

Skrotzki, Erich, aus Haasenbergl, Kreis Ortelsburg, am 8. Februar

Sobotka, Marlene, geb. **Struppek**, aus Wiesenfelde, Kreis Treuburg, am 11. Februar

Weiß, Ilse, geb. **Gronau**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 12. Februar

Witte, Inge, geb. **Nowak**, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 12. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Andres, Anita, geb. **Morgenschweis**, aus Kirpehnen, Kreis Fischhausen, am 8. Februar

Bahro, Ruth-Marlena, geb. **Tuttas**, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 10. Februar

Bandilla, Else, geb. **Skrodzki**, aus Kalthagen, Kreis Lyck, am 27. Januar

Chemnitz, Waltraud, geb. **Lullies**, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 14. Februar

Claus, Hannelore, aus Maintal, Kreis Wehlau, am 14. Februar
Elbe, Traute, geb. **Mallasch**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 14. Februar

Engelke, Reintraut, aus Aschenberg, Kreis Elchniederung, am 12. Februar

Fischer, Inge, geb. **Falk**, aus Sakrau, Kreis Neidenburg, am 14. Februar

Königsmann, Paul, aus Parlösen, Kreis Ortelsburg, am 10. Februar

Kreft-Bootz, Bärbel, geb. **Angermann**, aus Lötzen, am 8. Februar

Langhammer, Sieglinde, geb. **Rieleit**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 11. Februar

Lefebore, Ingeborg, geb. **Giese**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 10. Februar

Massmann, Hildegard, geb. **Rosowski**, aus Glauch, Kreis Ortelsburg, am 14. Februar

Möde, Heinz, aus Barnen, Kreis Treuburg, am 14. Februar

Opretzka, Johannes, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 12. Februar

Pestinger, Helga, geb. **Koslowski**, aus Lindengrund, Kreis Ortelsburg, am 10. Februar

Pogorzelski, Günter, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 14. Februar

Richter, Edith, geb. **Lepsien**, aus Kanten, Kreis Fischhausen, am 14. Februar

Sacher, Elli, geb. **Moos**, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 11. Februar

Sadlack, Hans-J., aus Ortelsburg, am 10. Februar

Schwartzkopff, Hermann, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 11. Februar

Senff, Gisela, geb. **Eichstädt**, aus Oschekau, Kreis Neidenburg, am 10. Februar

Spittka, Herbert, aus Reuschwerder, Kreis Neidenburg, am 8. Februar

Weise, Hannelore, geb. **Ullisch**, aus Wächtershausen (früher Kossaken), Kreis Johannisburg, am 2. Februar

Wengoborski, Klaus Jürgen, aus Lyck, am 10. Februar

Witke, Ulrich, aus Trammen, Kreis Elchniederung, am 14. Februar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Ackerhusen, Urte, geb. **Borowski**, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 12. Februar

Düputell, Peter, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 2. Februar

Kolossa, Erika, geb. **Kurowski**, aus Treuburg, am 12. Februar

Petrat-Schrock, Erika, geb. **Petrat**, aus Schleuwen, Kreis Ebenrode, am 14. Februar



Klein, Ernst und Ehefrau Margarete, geb. **Doroch**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 11. Februar

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimarbeit« abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen!

Zusendungen für Ausgabe 8

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der PAZ-Ausgabe 8/2019 (Erstverkaufstag: 22. Februar) bis spätestens Mittwoch, 13. Februar an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Sonnabend, 11. Mai 2019
10 - 17 Uhr CongressPark Wolfsburg
www.ostpreussen.de

Jahrestreffen

der Landsmannschaft Ostpreußen

Festveranstaltung mit Ansprache des Sprechers, Fahnenparade, Kulturprogramm u.v.m.

CongressPark Wolfsburg
Heinrich-Heine-Straße, 38440 Wolfsburg
(Zufahrt über die Straße Klieverhagen)

Bitte beachten: Die Eintrittskarten zum Preis von 10€ (bei Versand 1€ zusätzlich) sind im Vorverkauf und an der Tageskasse erhältlich. Sichern Sie sich jetzt Ihre Karte im Vorverkauf. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: 040-41 40080, selke@ostpreussen.de. Eintritt nur mit gültiger Karte.

NÄCHSTER LO-TERMIN

12. bis 14. April: Kulturseminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Heimatpolitische Tagung

Wir erleben gerade eine spannende politische Zeit und wollen zu unserer Tradition gewordenen heimatspolitischen Tagung einladen. Der große Erfolg unserer Tagungen in den vergangenen Jahren und das rege Interesse der Teilnehmer haben dafür die Maßstäbe gesetzt. Der Landkreis Rotenburg (Wümme) als Patenschaftsträger und die Kreisgemeinschaft Angerburg laden alle an der Geschichte und Kultur Ostpreußens Interessierte zu dieser Tagung sehr herzlich ein. Die Tagung findet am Wochenende 16. und 17. Februar in 27356 Rotenburg (Wümme), Gerberstraße 16 (Theodor-Heuss-Schule) statt. Es konnten wieder kompetente Referenten gewonnen werden.

Für Besucher der Tagung ist die Mensa der Theodor-Heuss-Schule bereits ab 14 Uhr geöffnet, und es

wird Kaffee, Tee und Kuchen angeboten. Nach der Begrüßung der Tagungsteilnehmer um 15 Uhr wird Christopher Spatz, Bremen, die Tagung mit seinem Vortrag „Wolfskinder“ einleiten. Nach einer kurzen Pause wird Direktor Wolfgang Freyberg, Ellingen, das Thema „Neue Nachbarn – Deutsche und Polen im Ermland und Masuren nach 1945“ behandeln. Im Anschluss an die Vorträge besteht jeweils Gelegenheit für Fragen an die Referenten und für eigene Einschätzungen. Mit einem gemeinsamen Abendessen (Elchbraten) gegen 19 Uhr und anregenden Gesprächen mit interessanten Gästen lassen wir den Tag ausklingen. Am folgenden Tag, Sonntag, 17. Februar, 10 Uhr, wird die Tagung in der Theodor-Heuss-Schule fortgesetzt. Wolfgang Brandes, Fallingbostal, wird uns die wahre Geschichte des Hauptmanns von Köpenick schildern. Gegen 12 Uhr wird die Tagung mit dem Gesang des Ostpreußenliedes „Land der dunklen Wälder“ beendet sein.

Aus organisatorischen Gründen bitten wir um verbindliche Anmeldung, auch für das Elchbratenessen zum Preis von 27 Euro pro Person einschließlich Dessert und Mitteilung von Übernachtungswünschen bis zum 9. Februar 2019 (Posteingang) an Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22355 Hamburg. Ein Tagungsbeitrag wird nicht erhoben. Eine schriftliche Anmeldebestätigung wird nicht erteilt.

Kurt-Werner Sadowski



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Neuntägige Busreise

Unser Mitglied Gerhard Scheer hat wieder eine besondere Nord-Ostpreußen-Reise zusammengestellt, wer kann, sollte mitfahren – von den älteren Mitbürgern erfahren wir oft Zusammenhänge, die man nirgends lesen kann, und die Gemeinschaft mit alten Ostpreußen ist immer ein Erlebnis eigener Art. Außerdem ist der Bus die einzige Möglichkeit, Hilfsgüter in den Heimatkreis zu bringen. neun Tage vom 26. Juni bis 5. Juli.

Der Bus startet in Wuppertal, mit Zustiegsmöglichkeiten in Hannover und Berlin, durch Westpreußen führt die Reise über Osterode und Allenstein zum Hotel in Sensburg oder Lötzen. Weiter geht die Reise über Lötzen nach Goldap, durch die südliche Rominter Heide, das Drei-Länder-Eck passierend ins Nördliche Ostpreußen. Über die Wystiter Höhen fahren Sie erst nach Kybartei dann nach Eydtkau und fahren über Ebenrode zum Gasthaus Alte Apotheke in Trakehnen.

Von dort aus ist der Besuch folgender Orte geplant: Gumbinnen, die Salzburger Kirche, Friedrichschule mit Fresko, das Wüstener-ökologisch-historische Museum von A. Sokolov, die Kirche in Groß-Rominten die Romintebü-

cke bei Makunischken, Tollmitten und Kanthausen mit dem Kantmuseum.

Es geht weiter über Insterburg, Georgenburg, Taplaken, Wehlau und Tapiau nach Königsberg. Von dort aus wird eine Fahrt zur Kurischen Nehrung unternommen (Cranz, Epha Düne, Sarkau, Rositten).

Über Preußisch Eylau, durch das Oberland, vorbei an Elbing fährt der Bus nach Danzig, mit einem Stopp in Bartenstein.

Nächstes Ziel mit Halt in Kartaus ist Stettin, bevor die Rückreise angetreten wird.

Weitere Informationen bei Scheer-Reisen, Leonhardstraße 26, 42281 Wuppertal, Telefon (0202) 500077 oder 503413, E-Mail: info@scheer-reisen.de



JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Siegfried Strysio, Telefon (05147) 975518, Rischwiesen 4, 31311 Uetze/Hänigsen, Internet: www.kreisgemeinschaft-johannsburg.de; E-Mail: kreiver.strysio@t-online.de; Erster Stellvertreter: Klaus Downar, An der Grubenbahn 21, 01665 Meißen, Telefon (03521) 4592901, E-Mail: kodo48@aol.com; Kasserverwalter: Günter Woyzechowski (kommissarischer Kreisvertreter), Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63428, E-Mail: gawoy@htp-tel.de

Arystreffen

Lügde-Elbrinxen – Freitag, 3., bis Sonntag, 5. Mai, Landhotel Lippischer Hof, Familie Udo Nier-

mann, Untere Dorfstraße 3, 32676 Lügde-Elbrinxen, Telefon (05283) 9870, E-Mail: info@lippischerhof.de, Internet: www.lippischerhof.de; Die Gemeinschaft Arys-Stadt und -Land lädt ein zum Arystreffen.

Unser Quartier hat sich beim letzten Arystreffen im Mai 2018 sehr bewährt. Wir haben uns alle sehr wohl gefühlt und hoffen, dass sich auch dieses Mal eine schöne Gruppe Aryster zusammenfindet. Dazu gehören alle Landsleute aus dem Kirchspiel Arys-Stadt und Land, also die Gemeinden von Gebürge bis Schützenau und von Ubbick bis Wolfshöhe sowie ihre Abkömmlinge und Freunde der Gemeinschaft Arys. Wir bitten um rasche Anmeldung im Lippischen Hof mit Stichwort „Arystreffen“. Wir werden auch wieder Bilder aus dem früheren und heutigen Arys anschauen und darüber reden, was war, was ist und was vielleicht sein wird.



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de. Stellvertreter: Frank Jork, Oberbörry 18, 31860 Emmerthal - Börry, Telefon (0171) 7086334.

Plätze frei

Die einwöchige Flugreise nach Neidenburg zum 25-jährigen Jubiläum des „Vereines der Deutschen Minderheit“ findet von

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.



Wendlingen: Der scheidende Vorsitzende Helmut Pallaks überreicht der Nachfolgerin Birgit Pallaks-John, das Buch „Achthundert Jahre Deutsche Geschichte“ Bild: Stefanie John

Ludwigsburg – Dienstag, 12. Februar, 15 Uhr, Krauthof, Beihinger Straße 27: Jahreshauptversammlung mit Königsberger-Klopse-Essen. Tagesordnung: 1. Begrüßung, 2. Totenrechnung, 3. Rechenschaftsbericht des 1. Vorsitzenden, 4. Kassenbericht des Kassenswarts, 5. Bericht der Kassenprüfer, 6. Entlastung des Vorstandes, 7. Anträge, 8. Wahlen aller Ämter, 9. Verschiedenes.

Wendlingen – „Wer nicht mit der Zeit geht, der vergeht mit der Zeit“. So kann man den Wechsel im Vorsitz der Landsmannschaft benennen, der bei der Weihnachtsfeier am 3. Adventsonntag, den 16. Dezember, vollzogen wurde. Birgit Pallaks-John, heißt die neue Vorsitzende. In Wendlingen im Jahr 1956 geboren, seit 1994 Mitglied und seit 2014 Kassiererin in der Gruppe. In Personalunion wird sie Vorsitzende, Sprecherin, Obmännin und Kassiererin sein. Unterstützt wird sie von ihrer Tochter Stefanie John. Die 1. und 2. Nachkriegsgeneration übernimmt Verantwortung. Die Erlebnisgeneration, der vor 1945 Geborenen, ist klein geworden. Sie wünscht sich Entlastung für die Übernahme heimatischen Erbes. Und hier liegen die Probleme aller Landsmannschaften. Die Nachkommen unserer verstorbenen Landsleute sind vom Zeitgeist geprägt. In den Schulen und der Gesellschaft war der Begriff „Heimat“ kein Thema. Andere

Wertvorstellungen wurden angenommen. Geradezu antiheimatlich. Richtig ist, alle wissen es, Heimat kann man nicht verordnen, Herz und Seele weisen den Weg zum Ursprung von Muttersprache, Spur der Kinderfüße, Jugendtraum und erste Liebe, von Geborgenheit und Zuhause. Von den Wurzeln der Ahnen und deren Herkunft! So der scheidende Vorsitzende Helmut Pallaks in seinen Ausführungen: 64 Jahre Landsmannschaft Wendlingen und Umgebung. Vierzig Jahre habe er dieser Heimatgemeinschaft gedient. Zur gleichen Zeit 25 Jahre stellvertretender BdV-Kreisvorsitzender und 25 Jahre Beisitzer im Landesvorstand LM Ostpreußen in Baden-Württemberg. Immer das Herz zum Pfand gegeben. Das hohe Alter, 88 Jahre, und die stärker werdenden Altersschwächen sind Anlass zum Vorstandwechsel. Spät, aber noch nicht zu spät. Tochter und Enkeltochter, seit einigen Jahren in Bereitschaft, baten, so lange als möglich weiter zu machen.

In der vor 32 Anwesenden in der Weihnachtsfeier sprach die neue Vorsitzende das Schlusswort zum neuen Jahr mit den Wünschen für die Zukunft. Im Trend ihrer Zeit werde sie das Ehrenamt

ausüben und wahrnehmen. Wisend, dass unsere Heimatgemeinschaft kleiner wird. Drei junge Familien sind jetzt schon dabei. Wo drei Generationen zusammen halten, ist die Zukunft gesichert. Das macht Hoffnung. Die Weitergabe von heimatischer Kultur und historische Geschichte als Erbe der Vorfahren heißt der Auftrag. Die Salzburger Exilanten von 1732 können uns Vorbild sein. Mit Worten von Ernst Moritz Arndt: „heilig soll dem Menschen die Stätte seyn, wo er gebohren ist, und ehrwürdig bleiben das, woran seine Kindheit erwuchs“, ging die Weihnachtsfeier zu Ende.

H.P.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 16. Februar, 15 Uhr, Orangerie: Film: „Zerstreute Wörter“ über das Leben der Fischer auf der Kurischen Nehrung. – Sonnabend, 22. Juni, Tagesausflug geplant. Bitte um Ihre Vorschläge bis zum Treffen im April. Anmeldungen bei Heide Bauer, Telefon (0981) 85425.

Hof – Sonnabend, 9. Februar, 13 Uhr(!), Altdutsche Bierstube: Grützwurstessen. Gäste sind herzlich willkommen.



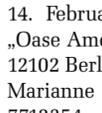
BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bl.n.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

KREISGRUPPEN



Angerburg, Goldap – Donnerstag, 14. Februar, 14 Uhr, Restaurant „Oase Amera“, Borussiastraße 62, 12102 Berlin: Treffen. Anfragen an Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Bartenstein – Anfragen für gemeinsame Treffen an Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Frauengruppe – Mittwoch, 13. Februar, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116-117, 10963 Berlin: Treffen. Anfragen an Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Johannsburg, Lötzen, Sensburg – Dienstag, 19. Februar, 13 Uhr, Restaurant Muna, Albrechtstraße 52, 12167 Berlin: Treffen. Anfragen für Johannsburg und Sensburg an Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, für Lötzen an Gabriele Reiß, Telefon (030) 7563563.



Königsberg – Freitag, 15. Februar, 14 Uhr, Forckenbeckstraße 1, 14199 Berlin-Wilmersdorf:

Treffen. Anfragen an Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Rastenburg – Sonntag, 10. Februar, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Treffen. Anfragen an Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



BREMEN

Bremen – Sonnabend, 9. Februar, 14.15 Uhr (Einlass), 15 Uhr (Beginn), Hotel Airport Bremen, Flughafenallee 26: Bremer Ost- und Westpreußentag mit Fleck und Klopsen. Nach der Begrüßung besteht die Gelegenheit, Kaffee und Kuchen zu bestellen. Von Jonny Reimers wird anschließend die Reportage „Bei Amalia – Eine Deutsche aus Kasachstan betreut die Kirche in Mühlhausen, Kreis Preußisch Eylau in Ostpreußen“ per Mediaplayer vorgetragen.

Zur Unterhaltung haben wir dank der Vermittlung unseres Mitgliedes Wilhelm Norra wieder

Dortmund nach Ortelsburg-Schiemanen statt. Der Termin für den Hinflug ist am 24. Juni von Dortmund, der Termin für den Rückflug am 1. Juli von Schiemanen.

Unterkunft ist das direkt am Omuleesee gelegene Hotel GAWRA in Wickenau. Die Jubiläumssfeier wird am 29. Juni stattfinden.

Durch Ausfall von einigen Angemeldeten, sind noch fünf Plätze frei. Bei Interesse bitten wir um eine schnelle Anmeldung, damit wir weiter planen können.

Bruderhilfe

Für die Bruderhilfe, die im Sommer an hilfsbedürftige Mitglieder der Deutschen Minderheit in Neidenburg ausgezahlt wird, werden noch Spenden entgegen genommen. Dieses gilt auch für die Unterstützung der evangelischen Kirchengemeinde, die zum Großteil aus der Deutschen Minderheit besteht.

Pfarrer Roland Zagora freut sich über jede Spende.



den „Männerchor Eintracht Weyhe“ eingeladen. Dieser Chor ist schon vielfach in Bremen und Umgebung sowie in der lettischen Heimat der Chorleiterin Anita Balode-Butt aufgetreten. Das A cappella-Programm, begleitet mit dem E-Piano, wird uns mit Volksliedern, volkstümlichen Melodien, auch aus Lettland, und Schlagern erfreuen. Der Auftritt erfolgt in zwei Blöcken, dazwischen ist Zeit zum Unterhalten und zum Bummeln und Schauen am Büchertisch. Das Essen beginnt gegen 17.30 Uhr mit dem traditionellen Pillkaller. Anschließend gibt es je nach Wahl Königsberger Fleck oder Königsberger Klops.

Die Veranstaltung soll wieder durch Einnahmen aus dem antiquarischen Bücherverkauf gesponsert werden. Für die Veranstaltung gelten daher folgende ermäßigte Preise: Eintritt und Essen (Königsberger Fleck): 10 Euro, Eintritt und Essen (Königsberger Klops): 15 Euro. Anmeldungen sind erforderlich unter Benennung

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 16

Anzeige

PARTNER-REISEN Grund-Touristik GmbH & Co. KG

Flugreisen nach Königsberg ab vielen deutschen Flughäfen mit Umstieg in Warschau oder Minsk, Fährverbindungen Kiel – Klaipeda Zusammenstellung individueller Flug-, oder Schiffsreisen nach Ostpreußen für Einzelpersonen und Kleingruppen nach Ihren Wünschen!

Gruppenreisen nach Osten 2019

- 17.05.-24.05.: Flugreise nach Ostpreußen mit Dieter Wenskat
 - 22.05.-29.09.: Busreise nach Gumbinnen zum Stadtgründungsfest: Die Besondere Reise - Gumbinner zeigen Gumbinnen mit Gerhard Thies
 - 24.05.-02.06.: Gedenkfahrt „Stationen von Flucht und Vertreibung“ mit Peter Westphal
 - 27.06.-06.07.: Bus- und Schiffsreise nach Tilsit-Ragnit und Nidden mit Eva Lüders
 - 27.06.-06.07.: Bus- und Schiffsreise Gumbinnen und Nidden
 - 28.06.-07.07.: Landschafts- und Naturekkursion nach Ostpreußen mit Hubert Geiger und Peter Westphal
 - 16.07.-24.07.: Busreise zum Stadtfest nach Heiligenbeil mit Dietrich Matern
 - 31.07.-09.08.: Sommerreise Gumbinnen und Kurische Nehrung
 - 31.07.-09.08.: Busreise Elchniederung und Kurische Nehrung – Stadtfest in Heinrichswalde mit Peter Westphal
 - 14.08.-25.08.: Flugreise Ostpreußen mit Dieter Wenskat
 - 16.08.-25.08.: Bus- und Schiffsreise Tilsit und Nidden mit Manfred Urbschat
- Gruppenreisen 2019 - jetzt planen
Sie möchten mit Ihrer Kreisgemeinschaft, Ihrem Kirchspiel, Ihrer Schulklasse oder dem Freundeskreis reisen? Gerne unterbreiten wir Ihnen ein maßgeschneidertes Angebot nach Ihren Wünschen. Preiswert und kompetent. Wir freuen uns auf Ihre Anfrage.
- Fordern Sie bitte unseren ausführlichen kostenlosen Prospekt an. -

Everner Str. 41, 31275 Lehrte, Tel. 05132/588940, Fax 05132/825585, E-Mail: info@Partner-Reisen.com

Landsmannschaffl. Arbeit Fortsetzung von Seite 15

nung des Speisewunsches in unserer Geschäftsstelle Parkstraße 4, 28209 Bremen (jeden Donnerstag von 15 bis 17.30 Uhr) oder auf Anrufbeantworter, Telefon (0421) 3469718.



Verstorben: Gudrun Lutze

„Hätte ich doch schon früher von der Existenz der örtlichen Gruppe Bremen der Landsmannschaft Ostpreußen gewusst, ich hätte schon viel früher alles mitgemacht!“ so hörten wir es oft von Gudrun Lutze, wenn es in Gesprächen um das frühere Wirken unserer Gruppe ging.

So kann es gehen in einer Großstadt mit ihrem großen Angebot kultureller und anderer Veranstaltungen, wenn jemand in einem Randbezirk zuhause ist. So ging es auch der Oberstudienrätin Gudrun Lutze, 1940 in Königsberg geboren und schon lange in der Ermland-Vertretung aktiv. Im Geschichts- und Englisch-Unterricht ließ sie ihre Schülerinnen und Schüler teilhaben an ihrer Verbundenheit mit der ostpreußischen Heimat. Als es möglich war, nach der Grenzöffnung direkt und frei mit den östlichen Nachbarn in Kontakt zu treten, lud sie die Folkloregruppen „Zvelsa“ und „Vite“ aus Litauen zu Auftritten in die Aula ihres Gymnasiums in Bremen-Nord ein. Es waren viel beachtete gut besuchte Auftritte, die letztlich auch den Kontakt mit unserer Landsmannschaft herbeiführten.

Wenig später war Gudrun Lutze unser Mitglied und seit 2004 Schriftführerin im Vorstand. 15 Jahre lang hat sie uns treu und regelmäßig bei allen Projekten begleitet. Wir erlebten sie als eine kreative, geistreiche, immer freundliche Unterstützerin, die für jeden zugänglich war. Über ihren plötzlichen unerwarteten Tod sind wir tief bestürzt und traurig. Wir werden die Erinnerung an Gudrun Lutze allezeit in Ehren halten. Heinrich Lohmann

HESSEN
Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlweg 3, 64367 Mühlthal, Telefon (06151) 148788

Wetzlar - Montag, 11. Februar, 13 Uhr, Restaurant Grillstuben, Stoppelberger Hohl 128: Ostpreußischen Humor bietet der Buchautor Joachim Albrecht. Besucher sind eingeladen, selbst humoristische Beiträge zu bringen. Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

Bericht - Die Landesgruppe Hessen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen hat zwei Persönlichkeiten der Königsberger Diakonie geehrt. Für ihre langjährige Mitgliedschaft in der



Treuebrosche in Gold überreicht: ehemalige Oberin der Königsberger Diakonie Schwester Hannelore Skorzinski, Pfarrer Dieter Nebeling und Vorsitzender Kuno Kutz (v.l.)

Kreisgruppe Wetzlar erhielten der 84-jährige Pfarrer Dieter Nebeling und die Oberin Hannelore Skorzinski die Treuebrosche in Gold sowie eine Urkunde aus den Händen des Vorsitzenden Kuno Kutz (Hüttenberg).

Kutz lobte, dass der in Gießen geborene Nebeling sich über viele Jahre für die Königsberger Diakonissen eingesetzt. Von 1966 bis 1999 war der heute 84-Jährige in der Königsberger Diakonie tätig, zuletzt als Vorstand des Mutterhauses. Nach der politischen Wende setzte er sich bei Reisen nach Kaliningrad für die Versöhnung mit Russland ein. Seit vielen Jahren ist er Mitglied der Kreisgruppe Wetzlar der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen. Oftmals hat er Vorträge über die Königsberger Diakonissen gehalten sowie Andachten zu Erntedank oder Advent gehalten.

Die einstige Oberin Hannelore Skorzinski wurde 1939 in Berndhöfen, Kreis Lyck in Masuren, in Ostpreußen geboren. Als sie sechs Jahre alt war, musste Hannelore Skorzinski mit ihrer Familie den Bauernhof in Ostpreußen verlassen und in den Westen fliehen. In Ibbenbüren fand die Familie einen Neuanfang. Sie meldete sich 1958 mit 19 Jahren in das Diakonissen-Mutterhaus Münster an, das zum Kaiserswerther Verband, einem Dachverband der Diakonie, gehört. Zunächst absolvierte sie eine Krankenpflegeaus-

bildung, woran sich eine Ausbildung als Heimerzieherin anschloss. 1966 wurde sie in den Kreis der Diakonissen aufgenommen. Später hat sie noch die Schwesternhochschule in Berlin besucht.

Insgesamt 33 Jahre hat Hannelore Skorzinski dem Münsterschen Mutterhaus angehört. Dort wurde sie vom Kaiserswerther Verband berufen zur Oberin der Königsberger Diakonie. Als sie 1990 auf dem Altenberg einzog, leitete sie noch 115 Diakonissen. Nach der politischen Wende nahm sie Kontakt zum Kreis Krankenhaus in Kaliningrad auf und hat sich bei elf Reisen in die Heimat für die Beziehungen zum ehemaligen Krankenhaus der Königsberger Diakonie eingesetzt. Bei der Landsmannschaft gehörte sie regelmäßig zu den Teilnehmern der monatlichen Treffen.

Wiesbaden - Dienstag, 12. Februar, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Wiesbaden, Friedrichstraße 35: Frauengruppe, Allerlei zur Fassenacht - Ein närrischer Nachmittag mit Spaß an der Freud. - Sonnabend, 16. Februar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal (1. Stock), Wiesbaden, Friedrichstraße 35: Monatstreffen, Kreppel-Kaffee im Wappensaal. Unter dem Motto „Spaß an der Freud“ wollen wir eine fröhliche und beschwingte Zeit verbringen mit lustigen Beiträgen und viel Gesang.

Kommen Sie zu dem bunten Nachmittag, am besten mit guter Laune und lustiger Kopfbedeckung. - Donnerstag, 21. Februar, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Wiesbaden-Rambach, Ostpreußenstraße 46: Stammtisch. Serviert wird „Schmandhering“. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essensdisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens 15. Februar bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938.

Bericht - Beim ersten Monatstreffen im neuen Jahr zeigte sich der Vorsitzende Dieter Schetat erfreut darüber, dass in Hessen das Thema Flucht und Vertreibung politisch auch weiterhin einen bedeutenden Platz einnehmen

werde. Im Rahmen weiterer Maßnahmen solle dies auch in den Lehrplänen der Schulen und in der Einrichtung eines Lehrstuhls an einer hessischen Universität zum Ausdruck kommen.

Des Weiteren berichtete Schetat über einige Vorgänge im Königsberger Gebiet. An die Zerstörung Königsbergs in der Nacht vom 29. auf den 30. August 1944 durch 600 britische Bomber wird anlässlich des 75. Jahrestages mit einem Gedenkkonzert am 30. August diesen Jahres im Königsberger Dom gedacht.

Das seit 1986 unvollendete und leerstehende „Haus der Räte“ soll für geschätzte drei Milliarden Rubel hergerichtet werden und dann den Behörden der Stadt- und Gebietsverwaltung zur Verfügung stehen.

Im Bernsteinkombinat Wolitten am Ostufer des Frischen Haffs wurde im vergangenen Jahr der größte Klumpen Bernstein mit 2375 Kilogramm Gewicht gefördert. Die erkundeten Vorräte in der seit 1976 bestehenden Lagerstätte werden auf etwa 110000 Tonnen geschätzt, berichtet die Zeitung „Königsberger Express“.

Im heute polnischen Teil der Frischen Nehrung wird zwischen den Ortschaften Pröbberau und Vogelansang quer durch die Landung ein Kanal gebaut. Er wird 1,3 Kilometer lang sein und 80 Meter breit und rund 190 Millionen Euro kosten.

Im heiteren Teil des Nachmittags las Helga Kukwa die amüsante Geschichte der Tilsiter Schriftstellerin Hannelore Patzelt-Hennig vom vertauschten Ehering des Onkels Karl. Erklärungsbedürftig war in ihrer folgenden Erzählung das Wort „Kissehl“, das wohl umgangssprachlich aus dem Litauischen kommt und einen gesäuerten, mehrfach gekochten Haferbrei mit Milch beschreibt. Aus „Bilderbuch meiner Jugend“ von Hermann Sudermann stammte die vorgelesene Geschichte vom Schlittschuhlaufen mit dessen Bruder.

Ebenfalls aus der Feder des Memelländer Dichters und Dramatikers war das Gedicht „An die Heimat“, das Ilse Klausen vortrug. Sie

hatte schon zu Beginn der Veranstaltung „Das Märchen vom strahlenden Monat Januar“ von Elke Bräunling rezitiert mit den Anfangsworten: „Ein neues Jahr beginnt und ein neuer Monat, der Januar, stellt sich vor.“

MECKLENBURG-VORPOMMERN
Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Parchim - An jedem dritten Donnerstag, 14.30 Uhr, Café Würfel, Scharnhorststraße 2: Treffen der Kreisgruppe. Gemütlicher Nachmittag, um über Erinnerungen zu sprechen, zu singen und zu lachen. Weitere Informationen: Charlotte Meyer, Kleine Kemnadenstraße 4, 19370 Parchim, Telefon (03871) 213545.

NIEDERSACHSEN
Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenu, Telefon (05901) 2968.

Oldenburg - Mittwoch, 13. Februar, 15 Uhr, Stadthotel, Hauptstraße 38-40, 26122 Oldenburg-Eversten: Versammlung mit einem Vortrag über „Die Jagd in Ostpreußen, einst und heute“ von Horst Buschalsky, Förster. Mitglieder und

Landsmannschaffl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 17

Schüttelrätsel

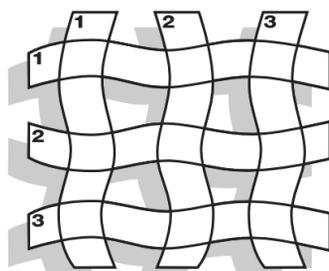
In diesem ungewöhnlichen Kreuzwörterrätsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

Table with 8 columns (ABDEGHLNNO, EOPR, INNOU, EENT, EIKLN, AELL, EHIM, ANSS) and 8 rows of letters for word search.

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelwort. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein anderes Wort für Denksportaufgabe.

Table with 7 rows and 2 columns of words: 1 KREUZ, 2 MEHL, 3 OBST, 4 AUTO, 5 PLAGE, 6 TALG, 7 OEL; BUCH, NEST, DOSE, POL, BAHN, FIEBER, STEUER



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 ein Fachhändler
2 handeln
3 französische Comicfigur

Large crossword puzzle grid with clues in German and English. Includes a 'So ist's richtig' section with a grid of letters.

Landmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

Freunde sind herzlich willkommen.

Osnabrück – Freitag, 15. Februar, 15 Uhr, Hotel Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43, 49080 Osnabrück: Frauengruppe.

Rinteln – Donnerstag, 14. Februar, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln (Navi: Bäckerstraße 1 oder Kreuzstraße): Ralf-Peter Wunderlich wird einen Vortrag „Friedrich der Große - Kurzporträt und geschichtliche Einordnung“ halten. Neben Mitgliedern und Freunden sind ebenfalls Angehörige und interessierte Gäste aus nah und fern herzlich willkommen. Für die Planung wird nach Möglichkeit um Anmeldung unter Telefon (05751) 5386 oder über rebuschat@web.de gebeten.

NORDRHEIN-
WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 bis 20 Uhr, GHH, Eichen-dorff-Saal: Chorproben mit Radostina Hristova. – Mittwoch, 15. Februar, 15.11 Uhr, Eichen-dorff-Saal, GHH: Karnevalsveranstaltung für alle Landmannschaften, Motto „Gemeinsam jeck“. Im Programm: Die Düsseldorf-Musikanten, Kinder aus dem Projekt „Pänz en de Bütt“, Vorträge aus eigenen Reihen. – Donnerstag, 21. Februar, 18 Uhr, Raum 412, GHH: Offenes Singen mit Marion Cals.

Köln – Mittwoch, 13. Februar, 14 Uhr, Café zum Königsforst, Endhaltestelle der KVB-Linie 9 Königsforst. Weitere Informationen bei Günter Donder, Halfengasse 23, 50735 Köln.

Münster – Die offene Frauengruppe der Ost- und Westpreußen Münster (Westf.) trifft sich jeden 2. Dienstag im Monat um 15 Uhr unter der gemeinsamen Leitung von Sabine Steinkat und Irmgard Bludau im historischen Lamber-tuszimmer des Restaurants Stuhl-macher, Prinzipalmarkt 67, Münster. Gäste sind herzlich willkommen.

Neuss – Jeden zweiten Mittwoch im Monat, von 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Frauengruppe.

Wesel – Sonnabend, 9. Februar, 15 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4: Jahreshauptversammlung der Landmannschaft Ostpreußen-Westpreußen Kreisgruppe Wesel, um Regen teilnahme wird gebeten.

Witten – Montag, 11. Februar, 15 Uhr, Evangelische Lutherische

Kreuzgemeinde Witten, Lutherstraße 6-10: Treffen mit folgenden Programmpunkten: Film, offenes Singen, Ostpreußischer Humor, natürlich Kaffee und Kuchen. Weitere Informationen bei Magdalena Pedyana, Telefon (0157) 34624018, oder Elisabeth Rohlf, Telefon (02302) 80957.

Wuppertal – Freitag, 10., bis Sonntag, 12. Mai: Fahrt zum LO-Jahrestreffen nach Wolfsburg und weiter nach Lüneburg. Ein möglicher Reiseablauf für mindestens 30 Personen: Drei Tage mit zwei Übernachtungen. Abfahrt Freitag 10. Mai morgens ab Wuppertal über Bad Nenndorf, hier ist der Besuch des Agnes Miegel Hauses möglich, weiter nach Wolfsburg. Sonnabend, 11. Mai, Fahrt zum Ostpreußentreffen, Congress Park Wolfsburg, Veranstaltungsdauer 10 bis 17 Uhr. Anschließend Busfahrt durch die Lüneburger Heide nach Lüneburg. Sonntag 12. Mai, Besuch des Ostpreußenmuseums in Lüneburg, dann Stadtrundfahrt oder Freizeit bis zur Heimreise 16 Uhr.

Weitere Informationen und Anmeldung bei Gerhard Scheer, Telefon (0202) 500077, oder Helga Piontek, Telefon (0202) 4698257.

SCHLESWIG-
HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Bad Schwartau – Donnerstag, 14. Februar, 14.30 Uhr, AWO: Treffen zum Thema „Ostpreußen lacht“, unsere Mitglieder gestalten den Nachmittag selbst. Geschichten, Anekdoten, Humorvolles und Ernstes aus dem Leben gegriffen in ostpreußischer Mundart vorge-tragen von Mitgliedern der LO.

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 12. Februar, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Vortrag über Agnes Miegel. Die Kulturreferentin der Landmannschaft Ost-, Westpreußen und Danzig Ina Naujok hält einen Vortrag über Agnes Miegel, liebevoll „Mutter Ostpreußen“ genannt. Sie wurde 1879 in Königs-berg/Pr. geboren, war Schriftstel-lerin, Journalistin und Balladen-dichterin, hat lange Jahre in Bad Nenndorf gelebt und gewirkt, wo sie 1964 auf dem dortigen Friedhof auch beerdigt wurde.

Gäste sind sehr herzlich willkommen.

Uetersen – Freitag, 8. Februar, 15 bis 17 Uhr, Haus Uetersen End, Kirchenstraße 7: Jahresversamm-lung und Erläuterung des Jahres-programms. Gemeinsames Kaffeetrinken. Joachim Rudat zeigt Dias über die Ostpreußen-Reise 2018.

Fehlerteufel: Herbert Tennigkeit wird die Feierstunde zu Agnes Miegels Geburtstag erst am 8. März mit einer Lesung berei-chern.

Vertrauensvolle Zusammenarbeit

Der Bund der Vertriebenen in Bayern beim Gesprächstermin mit Sylvia Stierstorfer

Am 30. Januar 2019 traf die Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene, Sylvia Stierstorfer, MdL, im Rahmen einer Vorstandssitzung des Bundes der Vertriebenen mit dem Landesvorstand Bayern und den Vorsitzen- den der in Bayern vertretenen Landmannschaften zusammen. Dabei betonten BdV-Landeschef Christian Knauer und die Beauftragte ihre hervorragende Zusammenar-beit, die sie weiter vertiefen wollen. Knauer lobte die Bayerische Staatsregierung als verlässlichen Partner, umso mehr als der Freistaat weit mehr für die Anlie-

gen der Vertriebenen und Aus-siedler eintrete als alle anderen Länder. Diese Wertschätzung zeige sich auch daran, dass man mit Sylvia Stierstorfer jetzt eine „Kümmerin“ habe, die sich mit viel Herzblut für die Heimatvertriebenen einsetze und als erfolgr-eiche Fürsprecherin ihrer Inter-essen wahrgenommen werde.

Die Versammelten waren sich einig, dass es der Schaffung eines Lehrstuhls für die Integration der deutschen Heimatvertriebenen in Bayern bedürfe und Einrichtungen wie das Schlesische Schau-fenster in Straubing und das Haus der Donauschwaben in Haar bei

München unbedingt erhalten werden müssten. Sie zeigten sich besorgt über die Situation der deutschen Minderheit in Ober-schlesien, die immer stärker unter Pressionen und Ressentiments zu leiden habe. Hier müsste auch die Bundesregierung ihren Ein-fluss zugunsten der Landsleute in Polen stärker geltend machen, um deren demokratischen Rechte zu gewährleisten.

Weitere Themen waren die bevorstehende Europawahl, der Wunsch nach einer Entbürokrati-sierung der Rahmenbedingungen für ehrenamtliche Arbeit und die Frage, ob Leistungen aus dem

Lastenausgleich mit einer möglichen Entschädigung durch die Herkunftsländer verrechnet werden müssten. Einig waren sich Stierstorfer, Knauer und die Anwesenden auch in ihrer Forde-rung, dass die Benachteiligung der Spätaussiedler bei der Rentenbemessung endlich überwun-den werden müsse. Abschließend ehrte Knauer die Vorsitzende der Landmannschaft der Baltendeutschen, Gertje Anton, für ihr lang-jähriges Engagement und ihre Verdienste mit der Silbernen Eh-rennadel des Bundes der Vertrie-benen.

Pia Lingner-Böld,
Landesgruppe Bayern e.V.



Setzen sich in Bayern für die Interessen von Vertriebenen ein: 1. Reihe von links nach rechts: Dr. Gotthard Schneider, BdV-Landesvorstand; Sylvia Stierstorfer, MdL, Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene; Christian Knauer, BdV-Landesvorsitzender; Gertje Anton, Vorsitzende Deutsch-Baltische Landmannschaft; Herta Daniel, Bundesvorsitzende Verband der Siebenbürger Sachsen; 2. Reihe: Josef Zellmeier, MdL, Vorsitzender Karpatendeutsche Landmannschaft Slowakei in Bayern, Vorsitzender des Haushaltsausschusses; Bernhard Fackelmann, BdV-Landesvorstand; Pia Lingner-Böld, Landmannschaft Ost- und Westpreußen; Dr. Alfred Lange, Vorsitzender Bund der Danziger; Alma Bitz, BdV-Landesvorstand; Paul Hansel, BdV-Landesvermögensverwalter; Damian Schwider, Vorsitzender Landmannschaft der Oberschlesier Bayern; 3. Reihe: Ernst Schroeder, Vorsitzender der Pommerschen Landmannschaft Bayern; Friedrich-Wilhelm Böld, BdV-Landesvorstand, Vorsitzender der Landmannschaft Ost- und Westpreußen; Andreas Schmalcz, BdV-Landesvorstand, Sudetendeutsche Landmannschaft; Georg Hodolitsch, Vorsitzender der Landmannschaft der Deutschen aus Ungarn; 4. Reihe: Dr. Sebastian Sparwasser, BdV-Landesgeschäftsführer; Peter-Dietmar Leber, Vorsitzender der Landmannschaft der Donauschwaben in Bayern

Bild: Geschäftsstelle der Beauftragten (Leicht-Angermann)

Das Kulturzentrum Ostpreußen im Westflügel des barocken Ellinger Deutschordensschlosses ist Dienstag bis Sonntag, 10 bis 12 Uhr und 13 bis 16 Uhr geöffnet. Schloßstraße 9, 91792 Ellingen/Bayern, Telefon (09141) 86440, Fax (09141) 864414, E-Mail: info@kulturzentrum-ostpreussen.de.

Kulturzentrum Ostpreußen

Noch bis Mai ist die Sonderausstellung Ermland und Masuren im Winter. Fotografien von Mieczyslaw Wieliczko und Andrzej Waszczuk zu sehen.

Neben dem Archiv und der Bibliothek gibt es ein museales „Schaufenster“ zur Landeskunde und Kulturgeschichte Ostpreußens. Dort sind ausgewählte The-

men anschaulich dargestellt: Darunter zum Beispiel das Bernsteinkabinett, das Königsberger Bürgerzimmer, Ostpreußen im Kartenbild, historische Jagdwaffen, Cadiner Majolika, die Geschichte der Salzburger Exulanten, ländliches Leben und Schaffen oder eine Gemäldegalerie.

Elmshorn – Mittwoch, 13. Februar: **Friesischer Abend** mit Bräuchen, Traditionen und Grünkohl. Während des „Friesischen Abends“ wird es ab 19 Uhr am Elmshorner „Forum Baltikum - Dittchenbühne“ um die „Traditionen und Bräuche der Nordfriesen“ gehen. Es referiert Professor Thomas Steensen vom Bredstedter „Nordfriisk Institut“ – kenntnisreich und interessant, wie auch schon bei den Vorträgen, die er in den Vorjahren an der Dittchenbühne gehalten hat.

Bikebrennen, Klootstock-Springen, Boßeln und die besondere Tracht der Friesen – das sind nur ein paar der Besonderheiten und Gewohnheiten der Friesen. Gerade in Nordfriesland sind solche Traditionen zahlreich und vielfältig. „Bräuche gibt es überall auf der Welt“, er-

Dittchenbühne

klärt Referent Steensen. Doch weil Nordfriesland selbst ein „Land der Vielfalt“ sei, gäbe es dort besonders viele Traditionen



Eine von vielen Nordfriesischen Traditionen: Das Bikebrennen

und Bräuche auf engstem Raum. Im Anschluss an den Vortrag serviert die Küche der Dittchenbühne den Teilnehmern ein Grünkohlessen – ein Gericht, das in Nordfriesland gern nach dem traditionellen Bikebrennen verzehrt wird und das bereits im Kostenbeitrag von 20 Euro pro Person eingeschlossen ist.

Um rechtzeitige Anmeldung wird gebeten beim „Forum Baltikum - Dittchenbühne“, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn, Telefon (04121) 89710, E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.

Informieren Sie sich auch über das **Bildungsreise-Programm**, das Touren von Tages-Ausflügen bis zur neuntägigen Reise bietet. Dabei geht es etwa an die Binnenelbe, ins Bernsteinland oder zum Bundestag nach Berlin.

Itzehoe – Donnerstag, 14. Februar, 15 bis 17 Uhr, Kirchenstraße 20, 25524 Itzehoe: Plattdeutsche Lesung mit Marianne Ehlers „Vun em un ehr – Ge-

Prinzeßmuseum

schichten vunde Leev“. Marianne Ehlers liest Liebesgeschichten auf Plattdeutsch vor. Bitte bis 13. Februar anmelden unter Telefon (04821) 64068.

Mein Lebensweg ist beendet

Edith Müller

geb. Hildebrandt

* 1923 Kampischkehmen † 2018 Unkenbach
bis 1944 Sommerkrug

Es trauern
Karl und Brigitte Müller

Hauptstraße 38, 67823 Unkenbach

Anzeige

Ursula Karusseit

Ihr Elbinger Herz schlägt nicht mehr

Im ehemaligen DDR-Regierungs-Krankenhaus in Berlin-Buch verstarb am 1. Februar die aus der Provinz Ostpreußen stammende Schauspielerin Ursula Karusseit mit einem Krebsleiden an Herzversagen.

Geboren als Tochter eines Lehrers am 2. August 1939 in Elbing im ostpreußischen Regierungsbezirk Westpreußen wuchs sie nach der Vertreibung im Mecklenburgischen Parchim und in Gera in Thüringen auf, durchlief eine kaufmännische Lehre, arbeitete als Stenotypistin und Sachbearbeiterin, wirkte aber nebenbei auch in der Laienkabarettgruppe ihres Betriebes mit. An der Staatlichen Schauspielschule in Berlin-Schöneweide erhielt sie dann 1960 bis 1962 ihre Ausbildung. Engagements bekam sie anschließend am Deutschen Theater in Ostberlin, am Maxim-Gorki-Theater und für viele Jahre eine Festanstellung im Ensemble der Berliner Volksbühne. In der Ära des Schweizer Regisseurs Benno Besson, der in den Jahren 1969 bis 1977 an Ostberliner Theatern arbeitete, feierte sie dort große Erfolge als Theaterschauspielerin. Sie heiratete den Regisseur 1969, der gemeinsame, 1967 geborene Sohn Pierre Besson ist ebenfalls Schauspieler. Ursula Karusseit glänzt vor allem in den Stücken „Der Drache“ nach Jewgenij Schwarz im „Deutschen Theater“

und in „Der gute Mensch von Sezuan“ nach Bertolt Brecht an der „Berliner Volksbühne“. Wenige Jahre vor dem Mauerfall war sie so berühmt, dass sie zahlreiche Engagements an westdeutschen Bühnen annehmen konnte, so 1986 in Bertolt Brechts Theaterstück über den Dreißigjährigen Krieg „Mutter Courage“ am Kölner Schauspielhaus.

Schon 1963 trat sie in DEFA-Filmen auf. Über die DDR-Grenzen hinaus berühmt wurde sie 1968 in der Rolle der „Gertrud Habersaat“ in der fünfteiligen Fernsehserie „Wege übers Land“, in der Manfred Krug die männliche Hauptrolle spielte. Auch in dem antifaschistischen Filmepos über die Widerstandsgruppe um Harro Schulze-Boysen „WKLK an PTX – Die Rote Kapelle“ spielte sie eine tragende Rolle. Insgesamt hat sie seit 1968 in 40 Filmen gemitt, davon wurden 20 in der DDR und 20 in Westdeutschland gedreht. In der ARD-Ärztserie „In aller Freundschaft“ hatte sie eine Festanstellung auf Lebenszeit und spielte seit 1998 die Kantineleiterin Charlotte Gauss.

Zuletzt lebte sie in Senzig südlich von Berlin. Sie war seit 1968 in zweiter Ehe mit ihrem langjährigen Lebensgefährten, den Beleuchtungstechniker Johannes Wegner verheiratet. Im März soll ihre Autobiografie „Zugabe“ erscheinen. *Jörg Bernhard Bilke*



Eine begnadete Schauspielerin: Ursula Karusseit

Bild: Imago

Ostpreußen – Ein Winterland

Im Winter hat jede Region ihren ganz eigenen Reiz

Landmann Horst Wolfgang Nienke fährt auch im Winter in das Land seiner Sehnsucht. Dank technischer Möglichkeiten

übermittelt er aktuelle Fotos von seiner derzeitigen Reise bei Neuschnee in Richtung Weidenau, wo einst eine große Mennonitenkir-

che in Adlig Prokaka stand, jetzt aber nur weiße Fläche zu sehen ist, und weiter nach Tilsit. Schon im letzten Jahr hat er sich mit einer Reisegesellschaft auf vergebliche Elchsuche begeben, aber gewann zauberhafte Aufnahmen und abenteuerliche Geschichten, wie zum Beispiel das Passieren mithilfe von Traktoren der Straße zwischen Heydekrug und Ruß, die von Oktober bis Februar überflutet ist. Bald soll hier eine Brücke entstehen. *CRS*



Kirche in Adlig Prokaka 2018



Mit Schneekrone: Der Elch in Tilsit

Bilder (6): Horst Wolfgang Nienke



Dem Erdboden gleich: Hier stand die Mennonitenkirche



Gute Fahrt: Sechs Traktoren mit PKW-Anhängern beförderten 2018 PKW über die überflutete Straße zwischen Heydekrug und Ruß



Aufs Glatteis begeben: Barbara Dawideit steht 2018 auf dem Haffeis in Haffwerder, nördlich von Labiau

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Die Unabhängigkeit aussitzen

143 Sitzgelegenheiten erinnern an 100 Jahre der polnischen Unabhängigkeit

Sie sind schlicht vom Design und erinnern an einen offenen, rot angeleuchteten Laptop, der auf einem weißen Sockel steht. Auf diesem weißen, rechteckigen Betonsockel ist das Wort niepodleglosc, zu Deutsch Unabhängigkeit, in der nachempfundenen Handschrift Marschall Pilsudskis groß eingegrast.

Diese Bänke, die in Parks und städtischen Grünflächen polenweit aufgestellt wurden, heißen „Unabhängigkeitsbänke“ und sollen nicht nur zum Verweilen animieren, sondern auch der nationalen Aufklärung dienen. Wer nämlich auf einer „Unabhängigkeitsbank“ Platz nimmt und auf an der Seite neben der Sitzfläche einen „Play-Button“ betätigt, wird in elektronischer Weise patriotisch berieselt. Es erklingt das Lied My, Pierwsza Brygada, übersetzt „Wir, die Erste Brigade“, eine Art Hymne der Polnischen Armee, die zum Beispiel am Tag des polnischen Militärs intoniert wird. 1914 als Lied der unter dem Kommando Josef Pilsudskis stehenden polnischen Legion

entstanden, fungierte zunächst unter den Soldaten in den ersten Jahren nach dem Ersten Weltkrieg als Quasi-Nationalhymne, denn der Mazurek Dabrowskiego wurde erst im Jahre 1927 als offizielle Nationalhymne eingeführt. 2007 wurde „Wir, die Erste Brigade“ offiziell zum Repräsentationsmarsch der Polnischen Armee ernannt.

Neben dem Militärmarsch erklingt aus dem Lautsprecher der „Unabhängigkeitsbank“ die Rede von Marschall Pilsudski, in der er Polens Unabhängigkeit erklärt. Daneben erfüllen die Bänke auch ganz profane Funktionen. Man kann dort sein Handy aufladen oder kostenlos im Internet surfen. Damit ist die Sitzgelegenheit im Grunde auch ein trojanisches Pferd, mit dem der Jugend Nation vermittelt wird.

In Ostpreußen findet man die zu einem Fünftel durch die Kommune finanzierten „Unabhängigkeitsbänke“, während den Rest das Verteidigungsministerium aus Warschau zuschießt, in Osterode in der Berg- beziehungsweise Kai-

serstraße (ul. Czarnieckiego) neben einem Obelisk zum 100. Jahrestag der Unabhängigkeit, in Bartenstein, Seeburg und Widmin-

entsprechende Erholung unter anderem in Striegau [Strzegom] vor dem Rathaus, in Langenbielau [Bielawa], in Frankenstein [Zab-



Nicht mehr lupenrein: Die Unabhängigkeitsbank im schlesischen Rosenberg zeigt deutliche Spuren der Umwelteinflüsse

nen. In Hinterpommern kann man sich in Belgard [Bialogard], Nöbenberg [Insko] und Kublank [Kobylanka] nationalbewusst ausruhen. Niederschlesier finden

kowice Slaskie], Reichenbach [Dzierzoniow], Lüben [Lubin], Bad Charlottenbrunn [Jedlina Zdroj] oder Bad Kudowa [Kudowa Zdroj].

Umgerechnet etwa eine Million Euro sind in die landesweite Bänkeaktion geflossen, pro Bank fallen Kosten von knapp 7000 Euro an. Auch wenn diese neue Form von Unabhängigkeitsdenkmälern sei, wie das Verteidigungsministerium via Twitter (@MON_GOV_PL) verlautbarte, so ist ihre Nachhaltigkeit in Polen nicht unumstritten. Vielerorts melden Internetnutzer, dass die weiße Sockelfarbe bereits bröckelt. Auch über das Design wird im Netz häufig geklagt. Die Antwort aus dem Ministerium gegenüber den Zweiflern, vom Ministerium mit einem Anglizismus „Hater“ benannt, lautet: „De gustibus non est disputandum [Über Geschmack streitet man nicht]. Wir erinnern daran, dass mehr als 200 Kommunen (unterschiedlicher politischer Couleur) aus ganz Polen diese Bänke beantragt haben“, so ein Tweet vom 29. Dezember.

Bereits Mitte 2018 ist im Verteidigungsministerium die Entschei-

dung für das Bänke-Projekt der Designerin Marta Rosiak aus Jaworzno gefallen, doch erst im Dezember wurde dieses durch Onlinekanäle linksliberaler Medien zu einem Politikum. Als nämlich eine „Unabhängigkeitsbank“ prominent postiert im königlichen Warschauer Lazinski-Park installiert wurde, ergoss sich über das Netz ein Shitstorm. Nicht wie eine Bank, sondern wie ein „Unabhängigkeits-Sarg“ würde die Bank aussehen, diese sei eine optische Beleidigung.

Anders als Deutsche vermuten dürften, wurde also auch von der linksliberalen Presse die historische Dimension als solche kaum kritisiert. Die Gazeta Wyborcza beschrieb das Projekt insgesamt als zu militaristisch. Befürworter loben die bislang landesweit aufgestellten 143 Bänke für ihre Nützlichkeit, denn durch das kostenlose Wi-Fi und QR-Codes könne der Verweilende seine Sicht auf die Geschichte schärfen. *Chris W. Wagner*

Erbaugleich zu Jasenitz und die Folgen für Pommern

Die Primogenitur beinhaltete in der mittelalterlichen Feudalverfassung bei der Erbfolge das Erstgeburtsrecht für den erstgeborenen Sohn. In vielen deutschen Territorialstaaten verhinderte die Anwendung der Primogenitur die weitere Zerstückelung des Besitzes. Es gab aber auch Landesherren, die bei mehreren Söhnen eine Teilung des Kleinstaates in noch kleinere Kleinstaaten zuließen. Als Paradebeispiel gilt hier die Praxis bei den ernestinischen Wettinern, die nach der verlorenen Schlacht bei Mühlberg im Schmalkaldischen Krieg die Kurwürde und den Hauptanteil ihres vorherigen Territoriums an die albertinischen Wettiner verloren und nur noch über Thüringen herrschten. Trotzdem entstanden wegen der Nichtbeachtung der Primogenitur in der Folge aus dem kleinen ernestinischen Besitz in Thüringen einige noch kleinere

Herzogtümer wie Sachsen-Weimar, Sachsen-Gotha, Sachsen-Altenburg und Sachsen-Meiningen, was die deutsche Kleinstaaterei zur Blüte brachte. In Pommern war es nicht ganz so schlimm wie in Thüringen. Doch auch die Greifen missachteten die Primogenitur. Nur selten gab es ein Herzogtum Pommern. Die Liste der Teilungen in zwei und drei pommerische Herzogtümer ist lang. Vor 550 Jahren gab es den Erbaugleich zu Jasenitz, der von Herzog Barnim IX. zugelassen wurde, die Teilung Pommerns in die Teilherzogtümer Pommern-Wolgast und Pommern-Stettin vorsah und in der Realisierung durch den Großhofmeister Ulrich von Schwerin koordiniert wurde.

Barnim IX. übernahm nach dem Tod seines Vaters gemeinsam mit seinem Bruder Georg die Regierung über das geeinte Herzogtum, wehrte sich erfolgreich gegen die

Ansprüche von Kurbrandenburg und erhielt das Territorium 1530 auf dem Reichstag zu Augsburg als Reichslehen. Doch nach dem Tod Georgs drängte dessen Sohn Philipp I. auf eine Teilung des Landes in Pommern-Wolgast und Pommern-Stettin. Das geschah noch recht einvernehmlich und brachte in der Folge auch gemeinsame politische Entscheidungen hervor bis hin zur einheitlichen lutherischen Kirchenordnung, die Johannes Bugenhagen ausarbeitete, und der Bildung eines pommerischen Pädagogiums, das in Stettin entstand. Dann aber starb auch Herzog Philipp I., der bis dahin über Pommern-Wolgast herrschte. Dessen noch minderjährige Söhne verlangten in der Folge eine weitere Teilung. Dazu kam, dass Herzog Barnim IX., der bis zur Volljährigkeit der Neffen neben der Herrschaft über Pommern-Stettin auch die Amtsgeschäfte über Pom-

mern-Wolgast führte, aus seiner Ehe mit Anna von Braunschweig-Lüneburg keinen männlichen Erben besaß. Damit stand faktisch nach dem Ableben von Barnim IX. ganz Pommern zur Disposition. Zur eigenen Söhnelosigkeit kam seine offenkundige Amtsmüdigkeit. Wäre Barnim IX. der Primogenitur gefolgt, hätte er dem ältesten Sohn Philipps das ganze Land ungeteilt vererben können. Doch dagegen revoltierten dessen vier Brüder. Alle wollten ihren Anteil. So kam es am 3. Februar 1569 zum Erbaugleich zu Jasenitz.

Jasenitz liegt am Westufer vom Papenwasser des Stettiner Haffs, rund 15 Kilometer nördlich von Stettin. Erstmals 1260 urkundlich erwähnt, hatte ein Augustinerchorherrenstift, das im Zuge der Reformation in den Besitz der Greifen gelangt war. Hier trafen sich die Räte von Herzog Barnim IX. und

die Unterhändler der Söhne von Philipp I. Anfang Februar 1569. Mittendrin Ulrich von Schwerin, der einflussreiche Großhofmeister von Pommern-Wolgast, der die Verhandlungen zum Vorteil der ältesten Söhne von Philipp I. führte und dabei auch die Beibehaltung seiner Machtstellung im Auge hatte. So kam es zum Jasenitzer Erbaugleich, der vorsah, dass Philipps Sohn Johann Friedrich Pommern-Stettin bekam und dessen Bruder Ernst Ludwig Pommern-Wolgast erhielt. Bogislaw XIII., der zweite Sohn Philipps, ließ sich mit den Ämtern Barth sowie Neuenkamp abfinden. Barnim X., als viertgeborener Sohn Philipps I., gab sich mit dem Amt Rügenwalde zufrieden. Kasimir, der fünfte Sohn Philipps, musste sich mit der Anwartschaft auf das Bistum Cammin begnügen. Barnim IX. hatte damit eine zumindest noch größere Zerstücke-

lung Pommerns verhindert. Er starb nach Regierungsabgabe an seinen Neffen Johann Friedrich im Jahr 1573. Danach legten seine Nachfolger in Stettin so richtig los.

Ulrich von Schwerin übernahm parallel die vollinhaltliche Umsetzung des Jasenitzer Erbaugleichs, blieb weiter der mächtige Strippenzieher Pommerns und rundete dabei seinen gewaltigen Besitz ab. Als Krönung ließ er sich die Festung Spantekow bauen. Dazu gab er den finanzschwachen Herzögen von Pommern und Mecklenburg Kredite. Herzog Johann Friedrich indes lebte auf großem Fuß und hinterließ bei seinem söhnelosen Tod 1600 ein verschuldetes Land, das dann der jüngere Bruder Barnim X. als Nachfolger übernahm, der die Schuldensuppe auslöffeln musste und sich mit Sparmaßnahmen unbeliebt machte.

Martin Stolzenau

Gründer des Städtischen Museums auf der Hakenterrasse

Dr. Heinrich Dohrn aus Braunschweig, Stadtrat in Stettin, Reichstagsabgeordneter und Wissenschaftler



Am 9. Januar 2019 stand ein Artikel über Dr. Heinrich Dohrn von Professor Biegel in der Braunschweiger Zeitung unter dem Titel: „Heinrich Dohrn, ein Braunschweiger Mäzen in Stettin“ Schon im Jahr 2005 erschien im Heft Spezial der Braunschweiger Zeitung über die 100 größten Braunschweiger ein Artikel von ihm, der Dr. Heinrich Dohrn an die 85. Stelle setzte. Die Überschrift hier: „Braunschweig als Vorbild für Stettin.“

Wissenschaftler Heinrich Dohrn gründete in seiner neuen Heimat das Städtische Museum“.

Gemeint ist das Städtische Museum auf der Hakenterrasse in Stettin.

Im September 2002 nahm Gerd Biegel in Stettin an der Feier zur Wiederherstellung des berühmten Colleoni-Reiterstandbildes, einer Kopie des bronzenen Reiters in Venedig von Andrea del Verrochio aus dem 15. Jahrhundert auf dem Lotnikow-Platz/Augusta-Platz teil.

Nach dem Krieg war der Reiter Colleoni nach Warschau transportiert worden. Die heutigen Stettiner holten ihn zurück, stellten ihn auf den Lotnikow Platz und spendeten eine Kopie der Kopie für Warschau.

Das Museum auf der Hakenterrasse hatte Dr. Heinrich Dohrn mit Hilfe der Stettiner Bürger erbauen lassen. Als Vorbild stand ihm das

Herzog-Anton-Ulrich-Museum in Braunschweig vor Augen. Das Museum wurde kurz vor seinem Tod am 23. Juni 1913 eröffnet. Bei der Eröffnung hielt er seine letzte Rede. Dr. Heinrich Dohrn starb während eines Urlaubes am 1. Oktober 1913 in Florenz. In der Kuppel des Gebäudes stand die von ihm gespendete Reiterfigur des Colleoni mit einer Moses Figur, gestiftet von dem Zementfabrikanten Toepfer.

Während einer Dohrn-Tour 2015 durch Szczecin/Stettin mit Stettin-Hökendorfern entdeckten die Heimatfreunde auf einer Informationstafel des Reiterstandbildes, dass die Polen fälschlich den Zementfabrikanten Toepfer als Stifter des Colleoni nennen.

Dr. Heinrich Dohrn wurde 1838 in Braunschweig geboren. Er war der älteste Bruder des bekannten

Zoologen Anton Dohrn, über den Professor Heuß in den 1930er Jahren eine Biographie schrieb. Anton Dohrn erbaute die Zoologische Station Neapel, ein Unterwasseraquarium, das noch heute von vielen frei arbeitenden Wissenschaftlern genutzt wird.

Der gebürtige Braunschweiger wohnte später in Hökendorf, Kreis Greifenhagen, auf dem Familiengut der Dohrns. Dieses Gut lag 10 Kilometer von Stettin entfernt. Der Ort wurde vor dem 2. Weltkrieg zu Stettin eingemeindet. Heute befindet sich an der Ruine des Gutskuhstalles in Hökendorf/Kleskowo eine Informationstafel, die in Polnisch und Deutsch Auskunft über die berühmte Dohrnfamilie gibt. Das Gutshaus wurde Ende des Krieges zerstört.

Brigitte Kleszczewski



Dr. Heinrich Dohrn

Bild links: Die Stettin-Hökendorfer am Colleoni-Denkmal

Germanica des 16. Jahrhunderts in Łódź und Gießen

Abschluß einer dreijährigen Forschungsarbeit – die Aufarbeitung des 17. und 18. Jahrhunderts wartet

Mehr als 70 Jahre nach dem Ende des WK II, der die Landkarte Europas neu schrieb und für die Deutschen aus Pommern, Ostpreußen, Schlesien usw. den Verlust der Heimat bedeutete, sind die Menschen, denen diese Gebiete lange angestammte Heimat waren, stets daran interessiert, über den Verbleib von Sammlungen, Bibliotheken usw. zu erfahren, bzw. selbst zu forschen. Es gilt ein Erbe zu bewahren, ganz gleich, wo sich diese Exponate jetzt befinden, wichtig ist dabei, dass sie überhaupt erhalten sind, das ist nämlich bei einem großen Teil des früheren Bestandes nicht so.

Museen wie das Pommerische Landesmuseum in Greifswald, das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg, das Ostpreußische Kulturzentrum im Deutschordensschloss Ellingen und das Oberschlesische Landesmuseum in Ratingen u.v.m. sind die übergeordneten Einrichtungen, in denen das Erbe erhalten und gepflegt wird. Dazu zahlreiche Museen der Heimatkreise sowie große und spezielle Bibliotheken, die ihren Beitrag zum Erhalt der Geschichte und zum Zwecke der Forschung leisten. Auch Historische Arbeitskreise der einzelnen Bezirke sind und leisten interessante Beiträge.

Längst hat sich eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Museen und Bibliotheken ergeben und es kann auch festgestellt werden, dass seit Jahren die Bevölkerung in den einstmaligen deutschen Gebieten reges Interesse an der Geschichte des Landes zeigt. Das gilt besonders für den russischen Teil Ostpreußens.

Deshalb ist es spannend und interessant zugleich, dass in Zusammenarbeit zwischen der Universitätsbibliothek Łódź und der Justus-Liebig-Universität Gießen dieses dreijährige Kooperationsprojekts, das der Katalogisierung der Germanica des 16. Jahrhunderts in Łódź diene, zustande kam. Die Ausstellung bildet den Abschluss des Projekts.

Rund 1.300 deutschsprachige Frühdrucke aus dem 16. Jahrhundert lagern in der UB Łódź. Das würde man in einer Bibliothek, die erst 1945 gegründet worden ist, nicht unbedingt erwarten. Den Grundstock der mit Ende des Zweiten Weltkriegs gegründeten Universitätsbibliothek Łódź bildeten gerettete Reste der ehemaligen Sammlungen preußischer, schlesischer und pommerischer Adels-, Schul- oder Privatbibliotheken, zudem Teile der kriegsbedingt auf (später) polnischem Territorium ausgelagerten

Buchbestände deutscher Bibliotheken. Im Rahmen eines knapp dreijährigen Kooperationsprojekts zwischen den Partneruniversitäten Łódź und Gießen, geleitet von den beiden Germanistikprofessorinnen Cora Dieltl (Gießen) und Małgorzata Kubisiak, finanziert durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien und durch die Universität Łódź sowie unterstützt durch das Partnerschaftsprogramm zwischen Gießen und Łódź, sind die Germanica des 16. Jahrhunderts aus Łódź erstmals systematisch erfasst worden.

In der Pressemitteilung der Universität Gießen liest man: *Die Projektarbeit förderte nicht nur Drucke zutage, die bislang nicht bekannt waren oder die nur selten überliefert sind, sondern sie öffnete einen ganzen Kosmos der Buchgeschichte. Jeder einzelne Band erzählt eine Geschichte, die weit über die in ihm enthaltenen Texte hinausgeht: Die Bücher tragen Spuren ihrer früheren Besitzer (darunter so bekannte wie der Reformator Johannes Bugenhagen) und der wechselnden Interessen an Texten und an Buchbesitz. Anhand der Einbände und Buchbindereinheiten, der Besitzereinträge, vor allem aber der Annotationen lassen sich die Wege der Bücher nachvollziehen: Sie überschritten konfessionelle, po-*

litische und kulturelle Grenzen und durchlitten wirtschaftliche Veränderungen, Säkularisierungswellen und Kriege; sie wurden aus Sammlungen herausgerissen und in neue Sammlungen eingegliedert. Die Kommentare in den Bänden reichen von polemischen Kommentaren über Ergänzungen und Interpretationen des Angedeuteten, über Querbezüge zu zeitgenössischen Ereignissen, über Heilrezepte gegen die Gichtleiden eines Lesers bis hin zu philologischen Kommentaren.

Die Ausstellung verleiht einen Eindruck von den vielfältigen Erkenntnissen und Fragestellungen, die sich aus der Katalogisierungsarbeit ergeben haben. Sie beginnt mit der Geschichte der UB und einer Darstellung der wichtigsten Sammlungen, in denen sich die Bücher früher befanden, sie zeichnet die Wege einzelner Bücher nach und endet mit der Präsentation ausgefallener Bücher.

Bücher aus der einstmaligen größten Privatbibliothek Pommerns, aus dem Schloss der Familie von Bismarck-Osten in Plathe befinden sich im Bestand in Łódź und das außergewöhnliche dabei ist, dass ein Familienmitglied der Familie, nämlich PD Dr. Vanessa de Senarclens (HU Berlin), Ehefrau

des Enkels des letzten Besitzers, an der Forschungsarbeit maßgeblich beteiligt war.

Weiterhin wird auch u.a. die Bibliothek Peter von Kamekes beschrieben.

In den Eröffnungsreden zur Ausstellung wurde angemerkt, dass die die nun schon seit 40 Jahren bestehende Zusammenarbeit durch diese weitere Facette bereichert wurde. Die Erfahrungen der Gießener Germanisten mit interdisziplinären Projekten sei dabei hervorgehoben. Prof. Cora Dieltl, Gießen, machte bewusst, dass das Projekt an ein dunkles Kapitel der deutsch-polnischen Geschichte rührt.

Die am 28. Januar 2019 in Gießen eröffnete Ausstellung ist noch bis zum 28. Februar 2019 während der Öffnungszeiten der UB zu sehen: Montag bis Sonntag von 7.30 bis 23 Uhr im Ausstellungsraum der UB Gießen, Otto-Behagel-Straße 8, 35394 Gießen.

Brigitte Stramm



Der Ausstellungskatalog kann hier bestellt werden:
anna.rodak@lexicon.net.pl
(Buchhandlung Lexicon, Warschau)
Er kostet incl. Porto ca. 20,00 €
Weitere Information und Inhaltsverzeichnis: <https://wydawnictwo.uni.lodz.pl/produkt/unbekannteschatz-nieznaneskarby/>
Von dort erfolgt allerdings KEIN Versand nach Deutschland

Verarmungs-Plan

Zu: „Eine Geschichte von Lug und Trug“ (Nr. 1)

Das Interview mit Otto Teufel sollte betroffenen Bürgern in diesem Lande, die ansonsten mit Lügen und bestenfalls Halbwahrheiten zugemüllt werden, als Flugschrift zugestellt werden.

Dabei wurde eine Belastung, die die Versicherten in der Zukunft noch besonders und im steigenden Maße treffen wird, gar nicht erwähnt: Es ist die gangsterhafte Besteuerung der Renten. Sie ist dafür verantwortlich, dass schon jetzt die Nettorenten in diesem Lande zusammengestrichen werden. Ja, dass der Rentner gar nicht mehr aktuell sagen kann, welche Rente er überhaupt bekommt, da die Berechnungen der Finanzämter rückwirkend zu entsprechenden Nachzahlungen führen. Eine Praxis, die der betroffene Rentempfänger den – gelinde gesagt – unsozialen Beschlüssen einer rot-grünen Regierung des heutigen Oligarchen Schröder zu „verdanken“ hat.

Der Plan der Verarmung der Rentner war ins Leben gerufen worden und kaum einer hatte es bemerkt.

Manfred Kristen,
Freital

Gereimte Kette

Zu: Friedhöfe gegen das Vergessen (Nr. 47)

Als Foto veröffentlichten Sie einen Vierzeiler auf der Frieda-Jung-Bank im Poesie-Park des Soldatenfriedhofs Insterburg. Allerdings werden ihn die meisten Leser so nicht verstehen können, daher sende ich Ihnen nun eine freie Übersetzung aus dem Russischen als Versuch einer Nachdichtung.

„All das, was einstmal dir und mir gegeben, / all das, was je versagt war uns im Leben, / all das, was schon von mir und dir geredet, / ist hier zu einer Kette festgeschmiedet.“

Dietrich Schwarz,
Oelde

Keine Angst vor einem Brexit

Zu: EU gleitet in den Niedergang (Nr. 3)

Der polnische Außenminister Jacek Czaputowicz ist bereit, den Briten entgegenzukommen, die den bis jetzt von der EU verlangten Backstop nie akzeptieren werden. Er schlägt vor, dass Großbritannien für fünf Jahre – nicht mehr! – noch in der Zollunion verbleibt, sodass am 29. März kein scharfer Bruch zwischen Nordirland und Irland stattfinden wird. Großbritannien wird so keinen Fuß auf die „Barnier“-Treppe – schon dieser Name wirkt aggressiv – setzen müssen: Es wird mit der EU einen Freihandelsvertrag aushandeln.

Rumänien, das aktuell den EU-Vorsitz innehat, hatte sich zuvor bereits ähnlich geäußert und sich offen für Änderungen an der Brexit-Vereinbarung mit Großbritannien gezeigt. Das Nein der britischen Abgeordneten zum Trennungsabkommen sei „absolut nachvollziehbar“, weil der Vertrag das Vereinigte Königreich „auf den Status einer Handelskolonie herabstufen würde“, sagte der Ifo-Handelsforscher Gabriel Felbermayr im Gespräch mit einer deutschen Zeitung.

Deutschland ist – entgegen dem von oben inszenierten Medienschrei – gut beraten, diesen Vorschlag aufzunehmen und in der



Heizt höchstens etwas die Luft auf, bläst aber keinen Dreck in die Atmosphäre: Aus den Kühltürmen der Kernkraftwerke strömt heißer Wasserdampf, aber auch damit soll es bis 2022 in Deutschland vorbei sein

Bild: Imago

Das marode Bildungssystem kriegt man nur zentral in den Griff

Zu: Rohstoff Geist? (Nr. 49)

Mit Sicherheit hat der Autor mit dem Hinweis auf eine Grundgesetzänderung (bezüglich des Digitalpakts für Schulen, d. Red.) zu diesem Thema recht.

In der Sache möchte ich aber vehement widersprechen. Wenn es in einem Jahrgang über 60 verschiedene Geschichtsbücher gibt und mir auf einer Elternversammlung mitgeteilt wird, Physik in der siebten Klasse sei unwichtig, weil in der elften alles noch einmal kommt, wenn im halben Jahr knapp 30 Stunden ausfallen und 50 Mathematikstunden generell aus der Stundentafel gestrichen wurden, geht mir der Hut hoch.

Wenn ein Abitur nicht in allen Bundesländern anerkannt wird, weil es unter einem bestimmten Leistungsniveau ist, kann das wohl kaum ein Elternteil gutheißen. Landesregierungswechsel heißt für Lehrer und Schüler in der Regel, mal wieder etwas anderes auszuprobieren.

Wenn der Föderalismus in den Bundesländern klappen würde, hätte sich der Bund nicht einzumischen brauchen, um die Digitalisierung in den Schulen mit durchzusetzen. In der Deutschlandfunksendung „Campus und Karriere“ war zu hören, dass es an der Arroganz, an der Angst um den persönlichen Machtverlust der Kultusgötter geht, die aus die-

sem Grunde auf den Föderalismus pochen.

Dass in einigen Fächern bundesweit schon eine Zusammenarbeit durchgesetzt wurde, straft die Föderalismusanhänger ohnehin schon Lügen. Das Diktat der Alliierten, nie wieder in Deutschland eine Zentralmacht aufkommen zu lassen, mag ja richtig sein. Im Bildungswesen und in der Polizeistruktur ist es tödlich.

Letzteres im wahrsten Sinne des Wortes. Wenn Betriebssysteme nicht kompatibel sind und der Machtdünkel eine sinnvolle Zusammenarbeit verhindert, reiben sich die Straftäter die Hände.

Ein gleicher Lehrplan für alle Bundesländer bis zum Abitur

macht aus meiner Sicht Sinn. Die Kultusministerkonferenz sollte dazu genutzt werden, das Beste zusammenzutragen und Neues einfließen zu lassen. Dann hätten wir etwas gekonnt. Dass Geschichte die Anrainerländer mitbehandelt und dass Universitäten und Hochschulen mit der Industrie zusammenarbeiten, kann ja von jedem Kultusminister eingebracht werden. Aber bis zum Abi wäre ein gleicher Lehrplan für alle von Vorteil.

Ich glaube, es gibt Geschichtsbücher, in denen man immer noch ein geteiltes Deutschland vorfindet. Über eine zentral festgelegte Pädagogik könnte man auch der Verwahrlosung an den

Manipuliertes Volk

Zu: Der Normalverbraucher zahlt die Veranstaltung (Nr. 51/52)

Ein sehr informativer Artikel. Endlich werden die Tatsachen mal beim Namen genannt und veröffentlicht. Ich wundere mich schon lange, dass Fachleute schweigen, obwohl diese es besser wissen müssen.

Zur Ergänzung möchte ich noch einiges hinzufügen. Kohlendioxid (CO₂) ist anderthalb mal schwerer als Luft. Deshalb befindet es sich im bodennahen Bereich zu 0,3 Prozent Luftanteil. Durch Verwirbelung sind es in höheren Schichten 0,03 bis 0,04 Prozent. Durch Assimilation und Photosynthese bleiben diese Werte im Prinzip konstant. Kohlendioxid ist zwar ein guter Wärmespeicher, aber Wasserdampf ist fast gleichwertig. Diese Fakten sind in jedem Lehrbuch der „Anorganischen Chemie“ nachzulesen.

Statt den Bürgern Märchen vorzugaukeln, sollte man lieber nach den wahren Ursachen des Klimawandels forschen. Aber darauf legt man von offizieller Seite wohl keinen Wert, denn je blöder ein Volk, desto besser lässt es sich manipulieren.

Rosemarie Grau,
Berlin

Schulen entgegenwirken. Ein bisschen Disziplin erlernt man schon, wenn das Einmaleins beherrscht wird, man zu einer leserlichen Handschrift herangeführt wird und des fließenden Lesens mächtig ist.

Um gut dazustehen, wird vieles von den Kultusministern nur selten erwähnt oder gänzlich unterdrückt. Wie zum Beispiel die Gewalt, die schon in den Grundschulen beginnt, oder dass man nicht mehr ohne „Intensivpädagogische Einrichtungen“ (Kinderstrafanstalten) auskommt.

Unser marodes Bildungswesen ist nur zentral in den Griff zu bekommen.

Peter Karstens,
Eckernförde

Schwarzer Tag statt Sternstunde der Demokratie

Zu: So geht Weltregierung (Nr. 48)

Der 29. November wird zu einem schwarzen Tag für unsere Demokratie werden. Nachdem wir es über drei Jahre irgendwie aushalten mussten, dass Frau Merkel mit Unterstützung ihrer „auf Linie gebrachten“ CDU, der SPD, der „Linken“ und „Grünen“ diese unverantwortliche, internationale wie nationales Recht brechende „Migrationspolitik“ geradezu hemmungslos bis auf den heutigen Tag durchsetzte, wollte sie sich dafür offenkundig im Bundestag die „Absolution“ erteilen lassen.

Hatte man zunächst versucht, das gesamte Thema „Migrationspakt“ trotz aller seit dem Herbst 2015 vorliegenden Erfahrungen erneut hinter dem Rücken des Volkes „durchzuziehen“, so wurde man dieses Mal rechtzeitig erappt und die Angelegenheit öffentlich wahrnehmbar. Fraglos ein Verdienst der AfD. Doch der darf ja kein Erfolg beschieden sein. Also wird diese mit einem Antrag der Regierungskoalition in ihre Schranken verwiesen.

Doch ist das auch gelungen? Nein! Wenn man das Ergebnis neutral betrachtet, ergibt sich eine völlig andere Wertung: eine krachende Niederlage Merkels und ihrer Helfer.

Warum Niederlage? Bei 666 anwesenden Mitgliedern des Bundestages haben bei der Abstimmung um den Migrationspakt eben 372 mit Ja votiert, das sind gerade einmal 55,86 Prozent. Hingegen haben 153 mit Nein gestimmt, und 141 enthielten sich. Dies darf man ohne Weiteres zu-

sammenfassen, weil sie unter der Sichtweise „nicht zugestimmt“ gemeinsam Merkel die Gefolgschaft verweigerten. Das sind 294 Abgeordnete, gleich 44,14 Prozent mit fast 200 Nein-Stimmen/Enthaltungen, die nicht von der AfD herrühren.

Wenn man bedenkt, dass auf die nicht zur AfD gehörenden Abgeordneten ein enormer Druck zur „Loyalität“ zur Regierung und zum „Kampf gegen die AfD“ gelaftet hat, dann ist das Ergebnis von 44,14 Prozent „Nicht-Gefolgschaft“ schon fast historisch zu nennen, ja eine „Sternstunde“ der Demokratie.

Merkel hat in den zurückliegenden Jahren nicht nur die gesamte deutsche Gesellschaft gespalten, nein, auch Europa, deren „ungekrönte Königin“ sie zu sein glaubt. Sie hat ihre eigene Partei gespalten, vielen verdienten Mitgliedern die angestammte politische Heimat genommen. Nun hat sie auch das Parlament gespalten.

Wenn wir davon ausgehen, dass wir rund 80 Millionen Bürger im Lande zählen, die im Augenblick der Abstimmung von 666 Abgeordneten repräsentiert wurden, dann befindet sich hinter den 44,14 Prozent, die Merkel nicht folgten, nicht weniger als ein Anteil unseres Volkes von über 35 Millionen Menschen.

Wir leben in einer repräsentativen, parlamentarischen Demokratie. Trotz aller Einwirkungen und Beschwichtigungsversuche haben 294 Abgeordnete, die 35 Millionen Bürger vertreten, diesem unseligen Pakt die Zustimmung verweigert. Andere haben sie nur mit Bedenken und deshalb erteilt,

weil diesem dilettantischen, aber gefährlichen Werk eine sechsseitige Erklärung hinzugegeben wurde. Diese ist im Zweifel ohne Bedeutung, weil nur der „Pakt“ gelten wird. Die Ablehnung im Volk ist bekanntlich wesentlich höher.

Wie aber gehen nun Merkel und ihre Gefolgsleute mit dieser furchtbaren Niederlage für ihre Politik um? Einen Moment innehalten, noch einmal nachdenken und in Ruhe prüfen? Wer irgendeinen Passus aus dem Grundgesetz ändern will, bedarf einer Zweidrittelmehrheit. Wer aber einen internationalen Vertrag mit einer solch unabsehbaren, weitreichenden Konsequenz für unser Land unterzeichnen will, bedarf dieser nicht? Es wäre politisch einfach anständig, bei diesem Abstimmungsergebnis und der im Übrigen bekannten Ablehnung im Volk dieses Thema zumindest vorerst auszusetzen und einer breiten Debatte in der Öffentlichkeit und sorgfältiger Prüfung zu unterziehen.

Wir werden erleben, dass Merkel das rigoros und – wie ich meine – undemokratisch einfach durchziehen wird. Aus der „Sternstunde“ der Demokratie wird sie einen „schwarzen Tag“ machen. Sie schadet so ein weiteres Mal dem eigenen Volk und der Demokratie.

Norbert Bury,
Wandlitz

Suche nach einem Ausweg

Aus sogenannten Escape-Rooms zu fliehen ist zum beliebten Detektivspiel geworden – In Polen kam es dabei zu einer Tragödie

Anfang Januar kam es in Köslin [Koszalin] zu einem tragischen Unglück. Fünf Teenager starben in einem sogenannten Escape-Room, nachdem in einem Nebenraum ein Feuer ausgebrochen war. Eines der 15-jährigen Mädchen hatte Geburtstag und sich mit Freundinnen für ein Fluchtspiel freiwillig in einen Raum einsperren lassen, bei dem dann der Fluchtweg versperrt war.

Dass der Besuch der jungen Polinnen in dem Escape-Room, zu Deutsch: Flucht-Raum, in einer Katastrophe endete, ist tragisch. Doch was bewegt Menschen überhaupt dazu, sich mit einer kleinen Gruppe in einem Raum einschließen zu lassen, um in einer vorgegebenen Zeit Aufgaben zu lösen, weil man nur so aus dem Raum entkommen kann?

Was nach einem Horror-Szenario klingt, ist ein beliebtes modernes Freizeitvergnügen. Die Aufgabenstellungen lauten unterschiedlich: Mal ist es das Ziel, eine Bombe zu entschärfen, mal eine vermisste Person, ein weltretendes Serum oder ein verlorenes Amulett zu finden. Immer geht es darum, eine Fülle an Rätseln zu lösen, Detektiv zu spielen und die gefundenen Antworten zu einem Puzzle zusammenzufügen, die die Lösung bringen.

Wie das aussieht? In einem dunklen Raum werden von den Mitspielern die Wände nach Geheimverstecken abgetastet, mit der Taschenlampe jeder Zentimeter von Gegenständen untersucht, Codes müssen entschlüsselt, Notizen und Hinweise gefunden werden. Und um sich für diese Erfahrung gehörig unter Zeitdruck setzen zu lassen – oft stehen nur ein oder zwei Stunden zur Verfügung, zahlt der Teilnehmer auch noch Geld. Von 20 Euro an aufwärts muss der Rätselfreund zahlen, viele Anbieter nehmen 35 Euro pro Person.

Diese Art von Spielen kommt offensichtlich bei den Menschen gut an. Warum, weiß Psychologe Sören Al Roubaie: „Escape-Rooms sind in ihrer Konzeption Labyrinth nachempfunden, wie sie in der Online-Welt beliebt sind. Spiele dieser Art rufen folgende Emotionen in uns hervor: Freude,

Die Teilnehmer erfreuen sich meist an folgenden Phänomenen: Teamarbeit, positiver Stress, realistische Inhalte, Aufgaben und Rätsel. Der Nervenkitzel wird durch den Zeitfaktor ebenfalls begünstigt. Die Teilnehmer erfahren den Leistungsdruck, in dieser Zeit alle Aufgaben und Rätsel

Zustand versetzen, dies ist ein Zustand intensiven Vertiefens und Erlebens, wie ihn Künstler oder Sportler in dem oft beschriebenen „Tunnel“ erleben, wenn sie völlig auf ihre Aufgabe konzentriert sind. Nach dieser Flow-Erfahrung ist der Mensch euphorisiert. Dieses Gefühl ist die beste

geschlossen wird der Raum gar nicht unbedingt, es wird aber vorgegaukelt, dass dies der Fall sei – inzwischen in vielen Städten Europas: Amsterdam, Prag, Stockholm, Berlin, Hamburg, München, allein in Köln gibt es mindestens fünf Escape-Rooms. Derzeit sind in 89 deutschen Städten 205 „Live

sind. Hier gibt es mehr als 100 verschiedene Spielvarianten, die von mindestens 60 Anbietern unter anderem in leerstehenden Kellergewölben angeboten werden. In Japan sollen bereits 2007 die ersten Escape-Games für Begeisterung gesorgt haben.

„Die Escape-Rooms haben großes Potenzial, denn sie sind die idealen Veranstaltungen für Teambuildingprozesse“, erläutert Al Roubaie den Trend, dass immer mehr Unternehmen Mitarbeiter in Escape-Rooms schicken. „Es gibt einige Unternehmen, die bei ihren internen Trainings auch mal die Möglichkeit eines Escape-Rooms testen und damit zufrieden sind. Dadurch, dass die Aufgaben gemeinschaftlich gelöst werden können und auch manchmal müssen, ist es auch bei größeren Teams bis zehn Personen immer möglich, die eigene Gruppendynamik zu analysieren und zu verbessern.“

Förderlich sind deswegen die Rätsel, der Zeitfaktor und die Dynamik, da die Teilnehmer in der wenigen Zeit effizient und effektiv kommunizieren müssen, um rechtzeitig fertig zu werden und das Ziel zu erreichen. Probleme entstehen meist dann, wenn Teilnehmer eine dysfunktionale Kommunikation haben und der „Angst“-Faktor für einzelne Teilnehmer zu belastend ist. Allgemein schreckhaften Menschen oder Menschen mit Angststörungen, Klaustrophobie und starken Angstgefühlen kann die Teilnahme an Escape-Rooms ohne professionelle psychologische Begleitung nicht empfohlen werden.

Nach der Tragödie in Polen wird man die Sicherheitsbestimmungen für solche Spielzimmer sicherlich verstärken. Die Veranstalter müssen für reale Fluchtmöglichkeiten aus solchen Räumen sorgen, die sonst ihrem Namen Escape-Room nicht gerecht werden. *Stephanie Sieckmann*



Wo ist der Türschlüssel versteckt? Eingespernte Teilnehmer eines Escape-Rooms gehen Hinweisen nach dem Versteck nach Bild: Imago

Spannung, Interesse, Angst, Spaß. Je nachdem wie gut diese Spiele gemacht sind, sorgen sie dafür, dass bei den Spielern Neurotransmitter wie Endorphin oder Adrenalin ausgeschüttet werden, je nach Spielintensität. Diese Prinzipien greifen ebenfalls bei der ‚realen Version‘ des Escape-Rooms.

lösen zu müssen. Tatsächlich kann ein Escape-Room bei Teilnehmern Nervenkitzel und ähnliche Emotionen hervorrufen, wie es bei manchen Extremsportarten der Fall ist.“

Zeitdruck und realistische Raumgestaltung können die Teilnehmer zudem in einen Flow-

Belohnung. Das Problem dabei ist: Diese Wirkung hat das Spiel nur beim ersten Mal. Der erneute Besuch im Escape-Room wirkt nicht mehr euphorisierend, da die Lösungen bekannt sind.

Zum Glück gibt es das Abenteuer für die Flow-Süchtigen unter kontrollierten Bedingungen – ab-

Escape Game“-Anbieter mit 422 Spielräumen registriert. Die Räume sind häufig Wochen im Voraus ausgebucht.

Noch mehr Möglichkeiten stehen den Freunden der Escape-Spiele in Budapest zur Verfügung, wo bereits 2011 die ersten dieser Detektiv-Spielplätze entstanden

Voll krass

Jugendsprache ist ideenreich. Aber warum sprechen wir gern albern?

Seit 2008 wird das Jugendwort des Jahres gekürt. Das brachte dann solche Ausdrücke wie „Gammelfleischparty“ für Ü30-Feiern, „hartzten“ für herumgammeln oder „Smombie“ für Smartphone-Zombies, also Leuten, die ständig an ihrem Mobilfunkgerät herumfummeln, auf die vorderen Plätze.

Das Thema Jugendsprache wäre eigentlich ein alter Hut. Jeder kennt die Entwicklungsschritte des eigenen Lebenslaufs, mancher erinnert sich zurück an die Fachbegriffe auf Schulhöfen und innerhalb des jugendlichen Freundeskreises. Zum Wandel des Sprachgebrauchs kommen katastrophale Rechtschreibkenntnisse der heutigen Jugendlichen.

Der Begriff Jugendsprache bezeichnet ja zunächst Sprechweisen und sprachliche Merkmale, die von Jugendlichen verwendet wurden. Das kann vieles sein, es gab und gibt Jugendsprache aus gebildetem, proletarischem, subversivem wie auch angepasstem Umfeld. Daher gibt es nicht „die“ Jugendsprache, wenngleich der Begriff die Gesamtheit des jugendnahen Sprachgebrauchs zu umklammern scheint.

Gegenüber früher ist die heutige Jugendsprache wahrscheinlich deutlich vielfältiger und wird von mehr Benutzern getragen, sie ist daher näher an einem Standard, als dies früher der Fall gewesen ist. In der Sprachwissenschaft gilt

sie als komplexe Varietät der Standardsprache oder als Sprechstil jugendlicher Gruppen.

Zu ihren Unveränderlichkeiten gehören Übertreibungen und Intensivierungen, Humor, Ironie und Spiel, Expressivität und Emotionalität, was den Wunsch einschließt, durch besonders originelle Schöpfungen seinem Geltungsbedürfnis Rechnung zu tragen. Sucht man nach Beispielen, stellt man schnell fest, dass diejenigen Wörter oder Sprachmuster, die es zur Allgemeingebräuchlichkeit bringen, durchgehend originell und witzig sind.

Gegenüber früheren Zeiten ist an der heutigen Jugendsprache feststellbar, dass sie sich mit ein schärfer abgegrenzten Gruppensprachen (Drogenmilieu, Soldaten oder Szenesprache) zunehmend vermischt, mindestens aber viele Elemente austauscht. Jugendsprache beinhaltet vielerlei Äußerungsformen, die sich in der jeweiligen Gruppe herausbilden und somit unter verschiedenen Bedingungen auch unterschiedliche Formen annehmen.

Zur Abgrenzung gegenüber den Erwachsenen und zur Festigung des eigenen Zugehörigkeitsgefühls kommen laut Wikipedia weitere Funktionen hinzu: „die Identitätsfindung in der Auseinandersetzung mit Rollen- und Statuszuschreibungen durch die gesellschaftliche Norm, die konspirative Funktion, die emotional-

expressive Funktion, aber auch die Benennungsfunktion von Realien, die im Rahmen jugendlicher Lebenswelten existieren“.

Ein wesentliches Merkmal der Jugendsprache ist die Kurzlebigkeit ihrer Ausdrücke, die einander oft in bunter Folge ersetzen. Was davon nicht wegen Übertreibung oder Nutzlosigkeit auf der Sprachmülldeponie gelandet ist, fand Eingang in die Umgangssprache, während sich die Jugendsprache immer wieder radikal veränderte, verjüngte und radikalisierte.

Besonders kreativ, aber nicht verständlich sind die zahlreichen Abkürzungen, die aus der Smartphone-Kommunikation kommen. Tatsächlich findet die neue Jugendsprache zu einem ganz überwiegenden Teil in der Kommunikation über Smartphones statt. Man kann diese Sprache mit Wohlwollen und kritischer Zurückhaltung betrachten, sie enthält Gutes und Wertloses. Bleibt nur zu hoffen, dass die Benutzer dieser Sprachen dann einmal Wörterbücher schreiben, um die einstige deutsche Hochsprache dann überhaupt noch verstehen zu können.

Das Jugendwort des Jahres 2019 ist übrigens „Ehrenmann“ beziehungsweise „-frau“. Es bezeichnet einen besonders freundlichen Menschen. Endlich mal etwas, dass auch ein „Grüftie“ versteht. *Alexander Glück/tws*

Neuschwansteinwüste

In der Türkei versandelt eine neue Geisterstadt die Landschaft



Nicht zwei, nicht fünf oder zehn, nein: 587 nahezu identische Schlösschen sind es, die in eine nordtürkische Kulturlandschaft hineingebaut wurden. Und alle stehen leer.

Was an Disneyland oder an eine Filmkulisse erinnert, ist ein ehrgeiziges Ferienhausprojekt, mit dem ein türkischer Investor gut betuchte Touristen vornehmlich aus den Ölstaaten zum Kauf bewegen wollte. Zwischen 350 000 und 500 000 Euro sollte solch ein Ferienschloss kosten. Nicht ein einziges von den ursprünglich 732 geplanten Mini-Schlössern wurde verkauft. Wegen der türkischen Wirtschaftskrise ist der Investor pleitegegangen, und

der Ferienort Burj al Babas nahe der historischen Gildestadt Mudurnu ist zur Geisterstadt geworden. Dass hier je Leben einziehen wird, darf bezweifelt werden. Eine Ferienidylle in einem solchen Ort mit identischen Häusern ohne See, Meer oder hohe Berge wird sich nur schwer einstellen. Dafür ist Ärger programmiert, wenn man nachts die Haustür verwechselt und ein fremder Schlossherr einen empfängt. Davon abgesehen hat der an deutschen Burgen erinnernde Baustil kulturhistorisch überhaupt nichts mit der Türkei zu tun. Merkwürdige Welt: Man exportiert den Islam und importiert dafür christliches „Mittelalter“. *H. Tews*

Reise mit vielen Fragen im Gepäck

Im Jahr 2012 unternahm die Autorin Gabriele Engelbert aus Schlichtern zusammen mit ihren drei Geschwistern eine Reise nach West- und Ostpreußen, in die Heimat ihres Vaters und seiner Vorfahren. Die Brüder und Schwestern im Alter „um die 60“ sind „halbe Ostpreußen“, dennoch hatten sie sich zuvor kaum für Ostpreußen interessiert. Sie waren in Hamburg aufgewachsen, und ihr Vater hatte nicht viel über seine ersten 15 Lebensjahre in Labiau gesprochen. In Labiau wirkte dessen Vater Paul Zimmermann bis zu seinem Tod 1935 als Rektor an der Mittelpunktschule.

Engelberts Buch über die Reise der Geschwister trägt den Titel „Wege zum Großvater. Mehr als ein Reisebericht“. Eine Fotografie des alten Rektorhauses in Labiau zeigt das Großelternpaar Zimmermann im Torbogen der Mauer stehend. Früher hing das Bild immer unauffällig an der Wand, später scheint es die Nachkommen der Großeltern gemahnt zu haben, mit ihrer Spurensuche nicht länger zu warten. Das Buch ist mit zahlreichen schönen Fotos mit teilweise ungewöhnlichen Ansichten ausgestattet.

Die Reise führte die Geschwister zuerst in die Gegend von Graudenz, dann nach Osterode, zur Bernsteinküste nach Rauschen und Cranz, von dort nach Labiau und Gilge, zur Kurischen Nehrung, nach Tilsit und Ragnit, wieder zur Bernsteinküste, nach Kö-

nigsberg und zum Frischen Haff. Im Gepäck hatten die Geschwister viele Fragen zu ihren ost- und westpreußischen Vorfahren, Fragen, die sie ihrem Vater zu seinen Lebzeiten wohl nicht gestellt hatten. Mündlich überlieferte Erinnerungen lagen also kaum vor, dafür aber verfügt die Autorin über mehrere gut geschriebene Familienchroniken mit ausführlichen, bildhaften Schilderungen aus dem 19. Jahrhundert bis zum Ende der 1930er Jahre.

Ihre väterlichen Vorfahren waren Lehrer und Pastoren, die glücklicherweise Interesse am Schreiben hatten. Aus den Chroniken und Aufzeichnungen zitiert die Autorin ausgiebig im Wechsel mit eigenen Reiseeindrücken. Alles war neu für sie. Sie schreibt assoziativ, lebhaft, dafür nicht sehr informativ über die eigenen Anliegen hinaus. Anscheinend nicht sonderlich überrascht, finden die Geschwister alle Gebäude, die sie aufzusuchen beabsichtigen, tatsächlich auch vor. Es gibt sie noch und dies durchweg in gutem Zustand: das Gutshaus Peterhof, die Mühle Slupp, die Schulen in Labiau, Osterode und Tilsit.

Die vom Wasser der Ossa betriebene Mühle Slupp bei Graudenz ist ihre erste Station auf der gemeinsamen Reise. Dort wuchs Paul Zimmermanns Ehefrau Martha geborene Goldnick auf. Das

große Fachwerkgebäude, „fast wie aus einem Märchenbuch“, wird noch als Mühle genutzt, daneben steht wie früher das herrschaftlich anmutende Wohnhaus. Früher war das nahegelegene Schloss Peterhof beliebter Familientreffpunkt. Weiter geht es nach Osterode. Von 1877 bis 1910 war dort ihr Urgroßvater Dr. Ernst Leberrecht Wüst Schuldirektor am humanistischen Gymnasium. Er hinterließ eine Chronik, berichtete von den hochgestellten Persönlichkeiten, mit denen er verkehrte, jedoch nichts über sein Familienleben mit den sieben Kindern.

Ein Foto zeigt die historischen Flure in der Schule von Labiau. Im provisorisch hergerichteten Obergeschoss der Schlossruine von Labiau ist heute ein Museum untergebracht, dessen Decken mit senkrechten Balken abgestützt sind. Hier sind alte Möbel, Bilder, Porzellan, Urkunden ausgestellt. Auf die Autorin wirkte das „ein bisschen armselig und eher deprimierend“. In den Badeor-

ten Cranz und Rauschen registrierten sie sanierte Bauten sowie Verfall, auch etliche Bauruinen, offenbar Zeugnisse von raschem wirtschaftlichem Auf- und Abschwung. „In Tilsit am Gymnasium unterrichtete zeitweise unser Urgroßvater George Zimmermann, Vater unseres Großvaters Paul, des Rektors in Labiau. Die damalige ist auch die heutige Schule, hat schöne, hohe Fenster ...“. In Ragnit treffen sie den Lehrer und Heimatforscher Juri. Mit seinen Schülern pflegt er liebevoll ein Museum und hat schon etlichen deutschen Besuchern geholfen, lange vermisste Familienangehörige und Freunde ausfindig zu machen.

Durch ihre gemeinsame Reise mit diesem besonderen Buch als Ergebnis haben die vier Geschwister und hat auch der Leser eine echte Bereicherung erfahren.

Dagmar Jestrzemski



Gabriele Engelbert: „Wege zum Großvater. Mehr als ein Reisebericht“, Rautenberg Verlag, Würzburg 2018, gebunden, 140 Seiten, 19,95 Euro

Viele Gebäude existieren noch

Wenig für die Lachmuskeln

Wer den ersten Band von Jonas Jonassons' Hundertjährigem gelesen hat, wird sich mit Begeisterung auf die Fortsetzung stürzen. Das großartige Buch war unterhaltsam und brillierte mit grotesken Ideen und einfallreichen Wortwitz. Leider wird die Fortsetzung den Erwartungen nicht gerecht.

Der inzwischen 101-jährige Allan Karlsson, den es zusammen mit seinem kleinkriminellen Freund Julius Jonsson nach Bali verschlagen hatte, wo sie ein luxuriöses Leben führten und ein Spargelgeschäft eröffnet hatten, ist des Müßiggangs überdrüssig, zumal das Geld, das die beiden einem Bankräuber gestohlen hatten, inzwischen aufgebraucht ist und sich Schulden angehäuft haben.

Als Julius seinem Freund anlässlich dessen 101. Geburtstags eine Ballonfahrt schenkt, ist das der Auftakt zu einem neuen Abenteuer, das die beiden zu den Brennpunkten der Welt bringt. Allan informiert sich über seinen Tablet-PC über die Neuigkeiten der Welt. Durch verwickelte Umstände

hält er den nordkoreanischen Diktator Kim Jong-un davon ab, sein Atomprogramm zu forcieren, bei Donald Trump kommt es zu Missverständnissen, Putin sitzt mit seinem Berater in Moskau, von wo er die Fäden für die Unterstützung bestimmter Parteien in Europa zieht. Die schwedische Botschafterin hilft den Freunden aus brenzligen Situationen.

Der Autor lässt seine politische Vorliebe durchblicken. Sarkastisch verpackt werden Trump und Kim Jong-un als die Bösen dargestellt, Putin als der lachende Dritte, Angela Merkel als die Gute, die Retterin Europas. Der Roman wirkt ernster als der erste Band, was zulasten des satirischen Stils geht. Viele witzige Einfälle kommen einem aufgewärmt vor. Die Lachmuskeln werden seltener beansprucht als beim Vorgängerbuch. *Manuela Rosenthal-Kappi*



Jonas Jonasson: „Der Hundertjährige, der zurückkam, um die Welt zu retten“, Bertelsmann Verlag, Bielefeld 2018, gebunden, 448 Seiten, 20 Euro

Auf den Spuren Humboldts

Der Spiegel-Verlag hat eine Reihe herausgegeben, deren erster Teil sich mit dem Entdecker Alexander von Humboldt befasst. „Expedition“ heißt sie. Die Hefte dieser Reihe erscheinen in loser Folge und erzählen von großen Expeditionen der Weltgeschichte.

Im vorliegenden Heft geht es um den großen Naturforscher Alexander von Humboldt. Was war seine Motivation? Was sollte man heutzutage beachten, wenn man auf Humboldts Spuren reist? Das sind einige Fragen, die in dem neuen Spiegel-Heft gestellt werden. So erfährt der Leser zum Beispiel, wie man sich im Dschungel von Insekten und Spinnen ernähren kann.

Die Schrift ist groß, die Seiten

bis auf wenige Aufnahmen nur minimal von ihr ausgenutzt. Oft werden Foto-Kollagen gezeigt, aber auch Grafiken von Reiserouten und Comics bebildern dieses Heft, das wie ein Tagebuch anmutet, in das kurze Berichte und viele Bilder eingeklebt sind, immer wieder gespickt mit Reisenotizen von Humboldt. Das Geschichtsmagazin informiert äußerst unterhaltsam und weist immer auch in die heutige Zeit.

Christiane Rinser-Schrut



Spiegel Media: „Spiegel Geschichte Expedition. Die größten Abenteuer aller Zeiten. Alexander von Humboldt. Durch die Wildnis Lateinamerikas“, Spiegel-Verlag, Hamburg 2018, 106 Seiten, 6,90 Euro

Ex-Diplomat entlarvt Entwicklungshilfe-Industrie

Wer immer noch nicht glauben mag, dass die Entwicklungshilfe für Afrika aus dem Fenster geworfenes Geld ist, dem sei das Buch „Afrika wird armregiert“ von Volker Seitz empfohlen.

Der ehemalige deutsche Diplomat konnte jahrelang vor Ort beobachten, wie wenig zielführend Entwicklungshilfezahlungen in der Regel sind. Und Seitz nennt auch die Gründe dafür, ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen, was er sich als Ruheständler leisten kann: Der sinnlose „Wettlauf der Wohltäter“ lähme jede Eigeninitiative auf dem Schwarzen Kontinent; um dennoch gut dazustehen, errichte man „Potemkinsche Dörfer“; die afrikanischen „Eliten“ seien zumeist bis ins Mark korrupt und unfähig; Afrikanern fehle Zeitgefühl, Effizienzdenken und die Bereitschaft, sparsam mit ihren Ressourcen umzugehen; durch die Emigration finde ein ständiger Abfluss unverzichtbarer

Arbeitskräfte statt, ebenso mangelte es an Kooperationsbereitschaft und Solidarität zwischen den afrikanischen Staaten. Daraus zieht Seitz den eindeutigen Schluss: „Der Kolonialismus ist nicht die Ursache des Elends“, wie man in Afrika und den Gutmenschenkreisen des Westens permanent behauptet.

Als weiteres Problem nennt der Ex-Diplomat den Umstand, dass die Entwicklungshelfer häufig keine ausreichende Qualifikation für ihre Aufgabe mitbringen: Wer brauche denn schon 20-jährige Ex-Gymnasiasten mit viel Enthusiasmus, aber zwei linken Händen, welche den Afrikanern zeigen wollen, wie man Brunnen bohrt? Und dann die „Entwicklungshilfeindustrie“: Diese sei überhaupt nicht an Verbesserungen in Afrika interessiert, weil das ihre vielen schönen Versorgungsstellen überflüssig machen würde. Der Riesenapparat von bis zu 400 Nichtregierungsorganisationen lebe sehr gut vom „Elend in Afrika“, das die Legiti-

mation für zahllose „ABM-Maßnahmen“ zugunsten von Entwicklungshelfern darstelle.

Seitz Buch ist eine hervorragende Analyse der Gebrechen der Entwicklungshilfe, deren Quintessenz lautet: „Die Schlüsselrolle im Kampf gegen die Armut müssen die afrikanischen Regierungen selbst übernehmen.“ Auch wenn sich die vielen westlichen „Experten“ dann endlich einmal den rauen Wind des freien Arbeitsmarktes um die Nase wehen lassen müssten.

Das Buch, dessen erste Fassung bereits 2009 erschien, aber umfassend aktualisiert und er-

weitert wurde, gehört in die Hand einer jeden Person, die irgendwie mit Entwicklungshilfe zu tun hat. Darüber hinaus hilft es dem müden Leser zu erkennen, wieso es absoluter politisch-ökonomischer Irrsinn ist, Armutsflüchtlinge aus Afrika als willkommenen „Zuwanderer“ zu betrachten.

Wolfgang Kaufmann



Volker Seitz: „Afrika wird armregiert oder wie man Afrika wirklich helfen kann“, dtv, München 2018, broschiert, 287 Seiten, 12,90 Euro

Außenansicht: Eine Emigrantin blickt kritisch auf das Russland unter Putin

Sie habe, schreibt die Autorin Masha Gessen im Vorwort ihres Buches über das postsowjetische Russland, berichten wollen von der Freiheit, die nicht ergriffen wurde, und von der Demokratie, die unter Wladimir Putin nicht erwünscht war. Ihr „faktografischer russischer Roman“ verbinde individuelle Tragödien mit den allgemeinen Ereignissen und Ideen in Russland seit der Ära Gorbatschow.

Es ist ein ständiges Pendeln zwischen nüchterner Geschichtsschreibung und literarischer Biografie, was vom Leser zunächst einige Konzentration erfordert.

Sieben Personen rückt die Autorin in den Mittelpunkt ihres Erzählens: Vier jüngere Wissenschaftler aus der Mitte der 1980er Jahre, die in den Jelzin-Jahren aufwuchsen und unter dem sich

verhärtenden Putin-Regime immer häufiger mit dem Staat in Konflikt gerieten. Daneben zwei ältere Wissenschaftler, Soziologe der eine und Psychoanalytikerin die andere, an deren Beispiel die zunehmende Reglementierung ihres Fachs geschildert wird, schließlich mit dem nationalistischen Alexander Dugin der „Hofphilosoph“ Putins.

Die Autorin hat nach eigener Aussage unzählige Stunden gerade mit den vier jungen, bewundernswert mutigen Protagonisten verbracht, um an deren Beispiel hautnah das immer stärker repressiv werdende Russland zu schildern. So erlebt der Leser noch einmal den Aufbruch der Gorbatschow-Ära, die bewegten Jahre unter Boris Jelzin (der in seinen besten Stunden wohl wirklich eine funktionierende Demo-

kratie anstrebte), die dramatischen Putschversuche von 1991 und 1993, dann den Regierungsantritt Putins, unter dem Russland mehr und mehr ein nach innen und nach außen auftrumpfendes Imperium wurde.

Die Repressionen im Innern sieht die Autorin in einer zunehmenden Intoleranz im Forschungsbereich, in der rigorosen Verfolgung und drakonischen Bestrafung Homosexueller und in einer überheb-

lichen Bevorzugung alles Russischen gegenüber anderen Nationalitäten. Die außenpolitische Machtattitüde zeige sich eklatant in der Besetzung der Krim, in der Unterstützung separatistischer Be-



Masha Gessen: „Die Zukunft ist Geschichte. Wie Russland die Freiheit gewann und verlor“, Suhrkamp Verlag, Berlin 2018, gebunden, 639 Seiten, 26 Euro

strebungen in der Ostukraine, in einem aggressiven „eurasischen“ Denken und im Hass auf den Westen, insbesondere auf die USA.

Gessen wurde 1967 als Kind einer aschenasisch-jüdischen Familie in Moskau geboren. Diese emigrierte 1981 in die USA, wo Gessen Journalistin wurde. Ab 1994 arbeitete sie erneut in Moskau, das sie aber 2013 wegen zunehmender Repressionen wieder verließ. In Amerika hat sie sich in der Schwulen- und Lesbenbewegung engagiert, was wohl auch ihre Sensibilität für die wachsende Intoleranz in Russland erklärt. Einer ihrer vier jungen „Helden“, der schwule Dozent Ljoscha, ging inzwischen ebenfalls in die USA. Eine andere junge Frau, die Tochter des 2014 an der Kremlbrücke erschossenen Boris Nemzow, lebt heute in Bonn.

Der das ganze Buch beherrschende, überaus kritische Duktus resultiert, so möchte man meinen, auch aus persönlichem Erleben. Gessen stellt dem Land eine düstere Prognose: In der Geschichte hätten schon ganze Zivilisationen aufgehört zu bestehen. Russland und die Russen, so schreibt sie, „starben seit einem Jahrhundert – in den Kriegen, im Gulag und vor allem durch die Geringschätzung menschlichen Lebens im Alltag. Dieses Land wollte sich selbst töten.“ Muss man diese Ansicht in aller Konsequenz akzeptieren?

Das Land hat sich selbst vom furchtbarsten Stalinismus wieder frei gemacht. Letztlich ist die Zukunft für jedes Land offen. Auf der bevorstehenden Leipziger Buchmesse wird Gessen der Leipziger Buchpreis für Europäische Verständigung erhalten. *Dirk Klose*



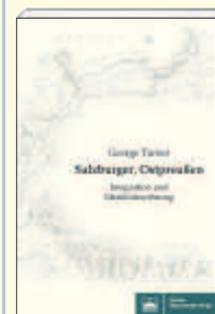
Roland Kaltenegger
Geheimkommandos und Blitzkriege 1938-1940
Teil 1 - Vom Anschluss Österreichs zum Polenfeldzug



Roland Kaltenegger (288 Seiten)
Geheimkommandos und Blitzkriege 1938-1940
Teil 2 - Vom Westfeldzug zum Handstreich auf Gibraltar



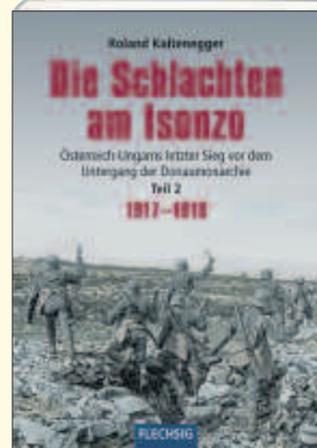
George Turner
Die Heimat nehmen wir mit
Ein Beitrag zur Auswanderung Salzburger Protestanten im Jahr 1732...



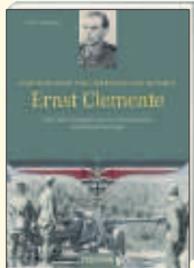
George Turner
Salzburger, Ostpreußen
Integration und Identitätswahrung
128 Seiten/Kartiert 19,95 €



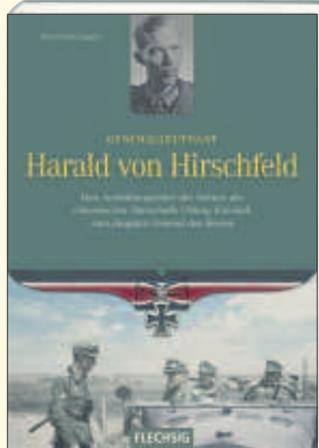
Roland Kaltenegger
Die Schlachten am Isonzo
Österreich-Ungarns letzter Sieg vor dem Untergang der Donaumonarchie - Teil 1 1914-1916



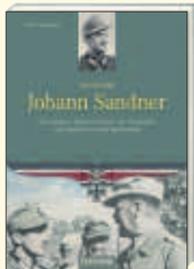
Roland Kaltenegger
Die Schlachten am Isonzo
Österreich-Ungarns letzter Sieg vor dem Untergang der Donaumonarchie - Teil 2 1917-1918



Roland Kaltenegger
Fahnenjunker u. Oberjäger d. Res. E. Clemente
Vom ersten Kampfeinsatz im Hochkaukasus zum Ritterkreuzträger



Roland Kaltenegger
Generalleutnant Harald von Hirschfeld
Vom Ausbildungsleiter des Sohnes des chinesischen Marschalls Chiang Kai-shek zum jüngsten General des Heeres



Roland Kaltenegger
Leutnant Johann Sandner
Vom jüngsten Ritterkreuzträger der Wehrmacht zum Stadtrat von Bad Reichenhall



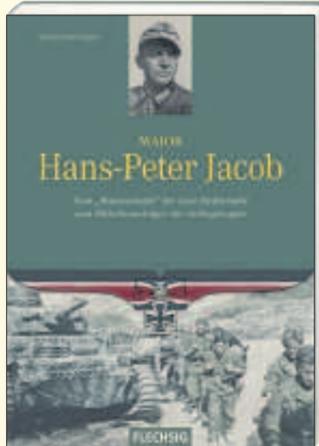
Franz Kurowski und Gottfried Tornau (Großformat 24 x 30 cm)
Sturmgeschütze - „Die Panzer der Infanterie“
Die dramatische Geschichte einer Waffengattung 1939-1945



Volkmar Kühn (Großformat 24 x 30 cm)
Deutsche Fallschirmjäger im Zweiten Weltkrieg
Grüne Teufel im Sprungeinsatz und Erdkampf 1935-1945



Georg Reinicke (208 Seiten)
Generalleutnant Georg Reinicke
Vom Pionieroffizier in zwei Weltkriegen zum Planer des neuen Versandhauses Quelle in Nürnberg



Roland Kaltenegger
Major Hans-Peter Jacob
„Blumenteufel“ der Leni Riefenstahl zum Ritterkreuzträger der Gebirgstruppe

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:
RAUTENBERG Buchhandlung in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG

Table with 4 columns: Anzahl, Bestell-Nr., Titel, Preis €. Includes form fields for name, address, and phone number.

MELDUNGEN

Putin, der Eierdieb

Moskau – „Putin hat uns ein Ei geklaut“, spotten russische Internetnutzer. Weil wegen der anhaltenden Inflation immer mehr Mogelpackungen in den Läden auftauchen, hatte ein Twitter-Anwender das Bild eines Eierkartons gepostet, der nun quadratisch statt rechteckig ist und nur noch neun statt zehn Eier für den gleichen Preis enthält. Ähnlich sieht es bei Milch, Buchweizen und Reis aus. Die Verpackungen haben weniger Inhalt, der Preis bleibt der alte. **MRK**

Frauen für Tempolimit

München – Laut einer Umfrage im Auftrag des „Focus“ begrüßen es nur 42,5 Prozent der Deutschen, dass die Bundesregierung kein generelles Tempolimit auf Autobahnen plant. Gut 50 Prozent fänden es dagegen gut, wenn Berlin eine allgemeine Geschwindigkeitsbegrenzung einführt. Auffällig: Frauen sind mit 55,4 Prozent besonders stark für ein Limit, nur 27,7 Prozent von ihnen sprechen sich dagegen aus. **H.H.**

ZUR PERSON

Als »Agent des Kreml« geächtet

Seit Dezember vergangenen Jahres sieht sich der langjährige ORF-Korrespondent **Christian Wehrschütz** (57) massiven Behinderungen und – weil bereits zwei Journalisten ermordet wurden – auch Bedrohungen seitens der Kiewer Führung ausgesetzt. Der renommierte Journalist, der seit 2015 für den österreichischen Sender dessen Auslandsbüro in Kiew leitet und der als langjähriger Balkan-Experte für den ORF tätig war, klagt: „Seit Monaten haben wir mit massiven Schikanen und Problemen mit Behörden zu kämpfen.“ Ihm wurde die Akkreditierung für Reisen in das Gebiet Donezk und auf die Krim verweigert.

Die Sprecherin des ukrainischen Geheimdienstes SBU bezeichnete Wehrschütz gegenüber der österreichischen Presseagentur APA als „prussischen Propagandisten“. Eine ukrainische Webseite brandmarkte ihn gar als „Agent des Kreml“. Sein Vergehen: Er hatte über die immer stärker werdenden Schikanen gegen Journalisten in

der Ukraine, über Erfolge Russlands beim Bau des Flughafens in Simferopol und über die Verbesserung des Lebens der Krim-Tataren berichtet. Der Fall führte bereits zu diplomatischen Verstimmungen zwischen Wien und Kiew. Der Generalsekretär des österreichischen Außenministeriums bestellte den ukrainischen Botschafter, Alexander Scherba, ein. Außenministerin Karin Kneissl (FPÖ), selbst für ihre russlandfreundliche Haltung in der Kritik, kündigte die Ahndung von Gewalt und Drohungen gegen Journalisten in der Ukraine an. Bislang blieben die Bemühungen der Politiker ohne Erfolg, vielleicht deshalb, weil Wehrschütz selbst eine FPÖ-Vergangenheit hat. „Der Kern des Problems ist, dass die derzeitige Führung in der Ukraine kein Verständnis für eine objektive und kritische Berichterstattung hat“, sagt Wehrschütz selbst. **M. Rosenthal-Kappi**

der Ukraine, über Erfolge Russlands beim Bau des Flughafens in Simferopol und über die Verbesserung des Lebens der Krim-Tataren berichtet. Der Fall führte bereits zu diplomatischen Verstimmungen zwischen Wien und Kiew. Der Generalsekretär des österreichischen Außenministeriums bestellte den ukrainischen Botschafter, Alexander Scherba, ein. Außenministerin Karin Kneissl (FPÖ), selbst für ihre russlandfreundliche Haltung in der Kritik, kündigte die Ahndung von Gewalt und Drohungen gegen Journalisten in der Ukraine an. Bislang blieben die Bemühungen der Politiker ohne Erfolg, vielleicht deshalb, weil Wehrschütz selbst eine FPÖ-Vergangenheit hat. „Der Kern des Problems ist, dass die derzeitige Führung in der Ukraine kein Verständnis für eine objektive und kritische Berichterstattung hat“, sagt Wehrschütz selbst. **M. Rosenthal-Kappi**



Stimmt die Richtung?

Der Sozialismus siegt!

Wie wir die Kleinvermieter fertigmachen, warum Unternehmen böse sind, und wie lange das Geld anderer Leute reicht / Der satirische Wochenrückblick mit **HANS HECKEL**

Natürlich war nicht alles schlecht in der DDR. Es kommt allerdings darauf an, was man sich herausucht auf der Suche nach dem, was gut war. Wie wir in der vergangenen Woche hier gelernt haben, war das Hauptproblem der DDR die Bevölkerung, die nicht einsehen wollte, in was für einem tollen Staat sie lebte. Die Leute waren also schlecht, und schafften – dunkel und böse, wie sie sind – das Beste ab: den Sozialismus.

Doch wir können guten Mutes sein. Alle fortschrittlichen Kräfte im Lande arbeiten hart daran, die Dinge wieder ins Lot zu bringen. Während kaum eine Woche vergeht, in der nicht irgendein Experte den Ossi eins auf die Nase haut, bauen andere Fachleute den Sozialismus Stück für Stück wieder auf. Die nächste siegreiche Etappe steht unmittelbar bevor, wenn alles glatt geht, und das wird es wohl.

Wir reden über die Reform der Grundsteuer. Der Mieterbund fordert, dass eine mögliche Erhöhung, zu der es großflächig kommen wird, nicht auf die Mieten umgelegt werden darf. Grüne, SPD und Linkspartei werden das super finden. Die Union dürfte, wie üblich, nach einer Schamfrist auf die rote Linie einschwenken.

Damit ist der wohlhabende Mieter in den noblen Altbauvierteln fein raus, während dem spießigen Rentnerpaar, welches das Obergeschoss seines piefigen Siedlungshauses in der Vorstadt vermietet, um seine kargen Bezüge aufzubessern, der Hals abgeschnitten wird. Gut so, denn wir wissen schließlich, welche Parteiliebhaber die beiden Gruppen tendenziell aufweisen.

Was aber noch viel wichtiger ist: Damit wird Privatvermietung für viele zum Zuschussgeschäft, genauso wie in der DDR. Folge: Nach und nach ziehen sich die verhassten Kleinvermieter zurück. Danach müssten nur noch die großen Gesellschaften verstaatlicht werden, und alles wäre wie früher.

Aber sehen unsere Städte dann nicht auch bald wieder so aus wie in der DDR? Und wird die Wohnungsknappheit dann nicht noch viel teurer Hamburg fast eingeleitet, wo die Mieten „nur“ um fünf Prozent angezogen haben. Es gilt

durch Ruinen schlendern, dauert es eine ganze Weile. Außerdem haben wir wunderbare Ausreden für die absehbare Misere parat, die uns gleichfalls der gute alte SED-Staat hinterlassen hat.

Wir werden sagen, dass wir eben „noch nicht alles erreicht haben beim Aufbau des Sozialismus“ und dass uns außerdem der Klassenfeind andauernd Knüppel zwischen die Beine wirft. Deshalb sieht es eben so aus, wie es aussieht. Habt bloß Geduld: Der Sozialismus siegt, weil er siegt! Alles wissenschaftlich bewiesen.

An der Spitze der Bewegung marschiert, wie könnte es anders sein, die Hauptstadt der Republik. Der Baustratrat von Friedrichshain-Kreuzberg, Florian Schmidt, sagte es schon im September bei „Maischberger“: „Ja, ich würde die privaten (Wohnungs-) Investoren, die nur auf den Profit schauen, gerne aus dem Markt haben.“ Damit meint er alle privaten Unternehmen, denn „auf den Profit“ zu schauen sei ja die „Philosophie der Unternehmen in Deutschland“, weiß Schmidt.

Der Grünen-Politiker hat in seinem Bezirk bereits ein privates Bauprojekt für 623 Wohnungen gestoppt, worauf er voller Stolz blickt. Dieser Erfolg bei der Wohnungsbauverhinderung sei ein von ihm geschaffener „Präzedenzfall“ für ganz Deutschland, jubelt Schmidt in der TV-Sendung. Er lässt ohnehin nicht gern bauen. Viel lieber nimmt Schmidt Steuergelder in die Hand und kauft damit private Bestandswohnungen auf.

Von Berlin als Vorreiter zu sprechen, ist keineswegs übertrieben. Wie neulich berichtet wurde, hat die Hauptstadt die Nase ganz weit vorn: Nirgends in Deutschland stiegen die Mietpreise 2018 so steil an wie dort, nämlich um grandiose 13 Prozent! Damit hat die Spreemetropole das einstmals viel teurere Hamburg fast eingeleitet, wo die Mieten „nur“ um fünf Prozent angezogen haben. Es gilt

der alte Spruch: Wenn die Sahara sozialistisch wird, wird da irgendwann der Sand knapp. In Berlin sind es eben die Wohnungen.

Wenigstens sind die Berliner Stadtoberen von einer Sorge befreit, welche weiland die britische Premierministerin Margaret Thatcher auf den Punkt brachte: „Das Problem des Sozialismus ist, dass dir irgendwann das Geld anderer Leute ausgeht.“

Wie neulich in der PAZ zu lesen war, erhielt die Hauptstadt allein im vergangenen Jahr 4,4 Milliarden Euro aus dem Länderfinanzausgleich, wovon der Löwenanteil von den Bayern beglichen wurde. So sprießen im Roten Rathaus immer neue Ideen,

was man mit den vornehmlich bayerischen Moneten Schickes anfangen kann.

Neuester Gennestreich: Ab Juli testet Berlin das „Solidarische Grundeinkommen“ an erst einmal 1000 Probanden. Als Gegenleistung sollen die bisherigen Hartz-IV-Empfänger als Helfer in Schulen, Heimen, Nachbarschaftstreffs, Parks und Kitas arbeiten.

Merkwürdig: Wenn man sie dort benötigt, warum stellt man sie dann nicht einfach ein? Wer so fragt, hat nicht verstanden, was „solidarisch“ heißt! Der Senat will über den Bundesrat erreichen, dass der Bund 80 Prozent der Gehälter übernimmt. Schließlich profitiere ja ganz Deutschland von den Erfahrungen, die Berlin mit dem „Solidarischen Grundeinkommen“ machen werde.

Aha, noch ein „Präzedenzfall“. Aber das ist nicht der Kern: „Solidarisch“ wird es eben erst dadurch, dass jemand anders die Rechnung trägt. Sonst macht Sozialismus keinen Spaß. Im Bundesrat werden vor allem die vier Geberländer im Finanzausgleich leuchtende Augen bekommen angesichts der neuesten Nachricht aus Berlin: Freunde, wir haben noch eine weitere Idee gefunden, wir wir euer Geld ausgeben können. Für diesen Geistesblitz müsst ihr aber auch noch was drauflegen. Wie wär's mit 80 Prozent? Probleme wird es erst geben,

wenn den „reichen“ Geberländern, die auch zur Bundeskasse den Löwenanteil beitragen, das Geld ausgeht. Kann das je passieren?

Na ja, wenn die Kampagne gegen die Kfz-Industrie triumphiert, dürfte das an den stolzen Autobauer-Ländern Bayern und Baden-Württemberg nicht spurlos vorbeiziehen. Und müssten danach nicht endlich die Flugzeuge drankommen, diese Super-Klimakiller? Wäre eigentlich logisch. Im kleinsten Finanzausgleich-Geberland Hamburg heißen zwei der weitaus größten Arbeitgeber übrigens Airbus und Lufthansa Technik.

Dreht uns ausgerechnet der Klimaschutz den Hahn ab fürs nächste sozialistische Experiment? Blödsinn: Das ist die kapitalistische Angstmache der Klimaleugner, denen mit aller Macht entgegenzutreten ist. Wie das geht, weiß „Spiegel Online“. Dort entlarvt ein Ratgeber die fiese Argumentationsmasche der Leugner. So zogen diese Typen über die bayerische Grünen-Politikerin Katharina Schulze her, weil sie zur Jahreswende ein Bild von sich auf einem Kurztrip nach Kalifornien veröffentlicht hatte. Ja, ja, ätzten die Reaktionäre: Zuhause den Klimaschutz predigen, selbst aber mal kurz im Flieger um die halbe Welt, du Heuchlerin!

Das sei ungerecht, lehrt „Spiegel Online“. In der Fachsprache heiße das „Argumentum ad hominem“: „Es geht dabei nicht darum, das Argument des Gegenübers zu entkräften, sondern die inhaltliche Auseinandersetzung zu umgehen, indem man die Person attackiert“, so der schlaue Kollege.

Bei den „Schwätzern“, die solche Tricks anwendeten, handele es sich um überwiegend ältere Männer, die in „senioriger Bräsigkeit“ eine „Nach mir die Sintflut“-Haltung pflegten, weil sie ob ihres Alters von der Klimakatastrophe nicht „mehr so arg viel mitbekommen werden“.

Haben Sie's gemerkt? Der Spiegelmann wirft den Klimaskeptikern vor, auf die Person statt auf die Sache zu zielen und zielt dann umgehend auf – na? – eben: die Person der Klimaskeptiker statt auf die Sache. Sogas muss man erst mal fertigkriegen.

MEINUNGEN

In einem offenen Brief an Kanzlerin Merkel kritisiert der 2015 nach Deutschland geflüchtete syrische Zahnarzt Majd Abboud die deutsche Integrationspolitik:

„Leider habe ich in Erfahrung gebracht, dass die Voraussetzungen für echte Integration kaum gegeben waren und es auch heute noch, nach drei Jahren, nicht sind. Vielmehr empfand ich die sogenannte Integration eher als Einbahnstraße: Deutschland kam den Geflüchteten sehr stark entgegen, forderte von jenen aber kein Entgegenkommen ein. Erschwerend kam hinzu, dass die deutsche Identität für Zugewanderte kaum zu erkennen ist. Es scheint, als ob sich das Land dafür schäme und deswegen Schwierigkeiten hat, seine Werte zu vermitteln.“

Brandenburgs Ministerpräsident **Dietmar Woidke** widerspricht dem Versprechen, der **Strom** werde durch den Ausstieg aus der Kohleverstromung nicht teurer. Im ARD-„Morgenmagazin“ (25. Januar) forderte der SPD-Politiker:

„Wir brauchen mehr Ehrlichkeit. Wir müssen den Menschen sagen, dass, wenn wir aus der Kohle aussteigen – das ist der günstigste Energieträger, den wir im Augenblick haben – dann ist automatisch, dass der Strompreis steigt. Und wir müssen dann die Ehrlichkeit haben zu sagen, er wird auf 35, 40 oder sogar 50 Cent steigen. Diese Ehrlichkeit vermisse ich in Teilen. Und ich glaube, die brauchen wir.“

Zusammen mit dem grünen Koalitionspartner hat die in Hessen regierende **CDU** beschlossen, dass 150 weiterführende (!) Schulen die **Noten abschaffen dürfen**. Das schade gerade schwächeren Schülern, kritisiert **Susanne Gaschke** in der „Welt“ (4. Januar), und es schade der **CDU**:

„Nach der Sozialdemokratisierung der CDU-Familienpolitik, der Abschaffung der Wehrpflicht und dem Atomausstieg ist die Bildungspolitik nun das vierte zentrale Thema, bei dem die Partei kapituliert – als sei ihr alles, was ihr jemals wichtig war, inzwischen völlig egal geworden ... Seither macht sie alles mit, was SPD und Grüne von ihr verlangen.“

Helmut Markwort antwortet im „Focus“ (2. Februar) auf den Ausspruch von Grünen-Chefin **Annalena Baerbock**, sie wolle „alle Menschen beschützen“:

„Wenn Annalena Baerbock und ihre Freunde davon reden, alle Menschen beschützen zu wollen, meinen sie damit, dass sie uns alle bevormunden wollen. Sie wollen regulieren, vorschreiben, verbieten. Ihre vorgebliche Beschützung ist in Wahrheit ein Eingriff in viele Bereiche des Privatlebens. Das geht Politiker nichts an.“

Der Politikwissenschaftler **Peter Graf Kielmansegg** kritisiert in der „FAZ“ (4. Februar) die **Hell-Dunkel-Argumentation des Mainstreams in Sachen Einwanderung**:

„Wer als Weltoffenheit nur gelten lässt, was er selbst, eng gefasst, darunter versteht, mag eine wirksame Wortwaffe zur Hand haben. Aber einem vernunftgeleiteten Diskurs über Einwanderung stellt er sich in den Weg.“